

Zeitgeschichte in Hamburg

Mein Feld ist die Welt.



2008

Zeitgeschichte in Hamburg
Nachrichten aus der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
2008

Zeitgeschichte in Hamburg 2008

Abbildungsnachweis

Titel und Seite 21: Bildarchiv Denkmalschutzamt Hamburg

Impressum

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Hamburg, 2009

Redaktion: Frank Bajohr, Maike Raap, Christoph Strupp, Dorothee Wierling

Gestaltung: Andrea Orth Grafik, Hamburg

Druck: Drucktechnik Altona

1. Auflage

März 2009

Inhalt

Vorwort	7
<i>Ursula Wöst</i> Über Hamburg in die Welt. Zur Bedeutung der Auswanderung über den Hamburger Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts	10
<i>Frank Bajohr</i> Hochburg des Internationalismus. Hamburger „Außenpolitik“ in den 1950er und 1960er Jahren	25
<i>Wiebke Kolbe</i> Reisen zu den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs	44
<i>Knud Andresen</i> „Ausbildung ja – Bierholen nein“. Drei Formen des Lehr- lingsprotestes 1969/70	55
<i>Ursula Büttner</i> Konflikt und Kooperation. Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber. Tagungsbericht	70
<i>Linde Apel</i> Lebendige Erinnerungskultur. Von der Wiederentdeckung eines „authentischen Ortes“	76
<i>Lina Nikou</i> Das Hamburger „Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger“	86
<i>Angelika Voß-Louis</i> Das FZH-Archiv – jetzt online	89
Tätigkeitsbericht der FZH für das Jahr 2008	93

Vorwort

Zum sechsten Mal legt die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) ihren Tätigkeitsbericht in Form einer Publikation vor, die auch diesmal wieder um einige zeitgeschichtliche Beiträge ergänzt ist. Sie entstanden im Rahmen von Kolloquien und Vortragsreihen oder stellen einzelne Forschungsprojekte der FZH näher vor.

Unsere hoffnungsfrohen Prognosen aus dem letzten Jahr haben sich bestätigt. Der Umzug der Forschungsstelle für Zeitgeschichte vom Schanzenviertel in ein neues Domizil in unmittelbarer Nähe des Campus der Universität Hamburg hat sich gelohnt. Das lässt sich inzwischen an konkreten Zahlen ablesen: So ist die Zahl der Ausleihen aus der Bibliothek um 60 Prozent gestiegen, Studierende entdecken zunehmend die Qualität dieser und der anderen Service-Einrichtungen der FZH. Die Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität, die personell in der Lehre und durch zahlreiche Arbeitskontakte etabliert ist, wurde im Sommersemester durch eine gemeinsam organisierte Ringvorlesung über „100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg“ intensiviert. Ein Sammelband mit den dort gehaltenen Vorträgen soll im Herbst 2009 erscheinen.

Auch die Erwartung, dass der disziplinäre und interdisziplinäre Dialog durch die gemeinsame Unterbringung mit anderen Forschungsinstituten gefördert werden könnte, ist eingetroffen. Dies gilt mit Blick auf das Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ), mit dem die bewährte Zusammenarbeit fortgeführt wurde, aber auch für das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und das Zentrum für Naturwissenschaft und Friedenspolitik (ZNF). Im März 2008 fand eine erste gemeinsame Tagung mit diesen beiden Instituten in Verbindung mit der Hamburger Akademie der Wissenschaften statt. Sie widmete sich den großen Protesten gegen die atomare Bewaffnung der Bun-

deswehr vor fünfzig Jahren und den Anstrengungen für die weltweite nukleare Abrüstung bis in die Gegenwart. Die Veranstaltung zeigte ein Potential der Zusammenarbeit, das ausbaufähig ist. Die Dokumentation dieser Tagung wird als Band 6 der FZH-Reihe „Hamburger Zeitspuren“ im April 2009 erscheinen.

Der wichtigste Bilanzposten einer Forschungsstelle ist aber die Arbeit an den Forschungsprojekten. Diesbezüglich war 2008 das Jahr einer guten Ernte: Mehrere weiter zurückreichende Projekte konnten innerhalb der Reihen der FZH als Bücher veröffentlicht werden. Das gilt für Tino Jacobs' Darstellung des Reemtsma-Konzerns von 1920 bis 1960 ebenso wie für Karl Christian Führers Geschichte der Medienmetropole Hamburg von 1930 bis 1960 und die Dokumentation der Tagung über die Wochenzeitung „Die ZEIT“ in der Bonner Republik aus dem Jahr 2007. Die Berichte der Projekte „Suburbane Erfahrungsräume: Das nördliche Umland Hamburgs von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre“ von Meik Woyke sowie „Chinese Quarters. A Global and Local History of Migration and its Images in West European Port Cities 1890–1950“ über chinesische Wohnviertel in Hamburg, London und Rotterdam von Lars Amenda wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die sie gefördert hatte, als wissenschaftliche Leistungen anerkannt. Ihre Publikation wird 2009/10 erfolgen. Abgeschlossen wurde auch das Manuskript Frank Bajohrs zur Biografie des christdemokratischen Hamburger Politikers Erik Blumenfeld, das ebenfalls 2009 im Druck erscheinen soll. Die Arbeit an den anderen Projekten wurde planmäßig fortgesetzt.

Neu begonnen wurden ein Projekt über „Schlachtfeldreisen. Tourismus und Gedenken seit dem Zweiten Weltkrieg“, das von der Fritz Thyssen Stiftung unterstützt wird, und ein Projekt über „Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre“, das von der DFG gefördert wird. Darüber hinaus wurde die FZH von der Hamburger Hochbahn AG beauftragt, eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte ihres Unternehmens im „Dritten Reich“ zu erarbeiten. Die neu veröffentlichten Bücher, etwa 60 Aufsätze und 120 Vorträge im In- und Ausland, das Engagement in zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Gremien, darunter etlichen Redaktionen und Beiräten geschichtswissenschaftlicher Zeitschriften, sowie die gewachsene Aktivität in der universitären Lehre zeugen für die Arbeitsintensität der FZH im Jahr 2008.

Die Perspektiven unserer Forschung zielen, wie wir in den letzten Jahresberichten bereits näher ausgeführt haben, auf eine Erweiterung der ursprünglich auf die Zeit des Nationalsozialismus sowie seine Vor- und unmittelbare Nachgeschichte gerichteten Forschung auf das gesamte 20. Jahrhundert. Die politischen, sozialen und kulturellen stadt- und regionalgeschichtlich exemplarischen Widersprüche der Moderne im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) stehen dabei im Zentrum unseres Interesses. Hamburg bildet dabei als Welthafenstadt ein besonders interessantes Terrain für Studien auch zu transnationalen Dimensionen deutscher und großstädtischer Geschichte, die in einem Schwerpunkt zu äußeren globalen Bezügen Hamburgs angesiedelt sind. Zugleich belegt der Bericht über die Forschung aber auch, in welchem starkem Ausmaß die NS-Zeit und ihre Folgen nach wie vor zu wichtigen Projekten Anlass geben, weil immer wieder neue Desiderata der Forschung erst jetzt bewusst werden. Dies gilt für das von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Projekt über ausländische Konsulatsberichte aus deutschen Städten in der Zeit des „Dritten Reiches“, das mit einer Tagung der beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen Ländern Ende Februar 2009 einen wichtigen weiteren Arbeitsschritt vollzogen hat; dies gilt auch für die von der Hamburger Kulturbehörde initiierte und in der FZH vorbereitete Ausstellung zur Deportation von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg.

Zu betonen ist bei diesem Überblick über die Projekte, dass unsere „Kernmannschaft“ an unbefristet tätigen Historikerinnen und Historikern sehr klein ist und unsere Aktivitäten ohne die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln nicht möglich wären. Ungefähr die Hälfte aller Projekte werden so von außen gefördert.

Als neuer Forschungsschwerpunkt der Forschungsstelle ist 2008 ein Projekt mit dem Arbeitstitel „Hamburg seit 1945“ hinzugekommen. Als Gemeinschaftsunternehmen der FZH und unter Einbeziehung weiterer Kolleginnen und Kollegen, die zur Zeitgeschichte in Hamburg arbeiten, soll – ähnlich wie bei dem Projekt „Hamburg im Dritten Reich“ (2005) – eine geschichtswissenschaftlich avancierte Darstellung Hamburgs vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart erarbeitet werden. Über Zwischenergebnisse werden wir im nächsten Jahresbericht Auskunft geben.

Über Hamburg in die Welt. Zur Bedeutung der Auswanderung über den Hamburger Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

„Mein Feld ist die Welt“ – Das Leitmotiv der 1847 gegründeten Reederei HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) empfängt die Besucher heute im Hauptgebäude der Hapag-Lloyd AG am Ballindamm in Hamburg ebenso wie vor hundert Jahren die Auswanderer in den Auswanderhallen der HAPAG auf der Veddel. Es zeugt von der Zielsetzung eines weltumspannenden Geschäftsbetriebs, von dem Anspruch, ein Unternehmen von Weltbedeutung zu sein, und von einem starken Selbstbewusstsein. Es passt in die Zeit des wilhelminischen Weltmachtanspruchs ebenso wie in die der wirtschaftlichen Globalisierung.

Wie kaum eine andere Branche baute die Schifffahrtswirtschaft am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein globales Netzwerk auf. Von ihren Heimathäfen aus fuhren die Dampfschiffe in regelmäßigen Diensten zu allen Kontinenten, verbanden die Weltmetropolen miteinander, sorgten für den Transport von Waren, Menschen und Informationen. Die Hafenstädte profitierten von der rasant wachsenden Branche u. a. durch Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Ansiedlung weiterer Unternehmen (z. B. Werften, Stahlindustrie) und nicht zuletzt durch ihre zunehmende Bekanntheit in der Welt und ihr Image als weltoffene Städte. Auf der anderen Seite benötigten die Reedereien staatliche Unterstützung. Ohne umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen wäre das Wachstum der Schifffahrtsbranche undenkbar gewesen. Das gilt für die Häfen mit allen Einrichtungen sowie notwendige Vertiefungen von Flussläufen und Hafenbecken und die Anbindung an das Hinterland durch Straßen und Schienen.

Durch die Gesetzgebung nahm der Staat seinerseits Einfluss auf die Entwicklung der Schifffahrtsbranche.

Diese enge Verflechtung von staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen, von gegenseitigen Abhängigkeiten sowie von regionalen und globalen Verbindungen im Bereich der Schifffahrt wird besonders offensichtlich im Zusammenhang mit den europäischen Auswanderern, die bis zur Jahrhundertwende die wichtigste Zielgruppe für das Passagiergeschäft waren. Ihren Aufstieg hatten die westeuropäischen Reedereien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in nicht geringem Maße dem „Auswanderergeschäft“¹ zu verdanken.

Dieses bestand – und besteht bis heute – in weit mehr als dem Transport von Menschen. Auswanderung ist in der Regel ein globales Unterfangen: Menschen verlassen ihre Heimat, um sich an einem anderen Ort irgendwo auf der Welt für einen längeren Zeitraum niederzulassen. Auf ihrer Reise überschreiten sie staatliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen. Die Unternehmen, die mit Auswanderern befasst sind, wie z. B. Transportunternehmen, Versicherungen, staatliche Stellen und private Unterstützungsorganisationen, zeichnen sich durch ihre Internationalität aus. Sie agieren in den Herkunfts- und in den Aufnahmeländern sowie an allen Zwischenstationen. Außerdem sind sie untereinander eng verbunden: Die staatlichen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen den Strom der Migranten, von dem wiederum Wirtschaftsunternehmen abhängig sind. Auf die globalen Netzwerke sind die Auswanderer heute ebenso angewiesen wie die vielen Hunderttausend Menschen, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts Europa verließen und in Übersee eine neue Heimat suchten. Zugleich trugen diese erheblich dazu bei, ein internationales Netzwerk im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich auf- und auszubauen.

Die Entwicklung der Auswanderung über Hamburg

Seit 1830 verzeichneten die deutschen Einzelstaaten eine nennenswerte Zahl an Auswanderern, die in den nächsten Jahrzehnten kontinuierlich anstieg. Die Lebensbedingungen in Westeuropa hatten sich durch die Napoleonischen Kriege und wirtschaftliche Krisen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark verschlechtert. Hinzu kamen die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bis hin zur Märzrevolution 1848. Bis 1854 emigrierten etwa eine

Million Menschen aus dem Gebiet des Deutschen Bundes, das entsprach rund 2,5 Prozent der Bevölkerung. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auswandererzahlen um 1872 und nahmen dann wieder ab.

Zwischen 1880 und 1914 erfasste eine zweite, wesentlich stärkere Auswanderungswelle Europa. Während zuvor überwiegend Westeuropäer ausgewandert waren, führten in dieser Phase der sogenannten „New Immigration“ desolaten wirtschaftliche, politische und soziale Verhältnisse zu einem Massensexodus überwiegend aus Osteuropa. Eine starke Gruppe unter den Emigranten waren Juden, die neben miserablen wirtschaftlichen Bedingungen seit 1881 unter schweren Verfolgungen und Vertreibungen im Zarenreich zu leiden hatten. Mehr als fünf Millionen Menschen verließen in diesem Zeitraum Russland und Österreich-Ungarn und reisten über die deutschen Nordseehäfen nach Übersee.

Hamburg wurde neben Bremerhaven zum wichtigsten „Durchgangstor“ für diesen Strom von Migranten. Über die Hansestadt verließen zwischen 1850 und 1934 insgesamt etwa fünf Millionen Auswanderer Europa.² Hiervon kamen nur etwa 40 Prozent aus dem Gebiet des Deutschen Reiches. Ein Blick auf das Jahr 1906, das mit über 143 000 in Hamburg registrierten Auswanderern eines der auswanderungsstärksten Jahre für die Stadt überhaupt war, verdeutlicht, wie sehr die Auswanderung um die Jahrhundertwende von der Massenemigration aus Osteuropa geprägt war: 48 % der Reisenden kamen aus dem Russischen Reich, 44 % aus Österreich-Ungarn und nur 6 % aus dem Deutschen Reich.

Zielland war für die allermeisten europäischen Auswanderer Nordamerika (82 % der Auswanderer über Hamburg). Obwohl Hamburg traditionell eine starke Verbindung mit Südamerika hatte, reisten nur rund 10 % der in Hamburg erfassten Auswanderer nach Süd- und Mittelamerika.

Gesetzliche Maßnahmen

Mit steigender Bedeutung der Auswanderung sahen sich staatliche Behörden gezwungen regulierend einzugreifen.³ Die meisten Vorschriften und Gesetze zielten auf einen sicheren Transport und die Gewährung eines Mindeststandards. Sie richteten sich vor allem an die Reedereien. Diese waren dabei nicht nur von den deutschen, sondern auch von den Vorschriften der Zielländer, insbesondere der USA, betroffen.

Der „United States Passenger Act of 1882“, mit genauen Vorschriften zur Größe der Kojen, Belüftung und Ausstattung des Zwischendecks, war das erste Bundesgesetz der USA, das die Aus- bzw. Einwanderer betraf. In Bezug auf die geforderten Standards bei der Überfahrt hatte es nur geringe Auswirkungen für die HAPAG, da ein Teil der Forderungen bereits erfüllt wurde, andere Anforderungen entweder ohne großen Aufwand nachgerüstet bzw. bei Neubauten umgesetzt werden konnten oder die Vorschriften großzügig ausgelegt wurden.

Direkt betroffen waren die Reedereien von dem mit dem Gesetz eingeführten „Kopfgeld“, das von den US-Einwanderungsbehörden ab 1882 erhoben wurde und zur Deckung der Kosten, die den Behörden bei der Einwanderung entstanden (z. B. Befragung, medizinische Untersuchung), diente. Es betrug anfangs 50 Cent pro Passagier und wurde von den Reedereien entrichtet. Schrittweise wurde es erhöht und betrug 1907 vier Dollar pro Passagier. Als eine weitere Erhöhung anstand, beschlossen die Reedereien, das Kopfgeld künftig direkt von den Passagieren zahlen zu lassen.

Weitreichende Auswirkungen hatte die Bestimmung, dass Personen, die der staatlichen Fürsorge zur Last fallen könnten, an der Einreise gehindert werden konnten. Grund hierfür war, dass sich die Armenhäuser New Yorks zu Beginn der 1880er Jahre schnell mit mittellosen Einwanderern füllten und sich der amerikanische Staat diese Bürde nicht auferlegen wollte. Bei der Beurteilung, ob ein Einwanderer als möglicher Sozialfall galt oder nicht, hatten die Beamten einen relativ großen Ermessensspielraum. Das Gesetz regelte nicht eindeutig die Höhe der erforderlichen Barmittel, die ein Einwanderer mitzubringen hatte. Wer nicht über genug eigenes Vermögen verfügte, konnte einen bereits in den USA lebenden Bürgen benennen, der bestätigen musste, ggf. für den Unterhalt des Einwanderers aufzukommen. Die Reedereien hatten im Falle einer Abweisung für die Rückreise des „Paupers“ zu sorgen. Es lag also in ihrem eigenen Interesse, mittellose Auswanderer gar nicht erst nach Amerika zu bringen. In der Folge stellten auch die preußischen Behörden Überlegungen an, wie diese Ärmsten der Armen schon frühzeitig an der Reise gehindert werden könnten. Denn auch in den Durchgangsländern und Hafenstädten wollte man vermeiden, Menschen auffangen zu müssen, die selbst nicht für ihren Unterhalt sorgen, unter Umständen auch nicht ihre Schiffspassage bezahlen konnten und deshalb unterwegs „hängen blieben“. So wurde eine Kontrolle an der deutschen Reichsgrenze für notwendig erachtet.

Im Winter 1884/1885 wurden staatliche Durchwandererkontrollen eingeführt, die mit der vorgeschriebenen Passkontrolle für russische Auswanderer kombiniert wurden. Eine zu strenge Grenzkontrolle war allerdings auch nicht im Sinne der Reedereien, die bei den günstigen Zwischendeckpassagen vor allem auf die Masse der Reisenden angewiesen waren. Nach Einführung der Kontrollen suchten viele russische Auswanderer diese zu umgehen und entweder illegal nach Hamburg oder Bremen zu reisen oder auf anderen Wegen, z. B. über Antwerpen, Triest und Libau, in die USA zu gelangen. Nach Protesten der deutschen Reedereien lockerten die Behörden die Kontrollen nach einigen Monaten. Von 1887 an genügte der Nachweis einer Eisenbahnfahrkarte nach Hamburg oder Bremen und einer Schiffskarte für die Überseereise, um über die Reichsgrenze gelassen zu werden. Diese Regelung stellte sicher, dass die Auswanderer Europa verließen. Sie bevorzugte die heimischen Reedereien gegenüber den Linien anderer Länder. Mit diesem Wettbewerbsvorteil für HAPAG und Norddeutschen Lloyd (NDL) ließ sich das weiter bestehende Risiko der Zurückweisung von Auswanderern an der US-Grenze leichter hinnehmen.

1891 führten die USA ein Einwanderungsgesetz ein und installierten eine Bundesaufsichtsbehörde, welche die Kontrolle der Einwanderung übernahm, die zuvor den Einzelstaaten oblegen hatte. Von nun an wurden auch zentrale Einwandererregister erstellt. Die Einwanderungsbeschränkungen wurden verschärft: Die Liste der „unerwünschten Personen“, auf der bisher neben potentiellen Sozialfällen geistig Behinderte und Sträflinge standen, wurde um sog. Polygamisten und Schwerkranke erweitert. Eine Zurückweisung konnte noch innerhalb eines Jahres nach Ankunft in den USA ausgesprochen werden.

Hamburg hatte im Lauf der Jahre eine Reihe von Einzelverordnungen erlassen, die in einem ersten Landesgesetz 1887 zusammengefasst und überarbeitet wurden. Während eines langen Entwicklungsprozesses erhielt die HAPAG reichlich Möglichkeit, Änderungswünsche vorzubringen. Die beschlossenen Maßnahmen zielten vor allem darauf, die sogenannten indirekten Linien so zu schädigen, dass sie unattraktiv wurden. Indirekte Reisen führten von Hamburg über England nach Amerika. Diese Route war wegen der niedrigen britischen Passagerepreise sehr günstig. Auf der indirekten Route reiste 1886 fast die Hälfte der Auswanderer, was für die direkten Linien der HAPAG von großem Nachteil war. Außerdem litt das Hamburger Image unter den indirekten Reisen, die, vor allem wenn sie durch kleinere Reedereien bedient wurden, deutlich weniger komfor-

tabel und viel umständlicher waren als die direkten Reisen. Insgesamt wurde durch das Hamburger Gesetz von 1887 die indirekte Linie so erschwert, dass der Anteil an Reisen über England ab Hamburg im Jahr 1889 nur noch rund 35 Prozent ausmachte.

Das Hamburger Gesetz regelte auch die Unterbringung der Durchwanderer in der Stadt. Gastwirte, die diese beherbergen wollten, unterlagen einer Konzessionspflicht. 1886 besaßen 56 Gastwirte der Stadt eine solche Erlaubnis und stellten ein Gesamtkontingent von 2500 Betten. Die größte Unterkunft war „Meyer & Co. – Zum grossen Auswanderer-Hause“ am Theerhof.

Die Choleraepidemie in Hamburg und ihre Folgen

1891 erreichte die Zahl der Emigranten mit fast 150 000 eine neue Rekordmarke. In diesem Jahr überholte Hamburg den Konkurrenten Bremen bei der Zahl der durchgeschleusten Auswanderer. Der wachsende Strom der Transitwanderer verschärfte jedoch die Unterbringungsprobleme in der Stadt. Die Logishäuser konnten den Ansturm nicht mehr bewältigen, die Auswanderer mussten teilweise auf Logischiffen und in Notquartieren untergebracht werden.

Anfang 1892 wies der Senat die HAPAG an, Sammelunterkünfte für Auswanderer zu errichten. Grundlage war eine Bestimmung, die besagte, dass die Reedereien für die Unterkunft der Auswanderer in den Abfahrtshäfen Sorge zu tragen hatten. Das hieß zwar nicht, dass die Reederei Unterkunft kostenlos anbieten musste, aber dass sie dafür sorgen musste, dass genug Unterkünfte zur Verfügung standen. Die HAPAG leistete dieser Weisung prompt Folge und errichtete am Amerikakai Baracken zur Unterbringung von bis zu 1400 Personen in zehn Schlafsälen. Die Auswandererbaracken standen unter der Verwaltung der Polizeibehörde. Unterbringung und sanitäre Verhältnisse waren allerdings alles andere als vorbildlich, als die Baracken im Juli 1892 in Betrieb genommen wurden.

Nur einen Monat später brach eine Choleraepidemie in Hamburg aus, in deren Verlauf über 8000 Menschen starben. Die Einschleppung der Krankheit wurde – wie man heute weiß, fälschlicher Weise – den osteuropäischen Durchwanderern angelastet und zwar explizit den Zwischendeckpassagieren. Es wurde angenommen, dass „die aus Russland und Österreich-Galizien kommenden Zwischendecker Träger der Seuche“ waren.⁴ Tatsächlich kam es in Ost- und Südosteuropa häufiger zum Ausbruch von Choleraepidemien. Dass nur ärmere

Emigranten und nicht Reisende, die sich eine Passage in der zweiten oder ersten Klasse leisten konnten, Träger der Krankheit sein konnten, ist medizinisch natürlich absurd, war aber allgemein akzeptiert. Auch in den USA wurden bei Ankunft generell nur die Passagiere des Zwischendecks zur Kontrollstation nach Ellis Island gebracht, Passagiere der ersten und zweiten Klasse durften ohne Hindernisse einreisen. Unmittelbar nach Ausbruch der Epidemie wurden die Durchwandererkontrollen durch eine totale Grenzsperrung gegen osteuropäische, insbesondere gegen russische, Zwischendeckpassagiere ersetzt. Viele reisten nun illegal in die deutschen Hafenstädte.

Auch der Hamburger Senat reagierte prompt und beschloss, russischen Emigranten den Aufenthalt in Hamburg und den Transport über die Stadt vollständig zu verbieten. Die hamburgischen Bestimmungen schränkten das Geschäft der HAPAG stark ein. Auch die amerikanischen Behörden trafen im Herbst 1892 Schutzmaßnahmen: Jedes in den USA mit Auswanderern eintreffende Schiff wurde einer 20-tägigen Quarantäne unterworfen, was einem vorübergehenden Einwanderungsverbot gleich kam. Ab Januar 1893 nahmen die USA wieder Einwanderer auf, aber nur, wenn sie in der ersten oder zweiten Klasse gereist waren. Außerdem sollte die HAPAG die Gesundheit der Menschen bereits in Hamburg überprüfen. Auf Wunsch der amerikanischen Behörden wurde in Hamburg von der HAPAG ein Arzt angestellt, der die Auswanderer vor Abreise untersuchte. Die Quarantäne-Regelung in New York wurde daraufhin weniger streng gehandhabt. Ab 20. Februar 1893 durften auch Zwischendeckpassagiere wieder einreisen.

Zu Beginn der Sommersaison stieg die Zahl der osteuropäischen Auswanderer erneut stark an. Doch der Hamburger Senat hielt die Vorsichtsmaßnahmen aufrecht, aus Angst, die Seuche könne bei steigenden Temperaturen wieder ausbrechen. Tatsächlich kam es im September 1893 vereinzelt zu Choleraerkrankungen in Hamburg. Russischen Emigranten blieb der Aufenthalt in Hamburg weiterhin untersagt. Im Jahresbericht der HAPAG für 1893 heißt es dazu:

„Besonders schwer getroffen wurden wir durch die Verfügungen der Staatsbehörden, welche aus sanitären Gründen den grossen russischen Auswanderungs-Verkehr, der in den letzten Jahren bis zu 50 % der gesammten Auswanderer-Bewegung über Hamburg dargestellt hatte, absperreten. Unsere Einnahmen wurden durch diese Maassnahmen nicht nur um Millionen verringert, wir hatten viel-

mehr für Passage-Anweisungen (sogenannte Prepaid-Tickets), welche schon früher in Amerika an Personen verkauft waren, die Verwandte aus der alten Heimath nachkommen lassen wollten, ca. M. 500 000,- zurückzuzahlen, weil wir die Beförderung nicht auszuführen vermochten.

Erst im Anfange dieses Jahres [1894] ist es uns, Dank dem wohlwollenden Beistande unserer Handelskammer gelungen, die Rücknahme des Verbotes, soweit es sich auf die Absperrung des Hamburgischen Staatsgebietes bezog, zu erwirken, freilich unter Einschränkungen, welche uns auch heute noch gegen alle übrigen Häfen sehr in Nachtheil setzen.“

Um den Auswandererverkehr langfristig zu sichern, machten die HAPAG und der NDL im August 1893 eine gemeinsame Eingabe bei der Reichsregierung: Sie schlugen vor, an der russischen Grenze Auswandererstationen einzurichten, in denen die Emigranten ärztlich untersucht werden konnten, bevor sie die deutsche Grenze passierten. Zudem sollten die Reisenden mitsamt ihrem Gepäck dort desinfiziert werden. Die Reedereien versprachen, die entstehenden Kosten mit zu tragen. Im September 1894 erklärte sich die Reichsregierung zu folgendem Prozedere bereit: HAPAG und NDL verkauften über ihre Agenten die Passagescheine an die Auswanderer in deren Heimatländern. An der Grenze überprüften Beamte der Gesellschaften die Transportfähigkeit der Reisenden. Passagiere fremder Linien wurden an der Grenze zurückgewiesen. Die Auswanderer wurden ärztlich untersucht und ggf. vorübergehend in der Grenzstation untergebracht. Gesunde wurden in regelmäßigen Sonderzügen direkt zum Einschiffungshafen gebracht. Die Reedereien übernahmen damit hoheitliche Aufgaben (Grenzkontrolle) auf eigene Kosten. Im Gegenzug wurde ihre Monopolstellung gesichert.

Die Zusammenarbeit der HAPAG mit dem NDL bezog sich nicht nur auf die Grenzkontrollstationen. Nach jahrelangen Vorgesprächen wurde Anfang 1892 der Nordatlantische Dampfer-Linien-Verband gegründet, dem HAPAG, NDL, Red Star Line und Holland-Amerika-Linie angehörten. Er regelte die Zwischendeckbeförderung durch die Festlegung von Beförderungsanteilen und Überfahrtspreisen. Durch diesen „Pool“ wurde der Preiskampf der kontinentaleuropäischen Linien weitgehend beendet. Doch es dauerte noch drei Jahre, bis sich auch britische

Linien dem Vertrag anschlossen. Für sie war der Preiskampf weit weniger ruinös, da die britische Regierung die Reedereien subventionierte, was in Deutschland von beiden Seiten – Staat und Reedereien – aus Prinzip abgelehnt wurde.

Im August 1893 erließen die amerikanischen Behörden die Verordnung, dass sämtliche Auswanderer vor ihrer Einschiffung eine fünftägige Quarantäne einhalten müssten. Gleichzeitig trug die HAPAG dem Hamburger Senat ihre Pläne für die Erbauung von großen und modernen Auswandererhallen auf der Veddel vor. Doch der Senat reagierte verhalten. Man legte der HAPAG nahe, den Auswandererverkehr nach Cuxhaven zu verlagern, um die Durchwanderer gar nicht mehr in der Stadt zu haben. Erst fünf Jahre später stimmte der Senat den Plänen der HAPAG zu und es wurde mit dem Bau der Auswandererhallen begonnen (s. u.). Zur Sommersaison 1894 – fast zwei Jahre nach der Choleraepidemie – konnte die HAPAG das Auswanderergeschäft wieder vollständig aufnehmen.

Reichsauswanderungsgesetz und Agentensystem

Das erste deutsche Reichsgesetz zur Auswanderung wurde 1897 erlassen. Bis dahin hatten die Länder das „Auswandererwesen“ geregelt. Das Gesetz führte eine Konzessionspflicht für Reedereien ein, die von den deutschen Häfen abfuhren. Da diese mit der Hinterlegung einer Kautionshöhe von 50 000 Mark verbunden war, leisteten sich nur die großen ausländischen Reedereien diese Konzession, namentlich die französische Compagnie Générale Transatlantique (CGT), die belgische Red-Star-Line, die beiden großen britischen Reedereien White-Star-Line und Cunard Steamship Company sowie die amerikanische International Navigation Company.

Eine Konzessionspflicht galt auch für Auswandereragenten. Hier lag dem Gesetzgeber vor allem daran, dass Deutsche nicht zur Auswanderung verleitet werden sollten. Wörtlich hieß es: „Die geschäftsmäßige Verleitung Deutscher zur Auswanderung sei unter Strafe zu stellen.“⁵ Diese Regelung galt auch für im Ausland tätige Agenten. Ihre Aufgabe war es dafür zu sorgen, dass die zur Reise entschlossenen Personen die Tickets der Reederei kauften, in deren Dienst der Agent stand. Da die Agenten aber von einer Provision für jeden abgeschlossenen Passagevertrag lebten, kam es häufig zu sehr aktiver Anwerbung. In der Folge wurden immer wieder Agenten verklagt. Der aufsehenerregendste Prozess begann 1888 in Wadovice, einem kleinen Grenzstädtchen in Galizien. Ins-

gesamt 67 Personen wurden angeklagt, mit illegalen Mitteln und zum Teil mit Gewalt Menschen zur Auswanderung gezwungen zu haben. Der Prozess endete am 12. März 1890 mit mehrjährigen Haftstrafen für die Angeklagten.

Über die Konzessionspflicht für Reedereien und Agenten hinaus sah das Reichsgesetz staatliche Beratungsstellen für Auswanderer vor, um die Deutschen, die von ihrem Entschluss auszuwandern nicht abgebracht werden konnten, wenigstens gezielt in „Gegenden mit günstigen Erwerbsmöglichkeiten“ zu leiten, „in denen zudem für die Auswanderer Aussicht auf Erhaltung ihres Deutschtums [...] vorhanden sei“.⁶

Mit der Konzessionspflicht, den Bestimmungen für Agenten und der gezielten Lenkung von Auswanderern griff der Staat direkt in das Reedereigeschäft ein. Durch Erteilung oder Entzug von Konzessionen konnte der Markt reguliert werden. Die HAPAG und der NDL versuchten in diesem Punkt Änderungen zu bewirken, da sie nicht vom Wohlwollen der Regierung abhängig sein wollten. Der Versuch scheiterte allerdings. Letztlich profitierten die beiden Reedereien aber von der Regelung, da nie in Erwägung gezogen wurde, den deutschen Reedereien die Konzession zu entziehen, viele ausländische Konkurrenten aber dadurch erst gar keinen Zugang zum deutschen Markt bekamen.

1898 beschloss der Bundesrat ergänzende Vorschriften für den Transport von Auswanderern. Einrichtung und Ausrüstung der Schiffe wurden damit gesetzlich bis ins Detail vorgeschrieben. Die Bestimmungen umfassten die Kapazität der Schiffe, Lichtverhältnisse, Beschaffenheit des Auswandererdecks, Zugänge, Belüftung, Heizung, Kojen, Sitzgelegenheiten bei der Essenseinnahme, Kammern, hygienische Einrichtungen, Krankenbetreuung, Sicherheits- und Rettungsvorschriften, ärztliche Kontrolle von Passagieren und Besatzung, Verpflegung, Erfassung aller Passagiere sowie die staatliche Besichtigung zur Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen. Weder in den Jahresberichten der HAPAG noch in den zeitgenössischen Chroniken finden sich Hinweise darauf, dass die Reederei sich durch diese Bestimmungen in ihrem Geschäft beeinträchtigt sah. Grund hierfür mag sein, dass auf der Hauptauswandererroute Hamburg–New York ohnehin meist neuere Schiffe eingesetzt wurden, die bereits mit dem entsprechenden Standard gebaut worden waren.

In den folgenden Jahren nahm das „Auswanderergeschäft“ wieder kontinuierlich zu. Doch die Unternehmensleitung der HAPAG hatte entschieden, sich nicht mehr in so hohem Maße wie bisher auf die Erträge aus dem Auswande-

rertransport zu verlassen. Die Geschäftsentwicklung der HAPAG in den folgenden Jahren beweist die Richtigkeit dieser Entscheidung. Den Aktionären konnten im sechsten Geschäftsjahrzehnt gute Dividenden ausgezahlt werden. Das Passagieraufkommen wuchs deutlich. Die Auswandererzahlen machten einen immer geringeren Anteil des Passagiergeschäftes aus. Privat- und Geschäftsreisen über den Atlantik nahmen immer mehr zu, ebenso die Vergnügungsreisen, die zunehmend an Bedeutung gewannen. Auch das Frachtgeschäft wuchs kontinuierlich.⁷

Die Auswandererhallen auf der Veddel

Trotz aller Vorsicht, mit der die HAPAG kurz vor der Jahrhundertwende die Entwicklung des stark wirtschaftsabhängigen und krisenanfälligen „Auswanderer-geschäfts“ beurteilte, ging man davon aus, dass diese Passagiere immer einen wichtigen Anteil des Gesamtbetriebs darstellen würden. Deshalb gab es auch keinen Zweifel daran, dass hohe Ausgaben gerechtfertigt waren, um allen Anforderungen in Bezug auf Transport und Unterbringung von Auswanderern gerecht zu werden. Neben dem Betrieb der Grenzkontrollstationen (s. o.) betraf dies vor allem die Unterbringung der Auswanderer in Hamburg. Die Auswandererbaracken am Amerikakai mussten 1900 aufgegeben werden, da der Platz zum Bau neuer Kaischuppen benötigt wurde. Die Stadt stellte ein Gelände auf der benachbarten Veddel zur Verfügung, auf dem die HAPAG für insgesamt drei Millionen Reichsmark Auswandererhallen zur Unterbringungen von bis zu 5000 Menschen baute. Als der Komplex 1907 fertig gestellt war, umfasste er mehr als 30 Gebäude mit Unterkünften, sanitären Anlagen, Speisehallen, Küchen, Kirche, Synagoge, Verwaltungsgebäuden und Geschäften. Während die Auswandererbaracken am Amerikakai zwar von der HAPAG erbaut worden waren, aber vollständig unter der Verwaltung der Polizeibehörde standen, wurden die Auswandererhallen von der Reederei eigenständig verwaltet. Die Polizeibehörde beschränkte sich auf die Kontrolle, hatte aber auch eine eigene Polizeistation auf dem Gelände. Außerdem unterstand die ärztliche Überwachung der Hallen dem staatlichen Auswanderer-Untersuchungsarzt. Bis 1907 wurde auch der ständige ärztliche Dienst von einem Behördenarzt versehen, danach wurde diese Tätigkeit von einem Arzt, der von der HAPAG angestellt war, übernommen. Die gesamte sanitäre Aufsicht oblag aber weiterhin dem Arzt der



Das Tagesgeschäft in einer der Auswandererhallen auf der Veddel, nach 1907

Auswandererbehörde. In den Auswandererhallen beschäftigte die HAPAG 150 Mitarbeiter: Verwalter, Beamte, Stewards, Handwerker, Köche und Krankenschwestern.

Wie bei den Grenzstationen übernahm die HAPAG in den Auswandererhallen Aufgaben, die teilweise dem öffentlichen Interesse galten oder staatliche Aufgaben waren, wie z. B. Kontrollen und ärztliche Versorgung. Dies wurde nicht ohne Kritik hingenommen. Insbesondere das bis 1908 geltende Verbot für Russen, die Auswandererhallen zu verlassen, sorgte für Empörung bei den Betroffenen und wurde u. a. im sozialdemokratischen „Vorwärts“ scharf kritisiert.

Der Betrieb der Auswandererhallen zeigt die enge Verflechtung von Interessen der amerikanischen Einwanderungsbehörden, der deutschen Behörden und der HAPAG: Amerikanische Quarantäne- und Gesundheitsvorschriften mussten von der HAPAG eingehalten werden, wollte man nicht die Abweisung und damit den Rücktransport der Auswanderer riskieren. Die deutschen Behörden, insbesondere der Hamburger Senat, hatten vor allem ein Interesse daran, die

eigene Bevölkerung vor den Auswanderern „zu schützen“, die Einschleppung von Seuchen zu verhindern und die Auswanderer weiterzuschicken. Über den sanitären Aspekt hinaus lässt sich hier eine zumindest skeptische, wenn nicht sogar verbreitet fremdenfeindliche Tendenz erkennen, die sich z. B. in den Polizeiakten der Station in den Auswandererhallen manifestierte. Das „Auswanderergeschäft“ sollte möglichst von der Stadt getrennt abgewickelt werden. Eine eigene Auswandererbehörde war für alle Verwaltungsfragen zuständig, möglichst viel Verantwortung und Kosten wurden auf die Reedereien abgewälzt. Die Auswandererhallen auf der Veddel waren auch räumlich von der Stadt getrennt. Die Auswanderer gelangten mit Sonderzügen direkt dort hin, ohne – wie es in zeitgenössischen Darstellungen hieß – „die Stadt zu berühren“.

Die HAPAG ihrerseits nutzte die Freiräume und die Vorteile, die ihr im Gegenzug gewährt wurden. Die Auswandererhallen wurden zum internationalen Vorzeigeprojekt aufgrund ihrer modernen, hochfunktionalen und komfortablen Ausstattung. Vor allem die sanitären Anlagen, die Desinfektionseinrichtungen, die moderne Kläranlage und die technischen Einrichtungen weckten weltweites Interesse, etwa auf den Weltausstellungen in Paris (1900) und St. Louis (1904) und auf der Hygieneausstellung in Dresden (1911). Der gute Ruf der Auswandererhallen nützte der HAPAG in der Werbung um Auswanderer und der Stadt bei der Wiederherstellung des durch die Choleraepidemie beschädigten Ansehens.

Zwischen 1897 und 1907 nahm der Auswandererstrom über Hamburg wieder stetig zu, erlitt dann einen – von wirtschaftlichen Faktoren bedingten – Einbruch im Jahr 1908 und erreichte 1913 die absolute Höchstzahl mit 192 733 Auswanderern, die sich in Hamburg einschifften. Das „Auswanderergeschäft“ funktionierte also in diesem System aus staatlichen Rahmenbedingungen, einem gewissen Protektionismus und privatwirtschaftlichem Engagement hervorragend. Mit den Auswandererhallen war das Hauptproblem Hamburgs, die Unterbringung von vielen Tausend fremden Menschen, aus Sicht der Stadt hervorragend gelöst, und für die HAPAG zahlten sich die Investitionen aus. Sie hatte sich zu dem „global player“ der Schifffahrtsbranche entwickelt, war – gemessen an der Tonnage – zur größten Reederei der Welt gewachsen und wurde ihrem Wahlspruch „Mein Feld ist die Welt“ wahrlich gerecht.

Für die Auswanderer selbst spielten andere globale Verbindungen eine viel wichtigere Rolle: Staatliche und private Unterstützungsvereine, die Beratungs-

stellen in den Ausgangs- und Zielländern unterhielten, deren Mitarbeiter sich in den Hafenstädten und an den Bahnhöfen der Auswanderer annahmen, sie mit Informationen versorgten, Fahrkarten besorgten, Verbindungen zu Arbeitgebern oder Angehörigen herstellten; das stetig wachsende Kommunikationsnetz durch Briefe und Berichte von Auswanderern und Rückwanderern, die wichtige praktische Informationen lieferten und dabei halfen, sich in einer anderen Kultur einzurichten; die vielen Heimatvereine mit ihrem sozialen Netzwerk und Kommunikationsmöglichkeiten, die zahllosen Einwanderern einen Halt gaben. All diese Strukturen hatten in der Regel kaum wirtschaftliche, wohl aber große soziale und gesellschaftliche Bedeutung.

Auswanderung über Hamburg nach 1914

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs kamen die zivile Schifffahrt und damit die Auswanderung schnell zum Erliegen. Die Auswandererhallen wurden in ein Lazarett umgewandelt. Statt Emigranten zu beherbergen, wurden nun in der Massenunterkunft mit den vorbildlichen sanitären Anlagen Kriegsverletzte gepflegt. Bereits 1908 war zwischen Stadt und Reederei diese Option vereinbart worden, und am 2. August 1914 wurden die Auswandererhallen geräumt und der Marine zur Verfügung gestellt.

Nach Kriegsende hofften die Reedereien, an das Auswanderergeschäft der Vorkriegszeit anknüpfen zu können. Doch die Rahmenbedingungen hatten sich grundlegend geändert: Zunächst mussten die Reedereien ihre Flotten wieder aufbauen. Zu Beginn der 20er-Jahre war dies weitgehend gelungen, doch der Auswandererstrom blieb aus. Dies war in erster Linie eine Folge der Einführung einer restriktiven Einwanderergesetzgebung in den USA. 1921 wurde eine Quotenregelung eingeführt, durch welche die Zahl der Einwanderer vor allem aus Osteuropa stark beschränkt wurde, wohingegen für die Immigranten aus Nord-, Mittel- und Westeuropa relativ große Kontingente zugestanden wurden. Der „Johnson-Reed Act“ verschärfte 1924 die Regelung nochmals. Die Folge war ein drastischer Rückgang der Zahl der Einwanderer aus Osteuropa, also der Gruppe, die das Auswanderergeschäft in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg bestimmt hatte. Die Zahlen der in Hamburg registrierten Auswanderer spiegelt die Situation wider: 1921 waren es lediglich 13 556 ausländische und 15 941 deutsche Emigranten. Für deutsche Auswanderungswillige spielten die ver-

schärften amerikanischen Einwanderungsbestimmungen keine große Rolle, da die Quote relativ hoch war. Mehr als vor dem Krieg zog es wieder Deutsche ins Ausland, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen.

Die Reedereien reagierten auf diese Veränderungen. Die Devise hieß: Mehr Komfort und höhere Preise für die zunehmende Zahl an zahlungskräftigen deutschen Emigranten, an Rückwanderern sowie an Geschäfts- und Privatreisenden. Die Zeit der Auswandererschiffe mit überfüllten Zwischendecks war endgültig vorüber und in der Stadt spielten Auswanderer kaum mehr eine Rolle.

Anmerkungen

- 1 „Auswanderergeschäft“ ist ein zeitgenössischer Begriff, der vor allem von den Reedereien benutzt wurde und Teil des „Passagegeschäfts“ war, aber auch in der Verwaltung und Öffentlichkeit gebräuchlich war, wenn es um alle Geschäfts- und Verwaltungsbereiche ging, die in Zusammenhang mit den Auswanderern standen.
- 2 Die wichtigste Quelle für die Auswanderung über Hamburg sind die Passagierlisten der Jahre 1850–1934, die fast vollständig erhalten geblieben sind. Verzeichnet sind darin die Namen und Personalien von etwa fünf Millionen Passagieren, die auf Auswandererschiffen von Hamburg nach Übersee reisten. Es ist der weltweit größte Bestand dieser Art. Als Auswandererschiff galt ein Schiff mit mindestens 25 Auswanderern an Bord. Staatsarchiv Hamburg, Bestand 373-7 I, VIII (Auswanderungsamt I). Die Daten sowie statistische Auswertungen sind online verfügbar über www.hamburger-passagierlisten.de und www.ancestry.de.
- 3 Eine fundierte Darstellung der Verknüpfungen zwischen HAPAG und staatlichen Organen findet sich bei: Birgit Ottmüller-Wetzel: *Auswanderung über Hamburg. Die H.A.P.A.G und die Auswanderung nach Nordamerika 1870–1914*, Berlin/Hamburg 1986.
- 4 Peter Franz Stubmann: *Ballin: Leben und Werk eines deutschen Reeders*, Berlin 1926, S. 81.
- 5 Paul Goetsch: *Das Reichsgesetz über das Auswanderungswesen*, Berlin 1907, S. 7.
- 6 Goetsch, *Reichsgesetz*, S. 6f.
- 7 Kurt Himer: *Die Hamburg-Amerika Linie im sechsten Jahrzehnt ihrer Entwicklung 1897–1907*, Hamburg 1907.

Hochburg des Internationalismus. Hamburger „Außenpolitik“ in den 1950er und 1960er Jahren

Im September 1951 stand die Stadt Hamburg im Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit. Im Festsaal des Hamburger Rathauses tagte der Internationale Rat der Europäischen Bewegung unter dem Vorsitz von Paul Henri Spaak, des ersten Präsidenten der UN-Generalversammlung und Präsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Bürgermeister Brauer begrüßte die ausländischen Teilnehmer „in der Metropole des Welthandels, die sich den Ideen eines vereinigten Europas weit geöffnet hat“. Kurz zuvor hatte die Vollversammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung im Hamburger Rathaus getagt, eröffnet vom ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, der leidenschaftlich an alle Verantwortlichen in der Politik appellierte, „den Zusammenschluss der europäischen Völker unverzüglich mit aller Kraft herbeizuführen“.

Es war kein Zufall, dass sich die europäische Bewegung gerade Hamburg als Tagungsort erwählt hatte. Die bedeutendste europäische Pressure Group in Deutschland, die Europa-Union unter dem Vorsitz von Eugen Kogon, hatte in der Hansestadt ihren Sitz. Mit dem ZEIT-Journalisten Ernst Friedländer und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Leverkühn stammten überdies zwei ihrer drei Präsidiumsmitglieder aus Hamburg. Anders als in den meisten Städten und Regionen der Bundesrepublik gab es in Hamburg in Fragen der Europapolitik keine parteipolitischen Kontroversen. Der sozialdemokratische Erste Bürgermeister Max Brauer repräsentierte zusammen mit Ernst Reuter in Berlin und Wilhelm Kaisen in Bremen den europafreundlichen „Oberbürgermeister-Flügel“

in der SPD. Zum Leidwesen des SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Schumacher hatte Hamburg im Bundesrat für den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat gestimmt; auch den Beitritt zur europäischen Montanunion segnete es später ausdrücklich ab.

Während des Kongresses sparten die ausländischen Delegierten nicht mit Lob für Bürgermeister Brauer und die Stadt, die – so Paul Henri Spaak – „in der ganzen Welt den Ruf genieße, eine europäische Stadt zu sein“. Er sei sicher, „dass der Traum meiner Jugend, der Zusammenschluss der europäischen Völker durch die Hamburger Konferenz ein bedeutendes Stück näher an die Wirklichkeit herangeführt“ werde.

Während der Zusammenkunft hatte die Stadt keine Kosten und Mühen gescheut, ihre europäische und internationale Orientierung deutlich zu machen. Über der Eingangshalle des Hamburger Flughafens begrüßte ein gewaltiges Blumenbouquet mit dem „E“ der europäischen Bewegung die ausländischen Gäste, alle öffentlichen Gebäude und Bauwerke der Stadt, aber auch zahlreiche Geschäfte hatten Europafahnen gehisst; Pariser Polizisten in französischen Uniformen regelten den Hamburger Straßenverkehr und am 20. September 1951 fanden sich mehr als zehntausend Hamburger in der Ernst-Merck-Halle zur größten europapolitischen Kundgebung ein, die jemals auf deutschem Boden stattgefunden hatte.

Mehr als demonstrativ präsentierte sich Hamburg nach 1945 als Hochburg des Internationalismus und der supra-nationalen Integration in Deutschland, wie nicht nur die Ereignisse des September 1951 zeigten. Dabei knüpfte die Stadt zweifellos an ihre lange internationale Tradition als Hafen- und Handelsstadt an. Dennoch stand die demonstrative Internationalität Hamburgs nach 1945 nicht in bruchloser Kontinuität zur Zeit davor, denn bis 1945 war die außenpolitische Orientierung Hamburgs stets fest in die nationale und imperiale Machtpolitik des Deutschen Reiches eingebunden gewesen.

Dies galt nicht allein für die Zeit des Kaiserreiches oder des „Dritten Reiches“, sondern auch für die Jahre der Weimarer Republik. So verfolgte in jener Zeit selbst eines der liberalen und internationalen Aushängeschilder Hamburgs, der 1922 gegründete „Übersee-Club“, genuin nationale Zielsetzungen, darunter die „Pfleger kolonialer Bestrebungen“ sowie die Förderung des „Deutschtums im Ausland“. Davon war bei der Wiedergründung des Clubs 1948 keine Rede mehr, der jetzt ausschließlich die internationale Zusammenarbeit unter-



stützen wollte, dabei die Erkenntnis verbreitend „von der Verflechtung aller Volkswirtschaften in einer Weltwirtschaft zum Wohle der Gesamtheit der

Völker“. Damit wollte der Club zugleich der „Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und der Verständigung der Völker“ dienen.

In diesen neuen Akzenten manifestierte sich zweifellos eine schroffe Distanz zur nationalistischen Hybris des „Dritten Reiches“, und es war kein Zufall, dass die Hamburger Handelskammer schon kurz nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches offen die Rückkehr Hamburgs und Deutschlands in die freie Weltwirtschaft als Ziel proklamiert hatte – zu einem Zeitpunkt, als es weder ein Deutschland noch eine freie Weltwirtschaft gab.

Der demonstrative Hamburger Internationalismus nach 1945 reagierte jedoch nicht allein auf die Erfahrungen des „Dritten Reiches“, sondern vor allem auf die Randlage, in die sich die Stadt durch den Fall des Eisernen Vorhangs versetzt sah. Die Zonengrenze 50 km östlich der Stadt hatte Hamburg seines natürlichen Hinterlands beraubt. Dies wirkte sich für die traditionelle Ost-West-Orientierung des Hafens fatal aus, der vor 1945 in besonderer Weise auf Berlin und Mitteldeutschland, aber auch auf den Handel mit Südosteuropa ausgerichtet gewesen war. Der Anteil Mitteldeutschlands an dem Export über Hamburg hatte 1938 noch knapp 60 % betragen, beim Import waren es 42,4 % gewesen. Diese Anteile hatten sich in der Nachkriegszeit auf 3,9 % bzw. 2,4 % reduziert. Der Transitverkehr mit Südosteuropa hatte gegenüber der Vorkriegszeit um 86 % abgenommen. Demgegenüber profitierten die Konkurrenten Hamburgs von der neuen Situation, nämlich die Benelux-Häfen sowie Bremen, die eine weitaus bessere Nord-Süd-Ausrichtung vorweisen konnten. Hamburg drohe – so der Wirtschaftssenator Karl Schiller – zu einem „Königsberg des Bundes“ zu werden und in ein „Hintersassendasein“ zu geraten. Alle Bemühungen von Politik und Wirtschaft in Hamburg waren deshalb darauf ausgerichtet, der oben ange deuteten Entwicklung entgegenzutreten und die Folgen der Teilung Deutschlands und Europas für Hamburg zu mildern. Dieses Ziel war jedoch nicht in einem ruinösen europäischen Wettbewerb zu erreichen. Es setzte vielmehr eine vertrauensvolle Kooperation der europäischen Nordseehäfen voraus, in der die nachteilige Randlage Hamburgs anerkannt und durch für Hamburg günstige Seehafentarife ausgeglichen werden sollte. Auch deshalb war Hamburg nach 1945 dringend an einer europäischen Integration Deutschlands interessiert.

Wie sehr Hamburgs Internationalismus mit den wirtschaftlichen Interessen der Stadt verknüpft war, zeigte nicht zuletzt das Beispiel des erwähnten Übersee-Clubs, der 1948 aus einem „Ausschuß zur Förderung der Übersee-Wirt-

schaft“ hervorgegangen war und die internationale Hamburg-Werbung intensivieren sollte. Angesichts seiner kritischen Randlage unternahm Hamburg nach 1945 besondere Anstrengungen, um die Welt auf seinen Hafen und seine Wirtschaft aufmerksam zu machen und sich vor der internationalen Öffentlichkeit wieder in Erinnerung zu bringen. Im Jahre 1950 initiierten der Übersee-Club und maßgebliche Personen der Handelskammer erstmals einen „Übersee-Tag“ mit angeschlossenem „Hafengeburtstag“. Der „Übersee-Tag“ mit entsprechenden Reden und Programm sollte ein Forum bieten, um vor nationalen und internationalen Gästen auf die Probleme und Vorzüge der Stadt aufmerksam zu machen, und das Programm des „Hafengeburtstages“ sollte vor allem auswärtige Gäste in die Stadt locken. 761 Jahre waren ins Land gegangen, ohne dass jemand von diesem Geburtstag jemals Notiz genommen hatte. Dass man ihn nach so langer Zeit erstmals feierte und damit eine bis heute andauernde Tradition begründete, spiegelte die prekäre Nachkriegssituation der Stadt wider, die auf verstärkte internationale Werbemaßnahmen angewiesen war.

Hamburg reagierte auf seine Situation jedoch nicht nur mit Werbung, sondern mischte sich nicht zuletzt in die Außenpolitik ein. Diese Hamburger „Außenpolitik“ wies in den 1950er und 1960er Jahren insgesamt vier Schwerpunkte auf, die im Folgenden näher skizziert werden sollen:

Erstens profilierte sich Hamburg nach 1945 – wie schon erwähnt – als Wegbereiter der europäischen Integration. Zweitens begründete die Stadt mit der sogenannten „Politik der Elbe“ eine eigenständige Ostpolitik gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas und machte sich bereits früh für eine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen – vor allem der Oder-Neiße-Linie – stark. Drittens galt Hamburg als eine Hochburg des Atlantizismus in Deutschland, d. h. der transatlantischen Bindungen an die Vereinigten Staaten von Amerika, während es die Annäherung an das gaullistische Frankreich mit Misstrauen betrachtete. Viertens schließlich gingen von Hamburg wichtige Impulse für die deutsch-israelischen Beziehungen aus, die von der „Friedensbitte an Israel“ 1951 bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik 1965 reichten.

Unter Hamburger „Außenpolitik“ sollen alle Initiativen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien verstanden werden, die aus Hamburg auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen einwirkten. Hamburger „Außenpolitik“ war deshalb mehr als die staatliche Politik des Bundeslandes Hamburg, das

im Rahmen der Bundesrepublik natürlich nur bedingt auswärtige Beziehungen gestalten konnte. Dennoch geht es im Folgenden um mehr als um lokalgeschichtliche Fußnoten zur bundesdeutschen Außenpolitik. Regionale Einwirkungen auf diese Politik waren schon deswegen nicht ohne Einfluss, weil die formative Phase der bundesdeutschen Außenpolitik erst knapp dreißig Jahre nach der Staatsgründung 1949 abgeschlossen war. Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte sich das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik voll entfaltet. Erst zu diesem Zeitpunkt waren ihre wesentlichen Grundlinien innenpolitisch nicht mehr umstritten, die in den Jahren zuvor für heftige Kontroversen gesorgt hatten, denkt man beispielsweise an die Konfliktlinien Westintegration versus Wiedervereinigung in den 50er Jahren, den Konflikt zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ in den 60er Jahren oder die Auseinandersetzung um die Ost- und Entspannungspolitik in den frühen 70er Jahren.

Der Stimme Hamburgs kam deshalb in der formativen Phase der deutschen Außenpolitik ein beachtliches Gewicht zu, und es war kein Zufall, dass sich das außenpolitische Profil Hamburgs rasch verflüchtigte, als diese formative Phase durch einen Hamburger – nämlich den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt – zum Abschluss gebracht wurde.

Hamburg und die europäische Integration

Die westeuropäische Integration der Bundesrepublik wurde in Hamburg parteiübergreifend und vorbehaltlos begrüßt. Nach den Vorstellungen Hamburgs sollte sich die europäische Integration jedoch nicht auf die Sechsergemeinschaft der EWG, d. h. auf ein kontinentales Kleineuropa beschränken, sondern in jedem Fall auch Großbritannien und die skandinavischen Staaten einbeziehen. Vor allem mit Großbritannien verbanden die Hansestadt seit langem engste Handelsbeziehungen, und schon deshalb profilierten sich Politik und Medien in Hamburg als engagierte Fürsprecher eines britischen EWG-Beitritts.

Diese anglophile Grundposition wurzelte im Kern in der überragenden Bedeutung, die Großbritannien und sein Empire im 19. Jahrhundert für die Entwicklung Hamburgs gespielt hatten. Diese britisch-hamburgischen Bindungen hatten sich auch in der Folgezeit beständig erneuert, und es war kein Zufall, dass nach dem Ersten Weltkrieg mit Friedrich Sthamer ein Hamburger Senator als Botschafter der Weimarer Republik in London residierte. Nach dem Zweiten

Weltkrieg fungierte Hamburg als Hauptstadt der britischen Besatzungszone, die zahlreiche Foren des deutsch-britischen Dialogs hervorbrachte, so zum Beispiel den Anglo-German Club oder auch den erwähnten Übersee-Club, vor dem anfänglich ausschließlich britische Redner auftraten. Hier referierten u. a. die britischen Hohen Kommissare Sir Brian Robertson („Können England und Deutschland Freunde sein?“) und Sir Ivone Kirkpatrick („Europa in der heutigen Welt“).

Die 1949 gegründete Deutsch-Englische Gesellschaft war in Hamburg besonders aktiv, was auch darin zum Ausdruck kam, dass gleich drei Hamburger als Ehrenpräsidenten fungierten, nämlich Marion Gräfin Dönhoff, Ralf Dahrendorf und Helmut Schmidt. Als besonders aktiver Teilnehmer des deutsch-britischen Dialogs galt der spätere Hamburger CDU-Landesvorsitzende Erik Blumenfeld, genannt „Sir Erik“, der seit 1950 zu den führenden Teilnehmern der deutsch-britischen Königswinter-Gespräche gehörte. Er verfügte über exklusive Gesprächskontakte zu allen britischen Premierministern der Nachkriegszeit und setzte sich öffentlich besonders engagiert für einen britischen EWG-Beitritt ein. „England muß mitmachen“, lautete einer seiner zahlreichen Presseartikel, die er zum deutsch-britischen Verhältnis veröffentlichte, assistiert von Marion Gräfin Dönhoff, die zu den engagiertesten publizistischen Fürsprechern eines britischen Beitritts gehörte. Im Juni 1959 hatte sie von einem „antibritischen Komplex“ des Bundeskanzlers Adenauer gesprochen und dessen Anlehnung an Frankreich massiv kritisiert. Dementsprechend heftig fiel auch ihre Kritik aus, als der französische Staatspräsident de Gaulle gegen einen EWG-Beitritt Großbritanniens Stellung nahm und diesen Anfang 1963 erst einmal auf Eis legte. Marion Dönhoff stellte den Tag des Scheiterns der Beitrittsverhandlungen, den 29. Januar 1963, als „schwarzen Tag“ in eine Reihe mit dem 30. Januar 1933, den 17. Juni 1953 oder den 13. August 1961.

Das zunächst ergebnislose, später jedoch erfolgreiche Eintreten Hamburgs zugunsten eines britischen EWG-Beitritts sowie die wachsende Kritik an Bundeskanzler Adenauer deutete an, dass die Hansestadt den außenpolitischen Anzug der jungen Bundesrepublik als zu eng empfand und darüber klagte, „im Schatten der Bundespolitik“ zu liegen. Zwar hatte die Hansestadt die Adenauersche Westintegration weitgehend vorbehaltlos begrüßt, aber stets nur als Auftakt einer weitergehenden supranationalen Integration Deutschlands und Europas begriffen, die weder vor Großbritannien und Nordeuropa noch vor Mittel- und Osteuropa Halt machen sollte. Wenn Hamburg seine periphere

Lage überwinden wollte, musste es versuchen, die Trennungslinien in Europa zu überwinden, den Eisernen Vorhang zu heben und ihn durchlässig zu machen.

Hamburg und die Ostpolitik

Als 1953 der sogenannte „Hamburg-Block“ aus CDU, FDP und DP die Regierung übernahm und den sozialdemokratischen Brauer-Senat ablöste, leitete er sofort eine aktive Außenhandelspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa ein, die so genannte „Politik der Elbe“, mit der Hamburg ostpolitisches Neuland betrat und mutig auch gegen Einwände aus Bonn voranschritt. Konzipiert hatten sie der freidemokratische Hafensenator Ernst Plate, Bürgermeister Kurt Sieveking und der Fraktionsvorsitzende des „Hamburg-Blocks“, Erik Blumenfeld. Hamburg – so die Zielsetzung der Initiatoren – solle zwar fest in der politischen Kultur und im Bündnissystem des Westens verankert sein, aber dennoch die Rolle eines Mittlers zwischen West und Ost einnehmen.

In seiner Regierungserklärung vom Dezember 1953 hob Bürgermeister Sieveking die Bedeutung der internationalen Integration für Hamburg hervor, die sich jedoch auf Westeuropa nicht beschränken dürfe: „Aber diese europäische Integration darf für die Handels- und Schifffahrtsstadt Hamburg letzten Endes nicht eine kleineuropäische und westliche sein, so sehr auch diese zu begrüßen ist. Wir müssen von Hamburg aus immer wieder die großeuropäische Lösung fordern, d. h. nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch die Wiederherstellung eines Gesamteuropas, denn die Zukunft des Hafens Hamburg wird dadurch bestimmt, ob er seine alte Position als Mittler zwischen einem großeuropäischen Wirtschaftsraum und der Gesamtheit der überseeischen Länder wieder ausüben kann.“ An dieser Stelle konnte sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Zwischenruf nicht verkneifen: „Wenn der Konrad Adenauer nur nicht böse wird darüber!“ Dafür erntete er brausendes Gelächter im Parlament, aber auch die Versicherung Sievekings: „Wir haben da unsere eigene Meinung!“

Im Detail leitete der Hamburger Senat gegenüber allen Ländern Mittel- und Osteuropas eine aktive Handelspolitik ein: Mit der DDR begann Hamburg intensive Gespräche über den geplanten Nord-Süd-Kanal und lancierte den Vorschlag eines „Elbe-Statuts“, um den freien und unbehinderten Schiffsverkehr auf der Elbe rechtlich festzuschreiben. Auf der Leipziger Messe war Ham-

burg fortan wieder mit einem eigenen Stand vertreten. Zudem veranstaltete die Stadt dort den letztmalig 1938 durchgeführten „Hafen-Abend“, der ein Forum für politische und wirtschaftliche Gespräche zwischen den Vertretern der Stadt und der DDR bot. Mit Polen intensivierte Hamburg die Hafenkooperation, die u. a. zum Ausbau polnischer Liniendienste in Hamburg und zur Teilnahme Hamburger Firmen an der „Posener Messe“ führte. Gegenüber der CSSR nahm Hamburg massiv auf die deutsch-tschechischen Wirtschaftsverhandlungen Einfluss, beteiligte sich an der Messe in Brünn und führte auch direkte Handelsgespräche mit Prag, zumal die CSSR mit einem eigenen Hafenplatz im Hamburger Hafen vertreten war. Nachdem der sowjetische Botschafter Smirnow im März 1957 Hamburg besucht und eine Einladung der Stadt Leningrad überbracht hatte, reiste im Juni 1957 eine Hamburger Delegation an die Newa und begründete damit – mitten im Kalten Krieg – eine Städtepartnerschaft. Nur mit Mühe konnte Bundeskanzler Adenauer den Hamburger Bürgermeister, der damals zugleich als Präsident des Bundesrates fungierte, daran hindern, die Hamburger Delegation nach Leningrad persönlich anzuführen. Für Adenauer waren dies „Ost-Eskapaden“, und es war ihm mehr als unlieb, wenn bürgerliche Repräsentanten Hamburgs mit kommunistischen Staatsfunktionären auf einem Hamburger Hafen-Abend in Leipzig vertrauliche Gespräche führten. Die „Politik der Elbe“ zeigte Alternativen gegenüber der Politik der Bundesregierung in jener Zeit auf und die Beziehungen Hamburgs zu den osteuropäischen Staaten arbeiteten der Ost- und Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre vor.

Als Ludwig Erhard und Außenminister Schröder seit 1964 eine aktive Außenhandelspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten einleiteten, griffen sie wie selbstverständlich auf die Dienste des Hamburger CDU-Landesvorsitzenden Blumenfeld zurück, den sie mit persönlichen Sondierungsmissionen beauftragten. Aus wohlverstandener Eigeninteresse traten fast alle Repräsentanten Hamburgs für eine deutliche Ausweitung des Osthandels und der politischen Kontakte mit Osteuropa ein. „Mehr Mut zu Ostimporten“ lautete der bezeichnende Titel eines Artikels, den Erik Blumenfeld 1965 in der ZEIT veröffentlichte: „Wo die Wirtschaft vorangeht, öffnet sie der politischen, kulturellen und persönlichen Begegnung eine breite Straße“.

Weniger die wirtschaftlichen als vielmehr die politischen Implikationen der Osthandelspolitik sorgten für permanenten politischen Konfliktstoff zwischen Hamburg und Bonn. Den Hamburger Verantwortlichen war nämlich nur zu be-

wusst, dass eine entscheidende Ausweitung des Osthandels die Lösung politischer Grundsatzfragen voraussetzte und ohne eine faktische Anerkennung der Nachkriegsgrenzen illusorisch bleiben musste. Im Januar 1957 hatte Bürgermeister Sieveking deshalb als amtierender Präsident des Bundesrates eine viel beachtete Rede zum deutsch-polnischen Verhältnis gehalten. In dieser forderte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen und deutete eine faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze an – mit der Bemerkung, es sei „nicht möglich, die Verhältnisse östlich der Oder wieder dem Vorkriegsstand anzugleichen“, sodass Grenzfragen sich am „realen Tatbestand“ orientieren müssten. Dies brachte ihm den Titel eines „Verzichtspolitikers“ und den sofortigen Widerspruch der Bundesregierung ein. Seine Äußerungen hätten „in Kreisen unserer Partei allgemeines Befremden“ ausgelöst, ließ Bundeskanzler Adenauer den Hamburger Bürgermeister wissen. In der Folgezeit wagten sich jedoch Vertreter Hamburgs immer wieder mit ähnlichen Äußerungen hervor, dabei heftigen öffentlichen Widerspruch in Kauf nehmend. So machte der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Bucerius 1961 öffentliche Äußerungen, die ebenfalls auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zielten („Wenn der Kanzler erklärt hat, wir werden den Krieg bezahlen müssen, bezog sich dieses wohl auch auf die Grenzen“). Daraufhin klagte ihn der CDU-Landesverband Oder/Neiße, dem der Vertriebenenminister Theodor Oberländer vorsah, vor dem Bundesparteigericht der CDU an. Sein Hamburger Parteifreund, der CDU-Landesvorsitzende Erik Blumenfeld, kritisierte in den gesamten 60er Jahren wiederholt die ostpolitische Lethargie seiner Partei und tat sich beständig mit Äußerungen hervor, die unter den Vertriebenenverbänden für helle Empörung sorgten. Im Juni 1965 hatte sich der Verband der Ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften bei Rainer Barzel, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über Blumenfeld beschwert, nachdem dieser die Forderung der Vertriebenen nach einem deutschen Nationalstaat in den Grenzen von 1937 als „Störung der gegenwärtigen Ostpolitik“ bezeichnet und das Münchner Abkommen von 1938 für „null und nichtig“ erklärt hatte. Als Blumenfeld Ende 1965 in einem Interview mit Radio Free Europe die Auffassung vertrat, dass man im Falle einer deutschen Wiedervereinigung der Oder/Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze zustimmen müsse, machten einzelne Parteifreunde und die Vertriebenenverbände gleichermaßen gegen ihn mobil. Er erhielt eine Reihe von Schmähbrieffen und Morddrohungen, und die rechtsradikale „Deutsche

National-Zeitung“ bezeichnete den „linksstehenden CDU-Bundestagsabgeordneten“ als „Vorkämpfer deutscher Verzichte“. Der „Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V.“ forderte alle Delegierten des CDU-Landesparteitages in Hamburg gar schriftlich auf, Blumenfeld nicht zu ihrem Vorsitzenden zu wählen, woraufhin der Justitiar des CDU-Landesverbandes den Vertriebenen rechtliche Gegenmaßnahmen androhte.

In keinem anderen Bundesland – so lassen sich diese Beobachtungen zusammenfassen – waren die Beziehungen der bürgerlichen Eliten zu den Vertriebenenorganisationen so heillos zerrüttet wie in Hamburg. Deren Forderungen nach einer Revision der Nachkriegsgrenzen passten nicht zu den hamburgischen Vorstellungen einer friedlichen und gedeihlichen Zusammenarbeit auch über die Länder- und Systemgrenzen hinweg. Auch deshalb gewannen die Vertriebenen auf die operative Hamburger Politik kaum Einfluss. Dies hing nicht zuletzt auch mit dem relativ geringen Anteil der Vertriebenen an der Hamburger Gesamtbevölkerung zusammen, der angesichts der Zugangssperren der Nachkriegszeit unter 10 % lag und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt blieb. Noch viel deutlicher lag der Vertriebenenanteil in Hamburg unter dem der norddeutschen Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

In den Konflikten zwischen Hamburger Politikern und den Vertriebenenverbänden um die Ostpolitik und die Nachkriegsgrenzen spielten jedoch nicht allein politische und wirtschaftliche Motive eine Rolle, sondern auch Fragen der Vergangenheit bzw. der Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zur früheren nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Als ehemaliger Auschwitz-Häftling und „jüdischer Mischling 1. Grades“ verhehlte Erik Blumenfeld nicht, dass er viele Vertriebenenfunktionäre für in Wolle gefärbte Nationalsozialisten hielt. Mit deutlicher Geringschätzung sprach er von „enragierten Verbandsfunktionären, deren Lautstärke im umgekehrten Verhältnis zur Kraft ihrer politischen Argumente steht“. Dann fügte er hinzu: „Was bei vielen schon seit 1933 und früher der Fall war. Sie haben oder wollen diese Zeit ihrer bedingungslosen Gefolgschaft Hitlers zwar vergessen – wir haben es nicht, und es wird hohe Zeit, die verbands- und landsmannschaftlichen Führungsorgane von diesen ‚Ehemaligen‘ zu säubern. Auch das wäre ein konstruktiver Beitrag zur Lösung der Oder/Neisse-Frage.“

Umgekehrt nahm auch mancher Vertriebenenfunktionär subtil auf die Zugehörigkeit zur ehemaligen NS-Volksgemeinschaft Bezug: So zum Beispiel der

aus dem Sudetenland stammende CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Kunt-scher, der 1966 in einer öffentlichen Ansprache drei Bundestagsabgeordnete als Verzichtspolitiker anprangerte, nämlich Peter Blachstein, Helmut Schmidt und Erik Blumenfeld. Zuvor hatte er sich für den „gelungenen Volkstumsabend“ bedankt und hervorgehoben, dass Sudetendeutsche und Einheimische mittlerweile zu einer „deutschen Gemeinschaft“ zusammengewachsen seien. Es war sicher kein Zufall, dass Kuntscher drei Hamburger Politiker als Außenseiter brandmarkte, deren Status in der NS-Volksgemeinschaft – gelinde gesagt – prekär gewesen war: den Emigranten, Juden und Sozialdemokraten Peter Blachstein, Helmut Schmidt, der seinen jüdischen Großvater allerdings erfolgreich hatte abtarnen können, sowie Erik Blumenfeld als Auschwitz-Häftling und ehemaligen „Mischling 1. Grades“.

Darüber hinaus tummelten sich in der Hamburger Politik wie im Journalismus auffallend viele Persönlichkeiten, die in der Zeit von 1933–1945 nicht dazugehört hatten. Allein drei Hamburger Nachkriegsbürgermeister zählten zu dieser Personengruppe: der ehemalige „jüdische Mischling“ Rudolf Petersen, der sozialdemokratische Emigrant Max Brauer und der jüdische Emigrant Herbert Weichmann. Bürgermeister Sieveking hatte in der NS-Zeit als Justitiar in der jüdischen Warburg-Bank gearbeitet. Im Bereich des Journalismus wären der stellvertretende Chefredakteur der ZEIT, der ehemalige „jüdische Mischling“ und Emigrant Ernst Friedländer zu nennen, oder auch Gerd Bucerius, der mit einer Jüdin verheiratet gewesen war, nicht zuletzt auch Axel Springer, dessen erste Ehefrau ein „Mischling 1. Grades“ gewesen war. Das Nachkriegs-Hamburg bot den Genannten ganz offensichtlich gute Entfaltungsmöglichkeiten, die gleichzeitig das politische Profil der Stadt schärften, nicht zuletzt in der Außenpolitik. Wie gezeigt wurde, wies vor allem die Ostpolitik und die Bereitschaft zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen eine historisch-moralische Dimension auf, die auf subtile Weise mit den Biografien der Akteure verflochten war.

Die außenpolitische Perspektive Hamburgs zeichnete sich insgesamt nicht allein durch eine aktive Europa- und Ostpolitik aus. Als Kind der Globalisierung bildete für Hamburg vielmehr der freie Welthandel den entscheidenden Maßstab seiner außenpolitischen Orientierung. Auch dafür gab es wichtige strukturelle Gründe, denn während die Bundesrepublik Anfang der 50er Jahre rund 70 % ihrer Im- und Exporte mit den europäischen Nachbarländern abwickelte, gingen bzw. kamen 70 % des Im- und Exports im Hamburger Hafen aus Über-

see. Schon deswegen musste eine Hamburger Perspektive stets global ausfallen, getreu dem viel zitierten und etwas angestaubten, aber durchaus nicht falschen Motto: „Mein Feld ist die Welt“.

Hamburg als Hochburg des „Atlantizismus“

Aus Hamburger Sicht ließen sich die globalen Ziele der Stadt nur in enger Anlehnung an eine globale Supermacht verwirklichen: die Vereinigten Staaten von Amerika. Auch diese propagierten den freien Welthandel, waren als militärische Schutzmacht auf der ganzen Welt aktiv, garantierten das Währungssystem von Bretton Woods, lieferten mit dem Dollar die Weltleitwährung und waren schließlich finanziell als einzige Macht in der Lage, mit Hilfe des Marshallplans den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas voranzutreiben. Alle Hamburger Politiker waren deshalb überzeugte „Atlantiker“, und es war wohl kein Zufall, dass mit Max Brauer 1946 ein amerikanischer Staatsbürger (und vormaliger Altonaer) in das Amt des Ersten Bürgermeisters gewählt wurde. Schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit bemühte sich Hamburg, transatlantische Bande zu knüpfen und zu festigen. Im Jahre 1951 trafen sich Marion Gräfin Dönhoff und Erik Blumenfeld diesbezüglich mit dem amerikanischen Journalisten Christopher Emmet und Eric Warburg, der sich anschickte, aus seinem Emigrationsland USA wieder nach Hamburg überzusiedeln und als Teilhaber in das 1938 „arisierte“ ehemalige elterliche Bankunternehmen einzutreten. Warburg, Dönhoff, Emmet und Blumenfeld fungierten in Hamburg als die wichtigsten Impulsgeber für eine neue Organisation, die 1952 formell unter dem Namen „Transatlantik-Brücke“ gegründet wurde und später den Namen „Atlantik-Brücke e. V.“ annahm. Parallel entstand mit dem „American Council on Germany“ eine entsprechende Partner-Organisation in den USA, der Warburg als Vorstandsmitglied angehörte. Den Vorsitz in der deutschen Atlantik-Brücke übernahm der Journalist Ernst Friedländer, während Blumenfeld als stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister fungierte. Wie bei den zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen, die sich in Hamburg der Pflege internationaler Beziehungen widmeten, verschränkten sich in der Atlantik-Brücke die Eliten aus Journalismus, Wirtschaft und Politik auf eine charakteristische Weise.

In den Anfangsjahren ihres Bestehens orientierte sich die Arbeit der „Atlantik-Brücke“ sehr stark an den amerikanischen Besuchern in Deutschland, für die

seit 1953 die Schrift „Meet Germany“ in hoher Auflage herausgegeben wurde, die konzentrierte Informationen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen der Bundesrepublik bot und sich vor allem an amerikanische Führungskräfte wandte. Spezielle Seminare richteten sich gezielt an amerikanische Lehrer, Journalisten sowie an Offiziere und Kommandeure der amerikanischen Armee. Letztere wurden vor allem im 1954 gegründeten „Haus Rissen“ in Hamburg durchgeführt, einem wichtigen Träger politischer Bildungsarbeit in der Hansestadt. Seit 1959 veranstaltete die Atlantik-Brücke zudem mit Unterstützung Shepard Stones von der Ford-Foundation deutsch-amerikanische Konferenzen, die alle zwei Jahre Politiker, Unternehmer und Journalisten aus Deutschland und den USA zusammenführten.



Erik Blumenfeld mit Henry Kissinger auf einer deutsch-amerikanischen Konferenz Anfang der 70er Jahre

Bei diesen Konferenzen gestaltete Blumenfeld als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses das Tagungsprogramm und die Diskussionsforen entscheidend mit. Sie hatten die zentrale Funktion, Misstrauen abzubauen, persönliche Kontakte zu knüpfen, aber auch unterschiedliche Positionen in den jeweiligen Ländern jenseits der offiziellen Regierungsverlautbarungen offen zu benennen und kontrovers zu diskutieren.

Angesichts der engen Bindungen an die USA erweckte die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die Charles de Gaulle und Konrad Adenauer seit Anfang der 60er Jahre vorantrieben, in Hamburg Skepsis und Misstrauen. Prinzipiell hatte man zwar gegen eine Annäherung an Frankreich und die deutsch-französische Aussöhnung nichts einzuwenden. Sie war für die europäische Zusammenarbeit unumgänglich, und auch deswegen fiel der Empfang für de Gaulle bei dessen Hamburg-Besuch im September 1962 durchaus freundlich, wenngleich nicht enthusiastisch aus.

Diese Wertschätzung bezog sich jedoch nicht auf die französische Politik. Der CDU-Landesvorsitzende Blumenfeld hielt die Franzosen für „starke Natio-

nalisten", die unter dem Deckmantel deutsch-französischer Zusammenarbeit eine klassische nationalistische Machtpolitik betrieben. De Gaulles Versuch, im Schlepptau mit den Deutschen gegen die amerikanische Hegemonie in Westeuropa anzugehen und seine Vision von einem „Europa der Vaterländer“, das vom Atlantik bis zum Ural reichen sollte, hielt Blumenfeld für ebenso gefährlich wie naiv. Darin war er sich mit den meisten norddeutschen Christdemokraten wie den Sozialdemokraten einig, die fast geschlossen zu den „Atlantikern“ zählten. Einem tendenziell gegen die USA gerichteten deutsch-französischen Zweibund erteilte Blumenfeld eine klare Absage, der einem Zusammenschluss Europas auf breiter Grundlage und dessen enger Kooperation mit den USA das Wort redete, ganz wie es den Vorschlägen Präsident Kennedys vom „Grand Design“ einer europäisch-atlantischen Partnerschaft entsprach. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisierte Blumenfeld offen den deutsch-französischen Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963. Während der Vertrag aus Sicht de Gaulles die Grundlage für einen deutsch-französischen Zweibund abgeben sollte, gelang es den „Atlantikern“, zu denen auch der spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard zählte, dem Vertrag eine Präambel voranzustellen und ihn damit zu entschärfen. In dieser wurden die atlantischen Bindungen und Verpflichtungen der Bundesrepublik noch einmal bekräftigt – und damit die Intentionen de Gaulles, die dieser mit dem deutsch-französischen Vertragswerk verknüpft hatte, faktisch konterkariert.

Der Streit zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“, der vor allem die Union erschütterte und außenpolitisch lähmte, fiel nicht zufällig in die Endphase der Ära Adenauer, deren Ende in Hamburg herbeigesehnt wurde: Nicht zuletzt durch die Hamburger CDU, die den Kanzler schon 1959 erstmals zum Rücktritt aufgefordert hatte. Die Hamburger Leitmedien ZEIT, „Stern“ und SPIEGEL profilierten sich bundesweit als Schrittmacher einer politischen und gesellschaftlichen Liberalisierung, als Bastionen der „Zeitkritik“, die dem Konsensjournalismus früherer Jahre ein Ende bereiteten und die Stadt Hamburg als Standort kritischer Medien bundesweit positionierten. Konrad Adenauer verkörperte das liberale Lebensgefühl in der Bundesrepublik seit Ende der 50er jedoch immer weniger und wirkte wie ein autoritärer Anachronismus, der zudem politischen Immobilismus repräsentierte.

Dies galt nicht zuletzt für das Feld der Außenpolitik, wo nicht Adenauer und de Gaulle, sondern der junge amerikanische Präsident John F. Kennedy Aufbruch und Reform repräsentierte – und damit das Lebensgefühl der frühen

60er Jahre. Demgegenüber wirkten Adenauer und de Gaulle wie Repräsentanten des 19. Jahrhunderts. Es sei Zeit, de Gaulle „auf sein Altenteil, wo er seit geraumer Zeit hingehört“, zu verweisen, teilte Erik Blumenfeld dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Helmut Lemke bezeichnenderweise mit. Und als John F. Kennedy, mit dem Blumenfeld persönlich befreundet war, ihn einmal fragte: „Warum mag mich Adenauer nicht?“, gab Blumenfeld – leicht verklausuliert – zur Antwort, dass Adenauer schließlich beider Großvater sein könnte. Ein CSU-naher Autor kleidete das zunehmende Abrücken vieler Christdemokraten von ihrem Kanzler in das Bild: „Die Kinder verleugnen den Vater“ und griff namentlich Blumenfeld scharf an, „der in permanenter Überschätzung seiner Person der Wortführer“ gegen Adenauers Außenpolitik geworden sei. Blumenfeld hatte den Artikel für seine Korrespondenz ausgeschnitten und am Rand notiert: „Ein Strauß-Schreibknecht von der minderen Sorte“. Franz Josef Strauß, einer der prominentesten „Gaullisten“ in der Union, hatte damals in Hamburg Auftrittsverbot – ein Indiz für die Heftigkeit, mit der „Atlantiker“ und „Gaullisten“ miteinander stritten. Am Standpunkt Hamburgs kamen dabei nie Zweifel auf: Die Hansestadt war eine, wenn nicht die Hochburg des Atlantizismus in Deutschland.

Hamburg als Wegbereiter der deutsch-israelischen Beziehungen

Der Blick auf die Hamburger Außenpolitik der 1950er und 1960er Jahre wäre unvollständig, würde er nicht den besonderen Beitrag Hamburgs einbeziehen, den die Hansestadt für der Gestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen leistete. Er begann im Jahre 1951 mit der sogenannten „Friedensbitte an Israel“.

Als sich 1951 47 Staaten bereit erklärt hatten, den Kriegszustand mit der Bundesrepublik zu beenden, war der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion dieser Erklärung mit dem Hinweis entgegengetreten, dass es bislang an konkreten Beweisen eines Gesinnungswandels der Deutschen völlig fehle. Zuvor hatte er in einer Note an die alliierten Siegermächte Wiedergutmachung für die NS-Verbrechen eingefordert, und zwar von beiden deutschen Staaten. Diese Erklärung setzte in der Bundesrepublik mittelfristig einen Prozess in Gang, der im darauffolgenden Jahr in das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel in Luxemburg mündete. Zunächst hatten die Ausführungen Ben Gurions aber betre-

tenes Schweigen ausgelöst, das die Hamburger „Friedensbitte an Israel“ überwinden wollte. Sie rief die Deutschen zur „moralischen und materiellen Wiedergutmachung“ auf und distanzierte sich „von der Schande und den Schandtaten der Ermordung von 6 Millionen europäischen Juden“. Konzipiert hatten die Aktion der Leiter der staatlichen Pressestelle in Hamburg, Erich Lüth, sowie Rudolf Küstermeier, der Chefredakteur der „Welt“. Der „Deutsche Presseklub“ in Hamburg um Erich Klabunde und Dr. Alfred Frankenfeld unterstützte diese Initiative der medialen Öffentlichkeit Hamburgs ebenso wie Fritz Sängler, der Chefredakteur der dpa, Adolph Grimme, der Generalintendant des NWDR und der Schriftsteller Axel Eggebrecht. Zehntausende Deutsche unterschrieben den Aufruf der Initiative, den gleichzeitig hunderte deutscher und ausländischer Zeitungen verbreiteten. Damit hatte sich Hamburg erstmals öffentlich im Feld der deutsch-israelischen Beziehungen positioniert.

Darüber hinaus spielte die Hansestadt eine wichtige Rolle, als es um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel ging, die lange Zeit unterblieb, um die deutsch-arabischen Beziehungen nicht zu belasten und vor allem den deutschen Wirtschaftsinteressen nicht zu schaden. Im Oktober 1964 startete jedoch der Koordinierungsrat der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit einer Kundgebung eine öffentliche Kampagne für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und leitete eine bundesweite Unterschriftensammlung ein. Auf dieser Kundgebung hielt Erik Blumenfeld eine viel beachtete Rede, die anschließend in der ZEIT nachgedruckt wurde. Ihr zentraler Satz lautete: „Wir dürfen in dieser Frage, in der eine große moralische und politische Verantwortung, in der unsere Ehre und unser eindeutiges Recht auf dem Spiele stehen, nicht den Eindruck erwecken, als ob wir zu erpressen seien.“ Blumenfeld war darüber hinaus als persönlicher Emissär des Bundeskanzlers Ludwig Erhard in jenen Prozess eingebunden, der 1965 schließlich zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel führte.

An der Kundgebung im Herbst 1964 hatte neben Blumenfeld und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Jahn auch der Hamburger Justizsenator Biermann-Ratjen (FDP) teilgenommen, der zusammen mit Blumenfeld das besondere Engagement Hamburgs in dieser Frage dokumentierte. In der Hansestadt hatten SPD, CDU, FDP, die Gewerkschaften, Frauenorganisationen und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit 1964 gemeinsam eine Petition an die Bundesregierung verfasst, in der die Aufnahme der diplomati-



Erik Blumenfeld 1966 mit dem israelischen Außenminister Abba Eban (links) und Rolf Pauls, dem ersten deutschen Botschafter in Israel (rechts)

schen Beziehungen mit Israel gefordert worden war. Zu den Erstunterzeichnern gehörten neben Erik Blumenfeld u. a. auch Helmut Schmidt, Ida Ehre, Erich Lüth und Siegfried Lenz. Nur eine gesellschaftliche Institution glänzte bei dieser Initiative durch vollständige Abwesenheit, nämlich die Hamburger Handelskammer, die ebenso wenig unterzeichnet hatte wie die Unternehmerverbände, die um ihre wirtschaftliche Beziehungen in den arabischen Raum fürchteten.

Auch wenn die Hamburger Außenpolitik nach 1945 zentral durch die weltwirtschaftlichen, globalen Handelsinteressen der Stadt bestimmt war, so zeigt zumindest das Beispiel der deutsch-israelischen Beziehungen, aber auch die Hamburger Ostpolitik, dass dabei nicht zuletzt historisch-moralische Fragen eine wichtige Rolle spielten.

Summiert man die Hamburger Außenpolitik in den 50er und 60er Jahren, dann ist im Besonderen auf zwei ihrer damaligen Rahmenbedingungen zu verweisen. Zum einen fand sie in einer Formierungsphase bundesdeutscher Außenpolitik statt, in der deren Grundlinien lange Zeit umstritten waren und sich auch das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik noch nicht voll entfaltet hatte. Dies änderte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, in der die bundesdeutsche Außenpolitik eine Gestalt annahm, die auch heute noch Gültigkeit

besitzt und damit regionalen außenpolitischen Initiativen weitgehend den Boden entzog: Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie wichtige hamburgische Anliegen aufnahm, z. B. die Erweiterung der europäischen Union um Großbritannien und andere Länder, die Ostpolitik oder den KSZE-Prozess in Europa.

Zum anderen reflektierte die Hamburger „Außenpolitik“ der 50er und 60er Jahre in besonderer Weise jene schwierigen Existenzbedingungen, mit denen sich die Stadt nach 1945 konfrontiert sah. Die Hamburger „Außenpolitik“ wollte durch einen demonstrativen Internationalismus vor allem die periphere Randlage der Stadt überwinden, in die sie durch den Eisernen Vorhang geraten war. Dies konnte unter den damaligen Rahmenbedingungen nur begrenzt erfolgreich sein, war aber 1989 von Erfolg gekrönt, als der Ostblock zerfiel, der Hafen mit dem Ende der Teilung Deutschlands und Europas sein Hinterland zurückerhielt und eine neue Welle des globalen Handelskapitalismus Stadt und Hafen Wachstumsmöglichkeiten eröffnete, von denen die Hamburger in den 50er und 60er Jahren allenfalls träumen konnten. Doch dies ist eine andere Geschichte.

Literaturhinweise

Die vorstehenden Ausführungen und Zitate basieren auf diversen Kapiteln meiner biografischen Studie über „Erik Blumenfeld (1915–1997). Hanseat und Grenzgänger in der politischen Kultur der Bundesrepublik“, die im Herbst 2009 als Monografie erscheinen wird.

Zum Gesamtzusammenhang siehe auch:

Brill, Hartmut: Die „Politik der Elbe“. Hamburgische Ostpolitik in der Ära Sieveking 1953–1958, Universität Hamburg (Staatsexamensarbeit) 1984.

Lüth, Erich: Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative, Hamburg 1976.

Plate, Ernst: Politik der Elbe, in: Bürgermeister a. D. Dr. Kurt Sieveking zum 70. Geburtstag am 21. Februar 1967, hrsg. von Rhenatus Weber, Carl Gisbert Schultze-Schlutius und Wilhelm Gusesfeld, Hamburg 1967, S. 45–48.

Riegger, Daniel: Europa-Politik in Hamburg 1945–1953, Universität Hamburg (Staatsexamensarbeit) 1984.

Sywottek, Arnold: Hamburg seit 1945, in: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. II, Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1986, S. 377–466.

Bildquellen

Abb. S. 27: Hamburger Echo, 20.9.1951.

Abb. S. 38: Privatbesitz Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld.

Abb. S. 42: Privatbesitz Brigitte Lichtenauer-Blumenfeld.

Reisen zu den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs

Das Wort „Schlachtfeldreisen“ löst bei vielen zunächst einmal verständnisloses Kopfschütteln aus. Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um ein touristisches Massenphänomen, und bei näherem Nachdenken fallen den meisten tatsächlich Familienangehörige, Freunde oder Bekannte ein, die im Rahmen einer touristischen Reise auch schon einmal Kriegsgräber und Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges besucht haben. Doch aus welchen Beweggründen reis(t)en Westdeutsche seit 1945 zu europäischen Schlachtfeldern und Kriegsgräbern des Zweiten Weltkriegs, oder zu Gedenkstätten und Museen, die an diesen Krieg und seine zahllosen Toten erinnern? Diese Frage zu beantworten und die individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Bedeutungen und Funktionen von Schlachtfeldreisen zu erforschen, ist das Ziel eines von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Projekts, das seit April 2008 an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte läuft.

Natürlich gab und gibt es nicht nur eine einzige Motivation, sich die Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs anzuschauen, sondern ganz unterschiedliche Beweggründe, die den Reisenden teilweise vielleicht nicht einmal selbst bewusst sind. Auch die Reiseformen und -abläufe weisen eine große Variationsbreite auf: Manche Menschen suchen die ehemaligen Schlachtfelder allein auf, andere reisen mit ihrer Familie oder einer größeren Gruppe. Individuelle Schlachtfeldreisen sind ebenso verbreitet wie organisierte Pauschalreisen. Gereist wird mit allen Fortbewegungsmitteln: Auto, Bus oder Bahn, Flugzeug oder Schiff, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Und doch haben alle diese Reisen heutzutage etwas

gemeinsam: Sie führen nie ausschließlich an kriegsbezogene Orte und sind nicht nur von Gedenken, Trauer oder Erschütterung geprägt. Vielmehr ähneln sie häufig ganz normalen Urlaubsreisen. Wie solche Reisen aussehen können, mögen die folgenden Fallbeispiele verdeutlichen, die im Rahmen des Forschungsprojekts in Form von Oral History-Interviews erhoben wurden:

Im Sommer 2005 machten die befreundeten Familien Hausmann und Reinecke – zwei Paare in den Vierzigern mit je einem achtjährigen Sohn – aus Dortmund gemeinsam drei Wochen Urlaub an der französischen Atlantikküste, in der Normandie. Strand- und Badetage wechselten sich ab mit Fahrrad- und Klettertouren; auch Besichtigungen standen auf dem Programm: Neben pittoresken Städtchen und dem Teppich von Bayeux besuchten die beiden Familien mit Utah Beach auch einen der Strände der Alliierten Landung, außerdem einen Film über die Normandie und die Landung der Alliierten 1944 im 360°-Kino in Arranches, den deutschen Soldatenfriedhof in La Cambe und den amerikanischen Soldatenfriedhof in Colleville-sur-Mer. Mit dieser Urlaubsgestaltung waren alle Familienmitglieder zufrieden – nur den mittelalterlichen Teppich und die Kleinstädte fanden die beiden Kinder langweilig. Wiederholen wollten die Hausmanns und Reineckes ihre Normandiereise aber nicht, denn sie fuhren lieber jedes Jahr an neue, unbekannte Urlaubsziele.



*Deutsche Kriegsgräberstätte
La Cambe, Normandie*

Ganz anders Familie Joost aus Holzminden rund 40 Jahre zuvor: Bernhard (Jg. 1925) und Annegret (Jg. 1934) Joost fuhren mit ihren beiden Söhnen (Jg. 1959 und 1961) in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre fast jedes Jahr an die französische Atlantikküste, und jedes Mal drängte der Vater darauf, neben

Badestränden, kulturellen Sehenswürdigkeiten und guten Restaurants auch deutsche Kriegsgräber, Gedenkstätten, Kriegsmuseen und Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs zu besuchen. 1944/45 hatte er selbst als Soldat in der Normandie gekämpft, wo ein Großteil seiner Kameraden gefallen war. Während Bernhard Joost zu Hause nie vom Krieg sprach, schilderte er an den Orten des Geschehens seiner Familie, was er damals erlebt hatte. Doch die wollte das spätestens auf der dritten Reise nicht mehr hören, sondern lieber unbehelligt vom Anblick unendlicher Panzermodelle und Kriegsgräber und von den ewig gleichen, auf seltsam unemotionale Weise vorgetragenen väterlichen Kriegserzählungen Eis essen oder baden gehen und ihren Frankreichurlaub so verbringen, wie man eben seinen Sommerurlaub verbringt: vergnüglich und erholsam. So kam es auf jeder Urlaubsreise zu Missstimmung und Streit; der Vater setzte zwar jedes Jahr aufs Neue in patriarchalischer Manier das Urlaubsziel und -programm fest, doch Frau und Kinder rebellierten zunehmend vor Ort – so lange, bis die Eltern sich 1973 scheiden ließen und Bernhard Joost fortan mit seiner zweiten, 25 Jahre jüngeren Ehefrau Jahr für Jahr in die Normandie reiste. Zwar interessierte sich auch Marlene Joost nicht für Kriegsschauplätze und die Kriegsgeschichten ihres Mannes, doch ließ sie die Schlachtfeldreisen weitgehend klaglos über sich ergehen.

Die Hausmanns, Reineckes und Joosts besuchten die Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs als „Abstecher“ in Form kleinerer Tagesausflüge im Rahmen ihrer ansonsten „normalen“ Urlaubsreisen, in denen Vergnügen, Entspannung, Sport und Kultur auf dem Programm standen. Damit zeigten sie ein typisches Verhalten: Kriegsschauplätze werden als ein Programmpunkt neben anderen „mitgenommen, wenn man schon mal in der Gegend ist“. Das trifft besonders auf die Hausmanns und Reineckes zu. Für sie, die den Krieg nur aus Erzählungen und Filmen kannten, waren die Schlachtfelder und Kriegsgräber des Zweiten Weltkriegs sowie deren museale und mediale Aufbereitung touristische Sehenswürdigkeiten wie andere auch, genauer gesagt: Attraktionen eines Geschichts- und Gedenktourismus, der in der Normandie seit Jahren nach Kräften gefördert wird, da er einen beträchtlichen Teil des gesamten Tourismus und der Einkünfte der Region ausmacht. Mitte der 1990er Jahre begannen die Tourismuszentralen der Normandie, ein neues, gemeinsames Gedenktourismuskonzept auszuarbeiten. Anlass war das allmähliche Fernbleiben und absehbare Aussterben der amerikanischen, kanadischen und britischen Veteranen des Zweiten

Weltkriegs, die bis dahin einen Großteil der Normandiebesucher ausgemacht hatten. Um das Wegbrechen dieser finanzkräftigen Besuchergruppe auszugleichen, wollte man neue Zielgruppen für dieses Tourismussegment erschließen. Ergebnis ist die Präsentation der Normandie als „Espace Historique de la Bataille de Normandie“ unter einem einheitlichen Logo, das die entsprechenden Orte und Sehenswürdigkeiten markiert und die Besucher auf verschiedenen „circuits touristiques“ zu den Stränden der alliierten Landung, zu Militärfriedhöfen, Gedenkstätten sowie zu geschichtstouristischen Veranstaltungen leitet oder es ihnen alternativ ermöglicht, eigene Besichtigungsrouten zusammenzustellen.

Die Informationen werden im Internet, in Broschüren und vor Ort in sechs Sprachen bereit gestellt. Besucher unterschiedlicher Altersgruppen und Nationen sollen über die historischen Ereignisse 1944 informiert und zugleich zu einem angemessenen Verhalten an den Orten des Kämpfens und Sterbens animiert werden. Die Tourismuszentralen der Normandie versuchen also, mittels eines primär geschichtstouristischen Konzepts Tourismus und Gedenken zu verbinden und den Typus eines gleichermaßen geschichtsinteressierten, konsumfreudigen und nachdenklichen Touristen anzusprechen bzw. zu schaffen, von dem die Dienstleister der Region profitieren und der sich respektvoll verhält angesichts der zahlreichen Schlacht- und Gräberfeldern, von denen er sich im Idealfall emotional berühren und zum Nachdenken anregen lässt.

Die Authentizität der besuchten Orte mit ihrem quasi-sakralen Hauch von Geschichte, Krieg und Tod zu erleben ist für ein solches Empfinden und Verhalten zentral: für Besucher, die den Krieg nicht mehr selbst miterlebt haben oder die besuchten Schlachtfelder nur aus Erzählungen Angehöriger kennen, ebenso wie für Kriegsveteranen, die an die Orte ihres Kampfeinsatzes zurückkehren, vielleicht auf der Suche nach den Gräbern gefallener Kameraden. So auch für Bernhard Joost. Zwar trifft auch auf ihn zu, dass er Abstecher zu Kriegsgräbern und Schlachtfeldern im Rahmen „normaler“ Urlaubsreisen unternahm. Doch ist zu vermuten, dass er diese Urlaubsreisen mit Bedacht so häufig nach Nordwestfrankreich plante, weil für ihn ein wichtiges – vielleicht sogar das wichtigste – Ziel dieser Reisen darin bestand, an die Orte seines eigenen Kriegseinsatzes zurückzukehren. Auf diese Weise versuchte er, das Erlebte zu verarbeiten. Schlachtfeldreisen können also auch eine Strategie der persönlichen Kriegsbewältigung sein. Bemerkenswert ist dabei, dass auch in solchen Fällen häufig die Familien, vor allem die Kinder, mitgenommen werden. Abgesehen davon, dass

hier ganz pragmatische, organisatorische Überlegungen eine Rolle spielen mögen, stellt sich jedoch die Frage, welche Bedeutungen und Funktionen die Mitnahme der nächsten Generation auf Reisen in die eigene Kriegsvergangenheit besitzt – zumal, wenn solche gemeinsamen Reiseerlebnisse von der zweiten sogar an die dritte Generation weiter gegeben werden, wie im folgenden Fall.

Im Sommer 2007 brach Wolfgang Christians aus Leipzig mit Frau und Töchtern (sechs und zehn Jahre) zu einem Urlaub nach Nordosteuropa auf: Über Gdansk ging es nach Kaliningrad und weiter nach Litauen und Lettland, immer auf den Spuren von Christians' Vater, der von 1941 bis 1945 als Soldat in der Heeresgruppe Nord gekämpft hatte. 1994 hatte der in Westfalen aufgewachsene Wolfgang Christians diese Reise schon einmal gemacht, gemeinsam mit seinen damals 75-jährigen Eltern. Jene erste Reise hatte einen so tiefen Eindruck bei ihm hinterlassen, dass er sie nach dem Tod des Vaters wiederholen wollte, zum einen, um die damals besuchten Orte erneut aufzusuchen, zum anderen, um auch seiner eigenen Familie die Kriegserlebnisse des Groß- und Schwiegervaters nahe zu bringen. Bei beiden Reisen standen diese Erlebnisse und die untrennbar mit ihnen verbundenen Orte im Vordergrund. Und doch besuchten die Christians beide Male neben den Kriegsschauplätzen auch touristische Sehenswürdigkeiten. Waren sie schon einmal in Nordosteuropa, wollten sie auch die architektonischen Zeugnisse der Hansezeit sehen, die landschaftliche Schönheit der Kurischen Nehrung und die modernen Metropolen des heutigen Baltikums. Allerdings war es für Wolfgang Christians nicht leicht, beides zu verbinden: Das Eintauchen in die Geschichte seines Vaters und des Krieges an der deutschen Ostfront beschäftigte ihn emotional derart stark, dass er „zwischen durch nicht so leicht auf Sightseeing umschalten“ konnte. Und doch versuchte er, beides zu verbinden, nicht zuletzt als Zugeständnis an seine Frau und Kinder, die zwar der Besuch der Kriegsschauplätze ebenfalls berührte und interessierte, die aber dem alten Christians nicht so nahe gestanden hatten wie sein Sohn und daher auf der Reise auch anderes erleben wollten. Die Christians zeigten auf ihrer Reise ein umgekehrtes Verhalten wie die Hausmanns, Reineckes und Joosts: Der ausgesprochene Zweck der Reise war die Bearbeitung der Kriegs- und Familiengeschichte des alten Christians; touristische Sehenswürdigkeiten wurden aber ganz selbstverständlich ebenfalls „mitgenommen“.

Dasselbe Muster findet sich bei einer fünftägigen Reise Wendelin Müllers aus dem hessischen Bad Soden-Salmünster im Sommer 2006 nach Lettland, die

er mit Tochter und Schwiegersohn unternahm, um das Grab seines Vaters zu suchen, der am 26. Dezember 1944 in der dritten Kurland-Schlacht gefallen war. Der Ort seiner Beisetzung war unbekannt gewesen, bis der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach dem Ende des Kalten Krieges auch in Osteuropa mit den Umbettungen Zehntausender deutscher Kriegstoter auf zentrale Kriegsgräberstätten beginnen konnte. Dabei wurde auch der Vater Wendelin Müllers umgebettet und der Ort seiner Erstbestattung ebenso in der Datenbank des Volksbundes verzeichnet wie sein endgültiges Grab auf der 1999 eingerichteten Kriegsgräberstätte Saldus in Lettland. Überrascht, nach so langer Zeit den Begräbnisort des kaum gekannten Vaters zu erfahren, entschloss sich Müller, nach Lettland zu fahren und das Grab zu besuchen. Seine Reise dokumentierte er in einem Bericht mit Fotos im Internet: auf der privat von einem Kurland-Interessierten betriebenen Webseite www.kurland-kessel.de, die neben detaillierten Informationen über die Kurlandschlachten auch weitere Reiseberichte enthält.

Die Müllers hatten ihre Reise gut vorbereitet und suchten zielstrebig sowohl nach dem Ort, an dem der Vater Wendelin Müllers verstorben war, als auch nach dem Ort seiner Erstbestattung und nach seinem heutigen Grab. An diesem „verweilten wir dann einige Zeit, verstreuten mitgebrachte Heimaterde und zündeten ein Grablicht an“. Nachdem alle Orte gefunden und die Trauerrituale vollzogen waren, verbrachte die kleine Gruppe die beiden letzten Tage „wie geplant mit Besichtigungen“ und sah sich das Hochmoor von Kemerī, den Strand von Jarmala und die Altstadt von Riga an. Aber auch an den anderen Tagen ihrer Reise hatte sie nahe gelegene Sehenswürdigkeiten besichtigt, und Wendelin Müller beschrieb und fotografierte für seinen Bericht durchgängig auch landschaftliche Schönheiten, kulturell Interessantes und Alltägliches.

Wie bereits die Beispiele der Familien Joost und Christians gezeigt haben, erfasst eine Reise auf den Spuren der eigenen Kriegsvergangenheit oder der eines nahen Angehörigen häufig die gesamte Familie, besonders die direkten Nachkommen nicht nur der nächsten, sondern auch der übernächsten Generation – willentlich oder unwillentlich. Wendelin Müllers erwachsene Tochter Caroline fuhr aus Interesse mit nach Lettland, einem Interesse, das durch die Beschäftigung ihres Vaters mit dem Schicksal ihres Großvaters geweckt worden war. Insofern können Schlachtfeldreisen auch Bedeutung für die Familiengeschichte haben: etwa durch die intergenerationelle Weitergabe von Kriegserfahrungen, wie bei den Christians; indem das gemeinsame Aufsuchen der Kriegs-

schauplätze das ansonsten Unsagbare kommunizierbar macht, wie bei den Joosts; oder durch den rituellen Abschied vom Vater und Großvater, der endlich (im wörtlichen und übertragenen Sinn) einen Ort in der Familiengeschichte erhalten hat, wie bei den Müllers.

Die genannten Beispiele sollten deutlich gemacht haben, dass sich bei Schlachtfeldreisenden, so unterschiedlich ihre primäre Reisemotivation auch sein mag, eine Vielzahl an Motiven, Interessen und Verhaltensweisen überlagern: solche, die eher dem Gedenken an Krieg und Tod, der individuellen oder familiären Kriegs(folgen)bewältigung zuzurechnen sind, mit anderen, die eher dem entsprechen, was wir als typisch touristische Verhaltensweisen empfinden. Das Projekt verfolgt die These, dass sich die häufig zu findende Unterscheidung zwischen (pietätvollen) Pilgern und (pietätlosen) Touristen für viele Besucher von Kriegsgräbern und ehemaligen Schlachtfeldern nicht halten lässt. Zwar fühlen sich manche Reisende, die sich selbst als Pilger im Gedenken an die Toten, an Krieg und Verbrechen betrachten, zu Recht von anderen Besuchern gestört, die sie als Touristen wahrnehmen und die sich ihrer Ansicht nach unangemessen, also etwa schau- und sensationslustig oder desinteressiert, an den quasi-sakralen Stätten verhalten. Doch ist es wenig sinnvoll, bei der Analyse von Schlachtfeldreisen von vornherein von dieser Distinktion zwischen Pilgern und Touristen auszugehen. Das Ziel einer solchen Analyse sollte vielmehr sein, das Verhältnis von Tourismus und Gedenken für unterschiedliche Gruppen von Reisenden zu untersuchen – aus drei Gründen:

Wenn man erstens, der zeitgenössischen Wahrnehmung folgend, Schlachtfeldreisende entweder als Pilger oder Touristen klassifiziert, wie es andere Studien tun, lassen sich die Reisenden allzu häufig nicht eindeutig der einen oder anderen Kategorie zuordnen, da die Übergänge zwischen beiden Gruppen durchaus fließend sein können. Und was sollte bei der Klassifizierung ausschlaggebend sein: die Reisemotivation oder das während der Reise gezeigte Verhalten? Zudem: Wo verläuft die Grenze zwischen pietätvollem und pietätlosem Verhalten? Die Gedenkorte selbst machen es den Besuchern nicht gerade leichter. Sie müssen zumindest ein Minimum an Infrastruktur bereitstellen, das den reibungslosen Besuch vieler Menschen ermöglicht: Wege, die das Gelände erschließen, Parkplätze, Hinweisschilder, öffentliche Toiletten und Verpflegungsangebote. Doch wo endet das (pietätvolle?) Minimum und beginnen (pietätlose?) Kommerz und unnötiger Luxus? Bei einem schön gestalteten Café oder

einer ordinären Imbissbude? Bei den Eintrittsgeldern, Buch- und Souvenirläden, mehrsprachigen Audio-Guides, den multimedialen Geschichtsdarstellungen oder anderen Inszenierungen und „Events“? Und wer wollte das entscheiden?

Zweitens säße man mit der Unterscheidung zwischen ernsthaften Pilgern und oberflächlichen Touristen einer Touristen- und Tourismusschelte auf, die so alt ist wie der moderne Tourismus selbst und diesen seit rund 200 Jahren begleitet. Die Abwertung des „billigen Reisepöbels“, der vermeintlich stumpfen Massen durch Reisende, die sich selbst als „etwas Besseres“ verstanden, hat den Tourismus stetig begleitet und diente immer der sozialen Distinktion. Nicht nur der Begriff Massentourismus verweist auf den im späten 19. Jahrhundert entstehenden abwertenden Massen-Diskurs; auch „Tourist“ und „Tourismus“ haften in den Ohren vieler Reisender ein negativer Beiklang an. Deshalb möchten sich die meisten Reisenden bis heute nicht als Touristen bezeichnen; Touristen sind immer nur „die anderen“. Auch deshalb ist es analytisch problematisch, die Selbstbeschreibung einiger Schlachtfeldreisender als „Pilger“ und ihre Abgrenzung gegenüber „Touristen“ zu übernehmen.

Der Begriff Tourismus im Zusammenhang mit ehemaligen Kriegsschauplätzen und Gedenken wird im deutschen Kontext oft als problematisch wahrgenommen, oder zumindest wird der Besuch von Stätten, die mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung stehen (nicht nur Schlachtfelder und Soldatenfriedhöfe, sondern auch ehemalige Konzentrationslager, Gefängnisse und Orte von Kriegsverbrechen), nicht primär mit Tourismus assoziiert – was angesichts der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wenig überraschen mag. Im englischen und französischen Sprachraum wird hingegen selbstverständlich von „tourismes de guerre“ oder „battlefield tourism“ gesprochen. Anders als im Deutschen gilt dort die Verbindung von Tourismus und ehemaligen Kriegsschauplätzen keineswegs als anstößig. Das Projekt möchte auch die Vielschichtigkeiten und Ambivalenzen des modernen Tourismus herausarbeiten und dafür sensibilisieren, dass „Tourismus“ nicht nur aus Massenkultur, Pauschalreisen und oberflächlichem Vergnügen besteht, und verwendet daher auch Begriffe wie Gedenk- und Schlachtfeldtourismus.

Schließlich gibt es drittens sogar tourismustheoretische Entwürfe, die eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen modernem Sightseeing-Tourismus und vor-modernen Pilgerreisen postulieren. Zu diesen Ähnlichkeiten gehören die (Quasi-) Sakralität der besuchten Orte (etwa bewunderter Gebäude, Städte oder Land-

schaften), die Menschenmassen, die dort zusammenströmen, und die ritualisierten Handlungen, die sie dort vornehmen (ehrfürchtig bestaunen, fotografieren, Devotionalien bzw. Andenken kaufen). So betrachtet würden Schlachtfeldreisen zu einer Form touristischer Pilgerreisen unter anderen, und an die Stelle der Distinktion zwischen Pilgern und Touristen träte eine strukturelle Analogie beider Gruppen.

Ob dieser Theorieentwurf sich für die Interpretation von Schlachtfeldreisen als sinnvoll und ertragreich erweist, wird die weitere Arbeit an dem Projekt zeigen. Es befindet sich derzeit noch in der Phase der Materialerhebung und -auswertung. Neben Interviews mit Reisenden und Reiseanbietern werden auch unterschiedliche Text- und Bildquellen ausgewertet: schriftliche Reiseberichte und Fotoalben von Schlachtfeldbesuchern; Kataloge von Reiseanbietern, die sich auf Reisen zu Schlachtfeldern und Kriegsgräbern des Zweiten Weltkriegs spezialisiert haben (vor allem der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, aber auch etliche kommerzielle Anbieter); allgemeine und militärhistorische Reiseführer; Archivmaterial des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, von Gedenkstätten und Museen, und anderes mehr.

Das Projekt gliedert sich in drei Fallstudien mit unterschiedlichen Perspektiven. Neben einer Studie zu Individualreisenden, auf die sich alle oben geschilderten Beispiele beziehen und die vor allem auf Interviews beruht, entsteht eine zweite Studie zu den Anbietern von Gruppenreisen, deren Schwerpunkt auf dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge liegt. Er ist der größte und älteste deutsche Anbieter von Reisen zu Kriegsgräbern und ehemaligen Kriegsschauplätzen, denn er organisiert solche Reisen bereits seit seiner Gründung nach dem Ersten Weltkrieg. Der Volksbund bringt jährlich einen Katalog über die angebotenen Reisen heraus, die nicht nur seinen Mitgliedern, sondern allen Interessierten offen stehen und in Kooperation mit kommerziellen Reiseveranstaltern durchgeführt werden. Obgleich der VDK ein gemeinnütziger Verein ist, kann er somit als Beispiel eines kommerziell orientierten Anbieters von Schlachtfeldreisen dienen. Für den Volksbund liegt ein geschlossener Quellenbestand vor, der eine Langzeitstudie für den gesamten Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute ermöglicht und es somit erlaubt, systematisch Kontinuitäten und Veränderungen im Reiseangebot sowie beim Reiseverhalten westdeutscher Schlachtfeldreisender zu untersuchen. Dazu ein Beispiel: Die meist sieben- bis zehntägigen Reisen, die der Volksbund in den vergangenen Jahren angeboten

hat, führten sämtlich zu den eigenen Kriegsgräberstätten in West- und Osteuropa, zu Orten des Krieges und Gedenkens; doch wurden diese Ziele eingebettet in ein kulturtouristisches Angebot, wie es auch bei anderen Reiseanbietern zu finden ist. Wenngleich der Volksbund als Hauptziele seiner Reisen das Gedenken an die Kriegstoten und Völkerverständigung nennt, steht in der Text- und Bildwerbung seiner Reisekataloge das touristische „Bei“-Programm sogar im Zentrum. In den 1950er und 1960er Jahren dagegen waren die Reisen des Volksbundes deutlich kürzer und führten fast ausschließlich zu Kriegsgräbern und ehemaligen Schlachtfeldern. Ein Grund für den Wandel ist die veränderte Reiseklientel: Die Veteranen und Angehörigen, die anfangs das Gros der Volksbundreisenden stellten, wurden allmählich abgelöst von jüngeren Reisenden, die den Krieg und die Gefallenen nur noch aus Erzählungen kannten. Sie möchten nicht nur Kriegsgräber und Gedenkstätten besuchen, sondern auch die Länder kennen lernen, in denen diese liegen. Das Projekt wird genauer untersuchen, wie sich dieser Wandel vollzog, und danach fragen, wie sich dadurch auch die individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Funktionen von Schlachtfeldreisen veränderten.

Die dritte Fallstudie geht von den besuchten Orten aus. Hierfür wurde als Schwerpunkt die Normandie als eine Region ausgewählt, in der man schon bald nach Kriegsende eine Infrastruktur für Schlachtfeldreisende aufzubauen begann und in die seitdem jedes Jahr zahlreiche Individual- und Gruppenreisende aus verschiedenen Ländern kommen, um die Strände der Alliierten Landung, Gedenkstätten, Museen und Soldatenfriedhöfe zu besuchen. Die Studie zur Normandie untersucht die Entwicklung der Region vom Schauplatz der Alliierten Landung zu einem Raum des Gedenkens und des Tourismus. Sie fragt nach den Akteuren und treibenden Kräften dieser Entwicklung und nach Kooperationen und Konflikten zwischen ihnen. Die Konzentration dieser Fallstudie auf die Zielorte von Schlachtfeldreisen ermöglicht einen Vergleich zwischen den bundesdeutschen Reisenden, die im Mittelpunkt des Projekts stehen, und solchen anderer Herkunftsländer. Hier bietet sich ein Vergleich mit britischen Schlachtfeldreisenden an, da sie die Normandie als Angehörige einer der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs besuch(t)en. Der Vergleich zwischen bundesdeutschen und britischen Reisenden verspricht weiter gehende Erkenntnisse über die gesellschaftlichen Funktionen von Schlachtfeldreisen, weil im Kontrast zur britischen Gesellschaft die Spezifika deutscher Schlachtfeldreisen noch deutlicher werden.

Das Projekt untersucht also verschiedene Dimensionen von Schlachtfeldreisen in historischer Perspektive vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute. Es fragt nach deren Entwicklung sowie nach ihren unterschiedlichen Bedeutungen und Funktionen. Damit betritt es weitgehend Forschungsneuland. Zwar gibt es vereinzelte Studien vor allem über Reisen zu den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges, überwiegend im englischsprachigen Raum. Reisen bundesdeutscher Anbieter und Reisender zu den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges sind dagegen noch vollkommen unerforscht – obwohl sie beträchtliche Relevanz besitzen, für den internationalen Tourismus ebenso wie für die Gedenkkultur, und von weitaus mehr Menschen unternommen werden, als man zunächst vermutet.

Literaturhinweise

Brandt, Susanne, Reklamefahrten zur Hölle oder Pilgerreisen? Schlachtfeldtourismus zur Westfront von 1914 bis heute, in: *Tourismus Journal* 7, H. 1 (2003), S. 107–124.

Diller, Elizabeth/Scofidio, Ricardo (Hg.), *Visité Aux Armées: Tourismes De Guerre/Back to the Front: Tourisms of War*, Caen 1994.

Lloyd, David William, *Battlefield Tourism. Pilgrimage and the Commemoration of the Great War in Britain, Australia and Canada, 1919–1939*, Oxford/ New York 2003.

Petermann, Sandra, *Rituale machen Räume. Zum kollektiven Gedenken der Schlacht von Verdun und der Landung in der Normandie*, Bielefeld 2007.

Ryan, Chris (Hg.), *Battlefield Tourism. History, Place and Interpretation*, London 2007.

„Ausbildung ja – Bierholen nein“. Drei Formen des Lehrlingsprotestes 1969/70

Im Rückblick verbindet sich das Jahr „1968“ vor allem mit der Studentenbewegung und dem Protest der bürgerlich-akademischen Jugend. Waren in dieser Zeit ähnliche Phänomene auch im Milieu der Arbeiterjugend zu beobachten? Danach fragt das im März 2008 gestartete DFG-Projekt „Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisierung“, das in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte die Entwicklung von Jugendkulturen und Arbeiterjugendlichen von 1968 bis Ende der 1980er Jahre in den Blick nimmt. Vollzogen sich in den Lebensstilen und der Arbeitswelt von Arbeiterjugendlichen in dieser Zeit signifikante Veränderungen, analog zur gesellschaftlichen und kulturellen Liberalisierung, die damals die bundesdeutsche Gesellschaft erfasste? Hierfür bieten die Gewerkschaften als größte Arbeitnehmerorganisationen ein interessantes Untersuchungsfeld: Einerseits sprachen sie zumeist bildungsambitionierte Jugendliche an, die bereit waren, sich in die hierarchischen Strukturen einer Organisation einzufinden. Andererseits boten die Gewerkschaften eine emanzipatorische und klassenkämpferische Rhetorik, die angesichts der stark politisierten Jugendkulturen im ‚roten Jahrzehnt‘ große Anziehungskraft ausübte.

Obwohl die politischen Zuspitzungen von „1968“ auch den Lehrlingsbereich erfassten, findet letzterer heute in der Geschichtswissenschaft wie der Öffentlichkeit kaum noch Beachtung. Dies ist um so erstaunlicher, als die jungen Erwerbstätigen bis 25 Jahre mit knapp 5 Millionen Personen die größte Gruppe unter den Jugendlichen ausmachten.¹ Hinweise auf die Beteiligung an

Demonstrationen im Jahr 1968 belegen, dass daran auch viele Nicht-Studierende teilnahmen.²

Gleichwohl rückte erst Ende 1968 die Ausbildungssituation der Arbeiterjugendlichen stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Als Startpunkt hierfür kann die erste Störung einer Freisprechungsfeier im September 1968 in Hamburg gelten, als in der Handelskammer 3000 Lehrlinge ihren Ausbildungsabschluss feierlich begehen sollten. Drei Lehrlinge des traditionsreichen Hamburger Maschinenbauers Heidenreich & Harbeck, die Kontakte zu gewerkschaftlichen Studierenden der damaligen Stiftung Mitbestimmung (später Hans-Böckler-Stiftung) hatten, planten die Störung, um gegen schlechte Ausbildungsbedingungen zu protestieren. Sie wollten die gesamte Veranstaltung in eine Diskussionsveranstaltung umfunktionieren, was jedoch nicht gelang, da einige Ausbilder die Störer am Rande in Diskussionen verwickelten.³

Die Ausbildungssituation jugendlicher Arbeiter und Angestellter war in vielerlei Hinsicht reformbedürftig. Rund 1,3 Millionen Jugendliche arbeiteten damals in einem Lehrverhältnis, das für die Mehrzahl nach der Hauptschule mit 14 oder 15 Jahren begann. Im Zentrum der Kritik standen dabei zwei Aspekte: Zum einen die schlechten Ausbildungsbedingungen, wozu letztlich auch generationelle Konfliktfelder um lange Haare, lässiges Verhalten, neue Bekleidungs-trends oder „überholte“ Erwartungen an die Arbeitsdisziplin gehörten, aber auch Missstände wie eine Vielzahl von Routinearbeiten, die zudem wie Fegen oder Bierholen oft ausbildungsfremd waren. Solche entwürdigenden Tätigkeiten griffen die protestierenden Jugendlichen symbolisch auf und stellten sie in den Mittelpunkt ihrer Aktionen. Da überproportional viele Jugendliche im Handwerk ausgebildet wurden, kam noch hinzu, dass vor allem kleine Betriebe die Lehrlinge als billige Arbeitskräfte ausnutzten.

Zum anderen wurden die strukturellen Defizite der Berufsausbildung beklagt. Die „duale Ausbildung“ litt darunter, dass die Verantwortung für die Ausbildung allein bei den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft lag, also den Handwerks- und Handelskammern, während der schulische Teil eher als Anhängsel der betrieblichen Ausbildung fungierte. Bereits im Zuge der Bildungsreformdebatte war die fehlende zentrale Konzeption für die berufliche Bildung thematisiert worden. Der Deutsche Bildungsrat erarbeitete Reformvorschläge, die im wesentlichen auf eine stärkere staatliche Kontrolle und Verantwortung für die Ausbildung als Teil einer gesamtstaatlichen Bildungsreform zielten.⁴ Im

Sommer 1969 wurde dann – auch unter dem Eindruck vermehrter öffentlicher Proteste – im Bundestag das Berufsbildungsgesetz verabschiedet, das die Erwartungen vieler Lehrlinge und der Gewerkschaften jedoch nicht erfüllte.

In der Debatte um die berufliche Bildung formierten sich Ende 1968 junge Aktivistengruppen, die sich schließlich 1970/1971 als bundesweite Lehrlingsbewegung verstanden und von zwei Seiten Zulauf erhielten: Erstens durch jüngere Funktionäre, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit politisiert worden waren, sich offen für die marxistische Renaissance der Studierendenbewegung zeigten und neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit erproben wollten. Zum Zweiten kamen Akteure aus der Studierendenbewegung, die versuchten, Arbeiterjugendliche zu politisieren. Dies erfolgte durch direkte Agitation, aber auch durch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, in die Studierende über Tätigkeiten in der Seminarleitung eingebunden waren. Schließlich erlebten 1968 marxistische Gruppierungen einen Aufschwung. Besondere Bedeutung bei den Arbeiterjugendlichen erhielt die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die noch vor der Neugründung der Deutschen Kommunistischen Partei im Mai 1968 als formal überparteiliche Organisation entstanden war.

1968 begehrten zwar einzelne Lehrlinge aus politischen Gründen auf, aber erst 1969 bildeten sich lokale Gruppen heraus, die sich als Teil einer bundesweiten Bewegung verstanden, auch wenn überregionale Strukturen noch kaum vorhanden waren. In diesem Prozess können drei idealtypische Formen des Lehrlingsprotestes unterschieden werden: die konfliktbeladene gewerkschaftliche Integration, der systemsprengende Revolutionierungsversuch sowie die aktionsorientierte Reformarbeit.

Anhand der Entwicklung in drei Städten sollen diese drei Protestformen im Folgenden beispielhaft skizziert werden.

Die konfliktbeladene Integration in die Gewerkschaften – der Jour Fix in Hamburg

Hamburg entwickelte sich sehr früh zu einem Zentrum der Lehrlingsbewegung. Am 5. November 1968 demonstrierten zwischen 500 und 1000 Personen für eine bessere Berufsausbildung. Zwischen den verschiedenen Gruppen wie der SDAJ und den antiautoritär motivierten Studierenden und Lehrlingen kam es teilweise zu Konflikten.⁵ Antiautoritäre Gruppen waren Anfang 1969 das Sozia-

listische Lehrlingszentrum (SLZ), das sich im Umfeld der Studierendenbewegung gegründet hatte und sich um eine Kommune in der Hochallee gruppierte, und die Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter (AJG), die gegen bürokratische Strukturen in den Gewerkschaften auftrat. Zugleich wies Hamburg eine institutionelle Besonderheit auf: An der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) bestand die Möglichkeit, auch ohne Abitur zu studieren, wodurch die Gewerkschaftliche Studenten-Gruppe (GSG) relativ stark war. Ihre Mitglieder kamen zumeist über den zweiten Bildungsweg.

Zum 1. Mai 1969 riefen SLZ und AJG zur Störung der zentralen DGB-Kundgebung auf, woran sich rund 3000 Personen beteiligten. Für den DGB war dieses Ereignis Anlass, auf die nicht mehr als studentisch zu bezeichnende Unruhe der Jugend zu reagieren. Der DGB-Kreisvorstand verabschiedete im August 1969 ein jugendpolitisches Sofortprogramm, das unter der Federführung einiger Studenten der GSG verfasst worden war. Die größte Dynamik setzte ein wöchentliches offenes Treffen frei, der so genannte Jour Fix in den Räumen des Gewerkschaftshauses. Ab September 1969 kamen zeitweilig mehrere hundert Personen zusammen, zumeist Lehrlinge. Dabei wurden neben Aktionen auch betriebliche Konflikte besprochen und – oft mit Unterstützung von Gewerkschaftsfunktionären – gelöst.⁶

Der Bundesjugendausschuss des DGB unterstützte das Sofortprogramm. Insbesondere Franz Woschek, der erst im Sommer 1969 in den DGB-Vorstand gewählt worden war, engagierte sich in dieser Frage, da er darin eine Möglichkeit zur Integration der Jugend sah. Die lokale Hamburger Gewerkschaftsführung zeigte jedoch weniger Verständnis. Hier gab es erhebliche Vorbehalte gegen das jugendliche Engagement und der damit verbundenen zumeist scharfen Kritik an den Gewerkschaften.

Der Jour Fix setzte bei seinen Aktionen auch auf eine mediale Wirkung. Bei der ersten öffentlichen Aktion wurden Flugblätter vor dem Metallbetrieb Rhestahl-Eggers verteilt, in denen die Missstände bei der Lehrlingsausbildung angegriffen wurden. Die Zeitungen berichteten weitgehend positiv und unterstützten die Aktion durch den Hinweis, dass der Jour Fix die Ausbildung in den Betrieben nun häufiger kontrollieren wolle. In der Vorweihnachtszeit 1969 schwangen rund 50 Aktivisten den Besen, um damit ironisch und medienwirksam auf die damals noch typische Lehrlingsarbeit hinzuweisen. Das Foto fand mehrfach bundesweite Verbreitung.⁷



Protest von Auszubildenden auf der Mönckebergstraße, 1969

Auch die ab 1970 aus dem Umfeld des Jour Fix herausgegebene „LZ – Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter“ fand bundesweite Beachtung. Die Zeitung berichtete über Aktionen und diskutierte vor allem die strategische Ausrichtung als antikapitalistische Arbeit in den Gewerkschaften. Der Jour Fix unternahm 1970 noch mehrere Aktionen, geriet aber immer wieder mit der Hamburger Gewerkschaftsführung in Konflikt, so als er hohe Löhne für Lehrlinge bei der Tarifrunde im Herbst 1970 forderte, die Verhandlungsführung aber weit darunter abschloss. An der gewerkschaftlichen Orientierung hielt man aber fest.

Der Jour Fix endete jedoch nicht durch die häufigen Konflikte mit der Gewerkschaftsführung, sondern löste sich durch die Fraktionskämpfe innerhalb der Linken auf: Im Herbst 1970 versuchten die SDAJ und das aus dem SLZ entstandene Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum, der Vorläufer des späteren Kommunistischen Bundes, die Macht im Jour Fix zu übernehmen. Dieser „Putsch“ scheiterte jedoch, da die antiautoritären und auf Selbstorganisation setzenden Studierenden und Lehrlinge ihre Arbeit einfach fortsetzten. Da die

SDAJ parallel recht erfolgreich Positionen in den gewerkschaftlichen Gremien der Jugendarbeit besetzt hatte, forderte im Sommer 1971 schließlich der Kreisjugendausschuss des DGB selbst die Auflösung des Jour Fix.

Der Hamburger Jour Fix wirkte als Vorbild und Modell für gewerkschaftsnahe Lehrlingszentren in der gesamten Bundesrepublik, von denen es 1970 über hundert gab. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften war ebenso umstritten wie widersprüchlich, doch im Kern integrativ: Konzipiert gegen radikalisierte Ausläufer der Studentenbewegung und für eine Aktivierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, verstand sich der Jour Fix als Bewegungselement in den Gewerkschaften. In den Konflikten mit der lokalen Gewerkschaftsführung wurde gerade die integrative Perspektive betont: Ein DGB-Kreisvorstandsmitglied hob Anfang 1970 hervor, dass „wir seit zwei Jahren nach einem Ventil für die Jugend und ihre Probleme gesucht haben. Der ‚Jour Fix‘ kann auch dazu dienen, daß sich der Unmut über viele Dinge etwas abseits der offiziellen Gremien besser austoben kann“.⁸ Zwar wanderten radikale Arbeiterjugendliche zu linken Gruppen ab, doch bot die offene Gewerkschaftsarbeit für viele kritische Jugendliche eine Möglichkeit, sich in die gewerkschaftliche Arbeit einzufinden.

Lehrlingsarbeit als Revolutionierungsversuch – die Stadtteilbasisarbeit in Frankfurt am Main

In Frankfurt am Main war der Lehrlingsprotest Mitte 1969 stark studentisch beeinflusst. Der SDS hatte nach dem Scheitern des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze im Sommer 1968 zur Bildung von Betriebsprojektgruppen aufgerufen. Dabei war die Distanz zu den Gewerkschaften ein wesentliches Element. Karl Heinz Roth, einer der SDS-Vordenker in Hamburg, erstellte 1969 eine Analyse, in der nicht allein die Interessen der Unternehmer, sondern auch die der Gewerkschaften kritisiert wurden. Die gewerkschaftlichen Forderungen seien nicht fortschrittlich, sondern dienten der „Immobilisierung“ der jungen Arbeiter. Der DGB verfolge mit seiner Reformpolitik nur selbstsüchtige Interessen, um sich als Institution zu etablieren.⁹ Die Gewerkschaften wurden als Teil des Establishments direkt angegriffen.

In Frankfurt versuchte ab August 1968 eine Gruppe im Stadtteil Bornheim, gezielt Lehrlinge anzusprechen. Die Gruppe hatte analysiert, dass die Betriebsprojektgruppen auch deswegen gescheitert seien, weil sie nur „die Arbeiter“ allge-

mein agitieren wollten und nicht gezielt vorgingen.¹⁰ Es bildeten sich 1969 – ausgehend von studentischen Aktivisten – mindestens neun Stadtteilbasisgruppen.¹¹

Die studentischen Aktivisten sprachen die Lehrlinge vor allem in der „Freizeitphäre“ an, weil man das Klima in den Betrieben als zu repressiv für die revolutionäre Arbeit einschätzte.¹² Es wurden gezielt Häuser der Jugend oder kirchliche Freizeitangebote genutzt, die Seeckbacher Basisgruppe organisierte zum Beispiel einen „Go-In mit einem Kasten Bier in den Jugendkreis der evangelischen Gemeinde Seeckbach“, bei dem einige jugendliche Arbeiter zur Mitarbeit gewonnen werden konnten.¹³ Zwar gelang es, durch direkte Ansprache und „kollektive Teilnahme an Tanzveranstaltungen“ Jugendliche für die politische Arbeit zu interessieren, auch eine Berufsschulklasse von Fotografen gründete nach einer Diskussionsveranstaltung mit Studenten eine eigene Basisgruppe.¹⁴ Aber die erstaunlich offenen und psychologisierenden Berichte der Basisgruppen thematisierten auch immer wieder die kulturellen und habituellen Schwierigkeiten, die bei der Arbeit zu Tage traten.

In Frankfurt störten Antiautoritäre und SDAJ im April 1969 auch eine Freisprechungsfeier, die in einer Schlägerei mit Ausbildern endete.¹⁵ Die im Mai 1969 begonnene „Heimkampagne“, die sich auf Lehrlings- und Erziehungsheime konzentrierte, sollte zum Markenzeichen der Frankfurter Arbeit werden. Lehrlingsheime bestanden bei den Farbwerken in Frankfurt Höchst. Dort waren mehr als 2000 Lehrlinge beschäftigt, von denen rund 600 in Lehrlingsheimen wohnten. Zugleich gab es Aktionen in Erziehungsheimen, u. a. in Staffelberg, deren Bewohner häufig als Lehrlinge arbeiteten. In allen Heimen galt ein strenges Hausordnungsregime.

Es gelang in mehreren Heimen, Konflikte auszulösen und in Diskussionen die Heimleitungen zu Zugeständnissen zu bewegen. Dabei wurde häufig auf das Grundgesetz Bezug genommen. Die Heimordnungen wurden als Verstöße gegen die Freizügigkeit und das geschützte Privatleben interpretiert, da zum Beispiel Besuche ab einer bestimmten Zeit nicht mehr erlaubt waren.¹⁶ Es gelangen Mobilisierungserfolge, die jedoch die Initiatoren selbst überrollten. Offensichtlich war das Engagement der Lehrlinge nicht im Sinne der „revolutionären Disziplin“ zu haben. Die Arbeitsgemeinschaft der Farbwerkslehrlinge (AdFL) war antiautoritär, aber zu stark auf den subjektiven Faktor konzentriert, wie studentische Initiatoren kritisierten: „Vögeln macht Frei (...) Diese Fetischisierung des individuellen Lustanspruchs wurde für einen Teil der Lehrlingsopposition zur

Voraussetzung bei ihrer Bestimmung der politischen Arbeit.“¹⁷ Notwendig sei jedoch die langfristige revolutionäre Disziplin. Dieser Widerspruch sollte weiterhin die Arbeit der revolutionären Gruppen prägen und konnte auch in den 1970er Jahren nicht gelöst werden. Eine Stadtteilbasisgruppe skizzierte dies schon im Juni 1969:

„Wenn man Lehrlingen in der Agitation klarmacht, daß objektiv eine Abschaffung der Arbeit möglich ist und im Kapitalismus der einzelne zu überflüssigen Arbeitsleistungen gezwungen wird, entsteht verständlicherweise der Wunsch, diese Befreiung hier und jetzt zu vollziehen. So ist es verschiedentlich vorgekommen, daß Lehrlinge, die aus politischen Gründen aus ihrem Betrieb rausflogen, sich keine neue Stelle suchten und sich mit Gammeln und Hasch eine Subkultur aufbauten, in der sie dann meist unpolitisch wurden.“

Dies war jedoch nur eine Seite des Mobilisierungsproblems: Lehrlinge in den Basisgruppen waren häufig daran interessiert, ihr Abitur zu machen und „durch die privilegierte Stellung der Schüler und Studenten ihre Fähigkeiten zu entfalten“.¹⁸

In den Farbwerken wurde versucht, bei der Neuwahl der Jugendvertretung die politisch radikalen Positionen zu verstetigen. Aus einer Kritik der DKP-Betriebsgruppe wird deutlich, dass selbst die moskautreuen Kommunisten das Vorgehen verurteilten, insbesondere nach einer Veranstaltung der Lehrlinge mit Ulrike Meinhof im September 1969. Denn die Lehrlingsgruppen konzentrierten sich auf Ausbildungsaspekte und jugendkulturelle Fragen und erhielten kaum Unterstützung von älteren Betriebsangehörigen.¹⁹ Die Arbeit in den Lehrlingsheimen war zu stark auf generationelle Konfliktfelder konzentriert.²⁰

Eine andere Entwicklung nahmen die Proteste in den Erziehungsheimen. Einige der Heimbewohner nahmen die Hilfsangebote an und flohen nach Frankfurt, wo sie in studentischen Wohngemeinschaften unterkamen. Allerdings gelang die Politisierung dieser zumeist aus schwierigen sozialen Verhältnissen stammenden Jugendlichen nur bedingt, es kam zu Spannungen in den studentischen Treffpunkten.²¹ Bei dieser Unterstützung für die jugendlichen Heimbewohner waren auch Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof beteiligt, die eine Randgruppenstrategie verfolgten und die Bestrebungen hintertrieben, den Entflohenen eine Lehrstelle zu besorgen.²²

Obwohl die Initiatoren mit ihren politischen Absichten scheiterten, hatten sie auf einer praktischen Ebene Erfolg: Es gelang, die Jugendlichen in städtischen Wohnungen unterzubringen und einen Trägerverein für diese Arbeit zu gründen. Die bereits in der sozialen Arbeit vorhandene Unzufriedenheit über die Heimunterbringung hatte einen neuen Ansatzpunkt, da recht schnell die Wohngruppenbetreuung zur bundesweiten Alternative gegenüber der Heimunterbringung wurde.²³

Die Stadtteilbasisgruppen wurden 1969 schließlich von dem Gründungsfieber der maoistischen Gruppierungen erfasst. Insbesondere die KPD/ML mit ihren Roten Garden fand Zuspruch in Frankfurt, binnen weniger Monate seien im Herbst 1969 rund 500 Leute im „ML-Block“ unterwegs gewesen.²⁴ Die Fraktionierungen der Linken schlugen sich schließlich in einem Zerfall des strategischen Stadtteilbasisgruppenansatzes nieder.

Lehrlingsarbeit als aktionsorientierte Reformarbeit – der „Kampf der Essener Lehrlinge“

Neben Hamburg war Essen die zweite Stadt, in der Lehrlinge 1969/70 bundesweit für Aufsehen sorgten. Die Geschichte der Essener Lehrlingsbewegung begann Ende 1968. Auf Anregung des katholischen Religionslehrers Rolf Freitag setzten sich im November 1968 rund 40 Lehrlinge zusammen und beschlossen, Missstände in der Berufsausbildung anzuprangern. Ihre erste Aktion war eine öffentlich angekündigte Umfrage unter Berufsschülern. Bis Anfang 1971 folgten Aktivitäten, die allerdings fast völlig frei von revolutionärer Rhetorik blieben. Die Lehrlinge forderten „die Einhaltung der vertraglichen und der gesetzlichen Bestimmungen“.²⁵ Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft gewerblicher Lehrlinge (AGL), im März 1969 ergänzt durch die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Lehrlinge (AKL), die im Juni 1969 schließlich zu einer Arbeitsgemeinschaft fusionierten, akzeptierten die bestehenden Institutionen und verneinten eine revolutionäre Perspektive.

Dies war vor allem auf den prägenden Einfluss zweier Religionslehrer zurückzuführen. Rolf Freitag hatte das erste Treffen organisiert und blieb zusammen mit dem etwas später hinzugekommenen Joachim Weiler, evangelischer Religionslehrer an der Kaufmännischen Berufsschule Ost in Essen, ständiger Berater der Lehrlingsgruppe. Dieses Vorgehen rechtfertigten sie als notwendige

organisatorische Unterstützung der Lehrlinge. Sie moderierten die Sitzungen und fungierten als Kontaktpersonen zu den Institutionen. Ein politisch-theoretischer und ein lebenskultureller Impuls standen zugunsten einer sachbezogenen Arbeit im Hintergrund.²⁶ Die Arbeitsgemeinschaft betrieb von Anfang an eine intensive Pressearbeit, ihre Aktionen fanden mediales Echo in der lokalen wie bundesweiten Presse.²⁷

Die Arbeitsgemeinschaft ging branchenbezogen vor. Sie setzte sich mit der Lehrlingsausbildung bei Krupp auseinander und thematisierte im Herbst 1969 die Situation der Banklehrlinge. Schließlich griff die Arbeitsgemeinschaft Ende 1969 die Situation in der Radio- und Fernsehtechnik-Branche auf, da sich Lehrlinge aus diesem Bereich an sie gewandt hatten. Gesprächsversuche mit den Lehrherren scheiterten. Daraufhin wurde am 6. Dezember 1969 eine Demonstration am verkaufsoffenen Samstag in der Innenstadt organisiert, die zu mehreren betroffenen Geschäften führte. Sieben Firmen wurden öffentlich angeprangert, eine katastrophale Ausbildung durchzuführen: Sie beschäftigten – so wurde geklagt – zahlreiche Lehrlinge, aber nur wenige Gesellen, bürdeten den Lehrlingen ausbildungsfremde Tätigkeiten auf und rechneten anspruchsvolle, monatelange Tätigkeiten im Außendienst gegenüber den Kunden als Gesellenstunden ab, während die Lehrlinge nur eine geringe Vergütung erhielten.

Vier der attackierten Betriebe verklagten Rolf Freitag als presserechtlich Verantwortlichen. Bis zum Juni 1970 fanden vor dem Zivilgericht Essen die sogenannten „Lehrlingsprozesse“ statt. Rund 50 Lehrlinge wurden als Zeugen vernommen, die über ihre schlechten Ausbildungsbedingungen berichteten. Freitag wurde dennoch wegen einiger diffamierender Äußerungen und unpräziser Behauptungen verurteilt. Der Arbeitskreis betrachtete das Urteil als Bestätigung seiner Kritik.²⁸

Insbesondere schoss sich die Arbeitsgemeinschaft auf den Unternehmer Friedrich Marquardt ein. Marquardt, der aus der Essener Arbeiterjugendbewegung stammte,²⁹ war Mitinhaber eines Radio- und Fernsehgeschäfts, aber auch Landtagsabgeordneter der SPD, ehemaliger Ratsherr der Stadt Essen und in vielen ehrenamtlichen Funktionen tätig. Die Arbeitsgemeinschaft bewies hier strategisches Geschick, denn mit Marquardt war eine öffentliche Person gewählt, mit der Widersprüchlichkeiten aufgezeigt und zugleich mediale Aufmerksamkeit erreicht werden konnte. Die Kritik an seiner Ausbildung wies Marquardt zurück, stattdessen klagte er u. a. gegen Rolf Freitag wegen Beleidigung, da er öffentlich

als Ausbeuter bezeichnet worden war.³⁰ Marquardt wurde auch im Landtagswahlkampf im Frühsommer 1970 attackiert, die Essener SPD hielt jedoch zu ihm.

Nach den Prozessen fand die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr zu der vorherigen Aktionsfähigkeit zurück. Die Besonderheiten der Essener Lehrlingsaktionen lassen sich vor allem auf die beiden Initiatoren zurückführen. Stärker als andere Gruppen verstand man sich als Pressuregroup für Lehrlingsanliegen und zielte nicht auf die Selbstorganisation oder „Revolution“. Linke Politisierungsversuche wurden abgelehnt:

„Von den Studenten kamen nur einige Male Vertreter linker Gruppen aus Bochum. Sie sahen hier eine Chance, an einen Teil der arbeitenden Bevölkerung heranzukommen, verscherzten sich allerdings sofort alle Sympathien bei den Lehrlingen, als sie ihre bis dahin durchgeführten Aktionen als ‚systemstabilisierend‘ abtaten und von ihnen verlangten, sie sollten die Betriebe zerschlagen und nicht verbessern.“³¹

Rote Fahnen waren bei den Aktionen verboten, da diese die Bevölkerung hätte verschrecken können. Allerdings solidarisierten sich die gemäßigteren politischen Gruppen wie Jusos mit ihnen, von der Christlichen Arbeiterjugend arbeiteten immer einige Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft mit.³²

Für die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall galt eine „zweispaltige Haltung“ gegenüber der Arbeitsgemeinschaft. Anfangs unterstützte die IG Metall in Essen deren Anliegen. Als die Ausbilder bei Krupp attackiert wurden, schieg jedoch die IG Metall, da diese ebenfalls in der Gewerkschaft organisiert waren. Die IG Metall übernahm allerdings die Rechtsschutzkosten für entlassene Lehrlinge.

Kennzeichen der Essener Arbeitsgemeinschaft war die hohe Akzeptanz der bestehenden Institutionen. So wurde beispielsweise das Gewerbeaufsichtsamt mehrmals eingeschaltet, um Verstöße zu ahnden. Auch suchte die Gruppe in der Regel das Gespräch mit Lehrherren oder der zuständigen Kammer. Denn eine schnelle Verbesserung der Ausbildungssituation stand im Vordergrund der Proteste: „Die Lehrlinge der Arbeitsgemeinschaft wünschen zunächst nichts anderes, als nicht mehr ‚letzter Mann‘ im Betrieb zu sein.“

Fazit

Kennzeichen der Lehrlingsbewegung nach 1968 war ihre „Teilautonomie“ in der Strategiefindung. Bezugspunkt blieben die Gewerkschaften, im negativen wie im positiven Sinne. Die Lehrlingsgruppen waren eingebunden in einen „Zweifronten-Kampf zwischen Unternehmergewalt und Gewerkschaftskonformismus“.³³ Die drei skizzierten Fallbeispiele zeigen die unterschiedlichen Ausprägungen der Lehrlingsproteste. Die Initiatoren des Jour Fix wollten in erster Linie den Gewerkschaften eine stärkere antikapitalistische Ausrichtung geben. Auch die Essener Lehrlinge sahen in den Gewerkschaften die entscheidende Kraft auf Arbeitnehmerseite, wollten aber Druck von außen aufbauen: „Letzten Endes führt kein Weg an den Gewerkschaften vorbei. Nur ist es zur Zeit noch notwendig, in einer gewissen Distanz zur Gewerkschaftsbürokratie die Arbeit zu leisten, die von den Gewerkschaften allzu lange Zeit nicht ernst genug genommen worden ist.“³⁴ Da der DGB sich nun stärker um jugendliche Arbeitnehmer bemühte – 1971 wurde zum „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ ausgerufen – engagierten sich eine Reihe von Aktivisten in den Gewerkschaften.

Anders war die Arbeitsweise der Stadtteilbasisgruppen. Sie zielten auf eine „Revolutionierung“ der Lehrlinge und Jungarbeiter und konzentrierten sich auch nicht auf betriebliche Probleme. Dies hieß perspektivisch, eine politische und organisatorische Alternative zur Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Die Agitation in den Lehrlingsheimen in Frankfurt entwickelte aber keine dauerhafte Kraft, vielmehr transformierte sich der Protest in neue autoritäre Strukturen, die für die neuen maoistischen Kleinparteien typisch waren. Diese propagierten betriebliche Arbeit und bildeten die 1970er Jahre hindurch ein gewisses Unruhepotential in den Betrieben, während sie in den Gewerkschaften nicht richtig Fuß fassten, insbesondere nach den 1973 verabschiedeten Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber den maoistischen Gruppierungen. Eine gewerkschaftliche Integration setzte daher eine Entradikalisierung der Protagonisten voraus.

Die drei skizzierten Formen der Lehrlingsproteste deuteten die Spannungsfelder der Gewerkschaftsjugend in den 1970er Jahren an. Wenn auch insbesondere der Revolutionierungsversuch und die Selbstorganisation eine abnehmende Rolle spielten, erlebte die gewerkschaftliche Jugendarbeit doch auf der Grundlage einer politisierten Basis einen erheblichen Aufschwung. Kritisch ist angemerkt worden, dass diese Entwicklung die organisatorische und inhalt-

liche Neuorientierung der Gewerkschaften in der Dienstleistungsgesellschaft mit verhindert habe.³⁵ Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, dass die Lehrlingsproteste 1969 auf die Demokratisierung der Arbeitswelt zielten und habituell zu einer Pluralisierung der Lebensstile beitrugen. Im Ergebnis stieg das Selbstbewusstsein der jungen Erwerbstätigen deutlich an. Zugleich wurden Erwartungen – implizit und explizit – an die Bildungspolitik formuliert, die mit zur Bildungsexpansion der 1970er Jahre beitrugen: Sei es als individueller Weg von Arbeiterjugendlichen in eine akademische Ausbildung, sei es als Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Betriebe. Diese Entwicklung war auch durch die Nachwirkungen der Studentenbewegung geprägt, aber lässt sich nur bedingt aus ihr ableiten. Die Demokratisierung als politisches wie kulturelles Phänomen hatte ihre Ursprünge in den strukturellen Demokratie-defiziten der Arbeitswelt. Eine gesellschaftliche Liberalisierung mit jugendkultureller Ausrichtung musste sich hier gegen erheblich mehr Widerstände als an Schulen oder Universitäten durchsetzen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Franz-Werner Kersting: „Unruhediskurs“. Zeitgenössische Deutungen der 68er Bewegung. In: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2005, S. 715–740.
- 2 Vgl. für die Osterdemonstration 1968 in Hamburg, bei der von 60 Verurteilten nur 29 Studenten und Schüler waren: Polizei-Kriminalamt K4: Informationsbericht Osterdemonstration 1968 in Hamburg. Übersicht über die bisher gegen Demonstranten durchgeführten Gerichtsverfahren, 3.11.1969. In: Staatsarchiv Hamburg, 331-4-F-165: Bericht über Demonstrationen 1.1.1968 bis 31.12.1968.
- 3 Gespräch des Verfassers mit Arp Kreßin, Hamburg, 14.11.2008; Reinhard Crusius / Oskar Söhl/Manfred Wilke: Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik – dargestellt am Beispiel des Hamburger Jour Fix, Offenbach und Hamburg 1971, S. 6.
- 4 Vgl. Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 11: Zur Situation der Lehrlingsausbildung, Stuttgart 1970; Claus Offe: Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt am Main 1975.
- 5 Ausbildung statt Ausbeutung, Blinkfuer. Sozialistische Wochenzeitung, 14.11.1968.
- 6 Vgl. Crusius/Söhl/Wilke; Dieter Greese: Tätigkeitsbericht des Jugendbildungsreferenten bei der Gewerkschaftsjugend des DGB-Hamburg für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1969. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Archiv (FZH) 554-6-61, Gewerkschaften Hamburg Jugend KJA 1968–1970.
- 7 Vgl. Abdruck des Fotos u. a. in: Dumpfe Masse, Der Spiegel Nr. 53, 29.12.1969, S. 39; Die Stifte schlagen zurück, Stern Nr. 14, 29.3.1970, S. 84.

- 8 Protokoll der Kreisvorstands-Sitzung DGB-Hamburg, 6.1.1970. In: FZH 554-1-1, AO Gewerkschaften Hamburg Kreisvorstand Protokolle 1970 I.
- 9 Karl Heinz Roth: Unwissen als Ohnmacht. Grundrisse einer Analyse der Wissenschafts- und Bildungspolitik des bundesrepublikanischen Herrschaftskartells, Berlin 1970. Vorab in Teilen abgedruckt: Thesen zu einer Analyse des Bundesrepublikanischen Machtkartells. Zur Lage und zu den Auseinandersetzungen um eine Reorganisation der Lehrlingsausbildung, SDS-Info Nr. 20 (September 1969), S. 3–10, Zitat S. 8f. In: Hamburger Institut für Sozialforschung (HISA), A-ZS 0728.
- 10 So die Stadtteilbasisgruppe Bornheim bei der Beschreibung ihrer Entstehungsgeschichte: Frankfurt: Stadtteilbasisgruppen, SDS-Info Nr. 20 (September 1969).
- 11 Flugblatt „Der Ostermarsch ist tot – Organisiert Euch in Basisgruppen“, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 1946 bis 1995, Hamburg 1998, Band 2: Dokumente, S. 583f. Das Basisgruppenkonzept wurde auch in anderen Städten umgesetzt. In Westberlin gab es ab 1968 zwölf Basisgruppen, die sich neben der „Betriebsarbeit“ auch Miet- und Sanierungsfragen oder der Arbeit mit jugendlichen Außenseitern widmeten. Mitte 1969 vermeldete der SDS in sechs weiteren Städten Basisgruppen, die sich auf die Arbeit mit Lehrlingen konzentrierten. Vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 136f. sowie SDS-Info Nr. 20 (September 1969).
- 12 Rainer Delp: Anmerkungen zur Frankfurter Basisarbeit und Jungarbeiter-Agitation. „Strategiepapier“ zur Fortführung der Betriebs-, Stadtteil- und Basisgruppenarbeit. In: SDS-Info Nr. 11/12 (2.5.1969), S. 39–41. Abgedruckt bei: Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule, S. 618–620.
- 13 Bericht der Stadtteilbasisgruppe Seckbach/Frankfurt, Sozialistische Correspondenz-Info Nr. 11, S. 10–11. In: HIS A-ZS 0727.
- 14 Zitat Frankfurt: Stadtteilbasisgruppen, SDS-Info Nr. 20 (September 1969), S. 11–14, S. 13; Zur Fotografenklasse: Frankfurt: Über die Arbeit der Lehrlinge an der Gutenberg-Berufsschule. In: Ebd., S. 15–17.
- 15 Demonstranten wurden aus dem Saal geprügelt, Frankfurter Rundschau, 26.4.1969; Prügelei bei der Freisprechung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.4.1969.
- 16 Vgl. das Flugblatt „Gilt das Grundgesetz in den Wohnheimen der Farbwerke Hoechst?“. In: Zur Höchster Lehrlingsbewegung. Auszüge aus einer vom RC Höchst herausgegebenen Dokumentation, Sozialistische Correspondenz-Info Nr. 14, 27.9.1969, S. 12–22, S. 15f. In: HISA A-ZS 0727.
- 17 Zur Höchster Lehrlingsbewegung. Auszüge aus einer vom RC Höchst herausgegebenen Dokumentation, Sozialistische Correspondenz-Info Nr. 14, 27.9.1969, S. 13.
- 18 Beide Zitate in: Frankfurt: Stadtteilbasisgruppen, SDS-Info 20 (September 1969), S. 14.
- 19 „Der Farbwerker“, Betriebszeitung DKP Höchst, September 1969. In: http://www.mao-projekt.de/BRD/HES/DA/Frankfurt_IG_Chemie.shtml [15.11.2008].
- 20 Einer der Hoechst-Lehrlinge wurde im Juni 1969 nach den Protesten entlassen, wobei sein „ungebührliches Benehmen“ als Begründung angeführt wurde: Keiner so schwer, Der Spiegel Nr. 49, 1.12.1969, S. 74.
- 21 Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 192.

- 22 Mario Krebs: Ulrike Meinhof. Ein Leben im Widerspruch, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 185–189.
- 23 Vgl. dazu mit Beispielen aus Nordrhein-Westfalen: Michael Köster: Holt die Kinder aus den Heimen! – Veränderungen im öffentlichen Umgang mit Jugendlichen in den 1960er Jahren am Beispiel der Heimerziehung. In: Frese/Paulus/Teppe (Hg.): Demokratisierung, S. 667–681 sowie: Manfred Liebel/Herbert Swoboda/Heinz Bott/Elisabeth Knöpp (Hg.): Jugendwohngemeinschaften. Alternative zur Fürsorgeerziehung?, München 1972.
- 24 Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 194–197; hierzu auch: Klaus Hendrich: Lehrlinge und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 41/1970, 10.10.1970, S. 3–48, S. 29f.
- 25 Joachim Weiler/Rolf Freitag: Ausbildung statt Ausbeutung. Der Kampf der Essener Lehrlinge, Reinbek 1971, S. 209.
- 26 Es kam 1969 mehrmals vor, dass Religionslehrer an den Berufsschulen Lehrlingsaktionen initiierten. Vgl. Viel Arbeit, wenig Geld und nie ein Dankeschön, Bild, 25.4.1969 zu einer Umfrage in Forchheim; Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 5/IGMA220624, zu einer Umfrage in Düsseldorf; Hilfreiche Religionslehrer unter Beschuß, Süddeutsche Zeitung, 21.3.1970.
- 27 Vgl. Lehrlinge – NRZ-Report, Neue Ruhr Zeitung, 6.12.1969; Überall im Revier proben Lehrlinge den Aufstand, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28.3.1970; Lehrlinge: Steile Zähne, Der Spiegel Nr. 47, 16.11.1970, S. 86.
- 28 Weiler/Freitag: Ausbildung, S. 130f.
- 29 Heidi Behrens: „Mehr wissen – mehr können“. Bildungsanstrengungen der sozialdemokratischen Jugend in der Weimarer Republik und ihre Wirkungen. In: Heinrich Eppe/Ulrich Herrmann (Hg.): Sozialistische Jugend im 20. Jahrhundert. Studien zur Entwicklung und politischen Praxis der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland, Weinheim und München 2008, S. 69–84, S. 79.
- 30 Lehrlinge: Junger Schnösel, Der Spiegel Nr. 6, 2.2.1970, S. 74.
- 31 Vgl. zu dem folgenden Abschnitten: Weiler/Freitag, S. 190, S. 116, S. 187, S. 167–171, S. 209.
- 32 Weiler/Freitag: Ausbildung, S. 187.
- 33 Albert Herrenknecht: „Kleinstadt 1968“ – Die Politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren. In: Pro-Regio-Online. Zeitschrift für den Ländlichen Raum, Heft Nr. 5, 2008, S. 16–146. www.pro-regio-online.de/downloads/klein1968.pdf [25.07.2008], S. 79.
- 34 Weiler/Freitag: Ausbildung, S. 62.
- 35 Wolfgang Schroeder: Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren. In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 243–265, S. 263–265.

Bildquelle

Abb. S. 59: Der Spiegel Nr. 53, 29.12.1969, S. 39

Konflikt und Kooperation. Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber. Tagungsbericht*

Obwohl bedeutende historische Ereignisse in der Erinnerungskultur heute in 10-Jahres-Schritten gefeiert oder bedacht werden, hat der Übergang vom Kaiserreich zur Republik in Deutschland vor 90 Jahren in Öffentlichkeit und Wissenschaft verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden. Die Weimarer Republik erscheint als ein weithin abgeschlossenes Geschichtskapitel, das in Gesamtdarstellungen gewürdigt, aber nur noch selten durch innovative Detailforschung bereichert wird, wie Axel Schildt (Hamburg) in seiner Begrüßung der Tagungsteilnehmer hervorhob. Dennoch ist Weimar noch immer „Zeitgeschichte“ im Sinne von Hans Rothfels, die in Krisen sofort als Menetekel präsent ist. Darüber waren sich die Veranstalter und Klaus Schönhoven (Mannheim) in seinem Eröffnungsvortrag einig. Neue Forschungsanstrengungen sind deshalb nötig; und dazu sollten diese Tagung und eine weitere im Januar 2009 in Bochum anregen, wie die Vertreter der Hans-Böckler-Stiftung, Wolfgang Jäger, und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Burchard Bösche, betonten.

Klaus Schönhoven unterstrich einleitend in einem weitgespannten Überblick die weiterwirkende Bedeutung des „Stinnes-Legien-Abkommens“ vom 15. November 1918 über die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit von großindustriellen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Er analysierte die Motive der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen im Kaiserreich, als sie im Zuge eines großen Organisationsaufbaus die Hoffnung auf den evolutionären Wandel des Obrigkeitsstaates und die reformerische Entschärfung von Sozialkonflikten entwickelten. Die umfassende

Reglementierung der Wirtschaft und der industriellen Beziehungen im Krieg ließ dann bei Gewerkschaften und Unternehmern das gemeinsame Interesse entstehen, nicht nur die revolutionäre Bewegung der Massen, sondern auch die Autonomie der Wirtschaft gegen den Staat zu verteidigen. Mit dem Abkommen versuchten zwei einflussreiche Organisationen, Funktionen des modernen Staates zu übernehmen und den Primat der Ökonomie über die Politik durchzusetzen. Die Gewerkschaften überschätzten von Anfang an die Belastbarkeit der vereinbarten „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (ZAG), deren Symbolkraft größer war als ihre reale Substanz. In der Hyperinflation erwies sich ihre Untauglichkeit zur Konfliktregelung. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben sich so sehr zuungunsten der Gewerkschaften, dass sie wieder auf die Intervention politischer Instanzen zum Schutz des Sozialstaats setzen mussten. Obwohl das Stinnes-Legien-Abkommen mit der Aufgabe der ZAG und des Acht-Stunden-Tages 1924 endgültig zerbrach, hatte es doch zukunftsweisende Bedeutung: Es trug dazu bei, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit den Konzepten zur betrieblichen Mitbestimmung, Gemeinwirtschaft, „Wirtschaftsdemokratie“ und gesamtökonomischen Verantwortung der Arbeitnehmerorganisationen ein Programm zur Zivilisierung des Kapitalismus entwickelten, das bis heute aktuell ist.

In der ersten Sektion über das Kaiserreich untersuchte Thomas Welskopp (Bielefeld) im Vergleich von England und dem Deutschen Kaiserreich die sozialen und ökonomischen Bedingungen für die Bildung von Gewerkschaften. Eine autonome abgeschlossene Sozialsphäre und ein klar definierbarer Gegner waren in der englischen (Eisen-)Industrie eindeutiger gegeben als in der deutschen durch Heimindustrie, Handwerk und Verlagswesen geprägten Güterproduktion, so dass sich Gewerkschaften hier erst spät entwickelten und das Verhältnis zu den politischen Arbeitervereinen oft unklar blieb. Erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes formierten sich die rasant wachsenden Gewerkschaften unter den veränderten ökonomischen Bedingungen zu dem für Deutschland typischen Modell des relativ betriebsfernen Zentralverbandes und des Gewerkschaftskartells. In der Diskussion stieß die völlige Ausklammerung des Politischen auf Kritik; das Besondere in Deutschland sei weniger die späte Gewerkschaftsgründung als die verfrühte Parteibildung.

Michael Oberstadt (Bonn) arbeitete in seinem Beitrag die programmatischen Gegensätze zwischen den Freien und den Christlichen (katholischen) Ge-

werkschaften heraus, die aber pragmatische Zusammenarbeit bei einzelnen Streiks und auf sozialpolitischem Gebiet im Ersten Weltkrieg nicht ausschlossen. Gegen amtskirchliche Bevormundung und sozialdemokratische Konkurrenz konnten sie sich mit Unterstützung der katholischen Arbeitervereine und des Staates zu einem beachtlichen Machtfaktor entwickeln.

Karl Christian Führer (Hamburg) hob die historische Leistung Carl Legiens hervor, der in unermüdlichem Arbeitseinsatz die nur als Agitationszentrum gedachte Generalkommission der Gewerkschaften zur Zentralleitung ausbaute. Den Antrieb sieht Führer, wie er gegen die übliche Beschreibung Legiens als bloßen Pragmatiker und Revisionisten herausstellte, in dessen moralischem Idealismus und sozialistischer Zukunftsperspektive, dem Glauben an den gesetzmäßigen, vom Entwicklungsstand der Produktionsmittel bestimmten Ablauf der Geschichte hin zur Revolution, zur sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Deutung gilt für den Legien der 1890er Jahre, später war er nicht mehr als Marxist zu bezeichnen. Aber auch in den zwanziger Jahren ist das Nebeneinander von Pragmatismus und sozialistischer Zukunftserwartung zu beobachten, wie Jens Flemming (Kassel) in seinem Kommentar feststellte.

Aus der lebhaften Diskussion dieser Sektion seien fünf Themen hervorgehoben: 1. die Forderung nach geschlechtsspezifischer Differenzierung zwischen den Gewerkschaftsrichtungen und Einzelgewerkschaften sowie im Verlauf der Gewerkschaftsgeschichte, 2. die Untersuchung von Generationenerfahrungen, 3. die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv, „Führer“ und „Massen“, das sich u. a. in Legiens autoritärem Politikverständnis abbildete, 4. die Berücksichtigung des Staats als formbildende Kraft, z. B. des Föderalismus, des „Kulturkampfes“ als Impuls für die katholischen Gewerkschaftsgründungen, des „Sozialistengesetzes“ als Katalysator für Legiens Zentralisierungserfolg, 5. das Problem der geringeren Bindungs- und Organisationskraft des protestantischen Milieus, das zwar Arbeitervereine und einzelne evangelisch geprägte Arbeitnehmerverbände, aber keine Gewerkschaftsbewegung hervorbrachte.

In der zweiten Sektion bot zunächst Wilfried Rudloff (Kassel) eine eindringliche Schilderung des Arbeiteralltags im Ersten Weltkrieg: der Umschichtung und Dequalifizierung der Arbeiterschaft, der Beschleunigung der Arbeitsprozesse, der Verschlechterung des Arbeitsschutzes und der Verlängerung der Arbeitszeiten, der schlechten Entlohnung und noch schlechteren Ernährung. Die

Gleichheit der Lebensführung auf niedrigem Niveau führte zur Nivellierung von Statusmerkmalen. Die Forderung nach (Verteilungs-)Gerechtigkeit in Anpassung an den Bedarf wurde angesichts der Notwendigkeit extralegalen, für viele unerschwinglicher Zusatzversorgung brisant. Alle Gruppen hielten sich für Opfer und teilten die Überzeugung, dass der Staat versage. In den Gewerkschaften entstand eine Diskrepanz zwischen dem Ohnmachtserleben der Basis und den Erfahrungen der Funktionsträger, die ihre ehrenamtlichen Aufgaben im Rahmen der Kriegsfürsorge, Güterbewirtschaftung und Preisüberwachung als Aufwertung empfanden. Es kam zu einer Annäherung zwischen der staatlichen Bürokratie und der Gewerkschaftsspitze.

Ottokar Luban (Bochum) rekapitulierte anschließend die politischen Streikbewegungen zwischen Juli 1916 und November 1918 und beleuchtete die Reaktionen der Behörden und der Freien Gewerkschaften. Werner Plumpe (Frankfurt/Main) lenkte den Blick dann auf die Unternehmenseite am Beispiel des Chemieindustriellen Carl Duisberg. Duisberg, der im Kaiserreich einen steilen Aufstieg erlebt, wandelte sich, als die Kriegsniederlage feststand, seit Oktober 1918 entschlossen zum Befürworter eines sozialen Kapitalismus und der Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und den Belegschaftsvertretern im Betrieb, politisch zum Anhänger der parlamentarischen Demokratie und der DDP. Er unterstützte die Zentralarbeitsgemeinschaft, Tarifverträge und beim Kapp-Putsch sogar den Generalstreik zum Schutz der Republik. Überhaupt war die Idee der Arbeitsgemeinschaft als Alternative zur Zwangswirtschaft der Kriegszeit in der chemischen Industrie populär und das sozialpartnerschaftliche Modell erfolgreich, so dass sie auch nach dem Zerfall der ZAG bis zum Ende der Republik daran festhielt.

Dick Geary (Nottingham) leitete die Diskussion mit einem bilanzierenden Rückblick auf die Zusammenarbeit von Staat und Gewerkschaften im Weltkrieg ein, wobei er die Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien um 1914 und den durch den Krieg bewirkten Wandel betonte. Zur Erklärung des Arbeiterprotests wollte er die staatlichen Rahmenbedingungen, die radikalen politischen Traditionen und eventuelle Generationenkonflikte stärker berücksichtigt wissen. Als weitere offene Fragen wurden benannt: Wie verlief der Weg vom staatsorientierten „Kriegssozialismus“ zur staatsfernen Sozialpartnerschaft? Waren die für Verteilungskonflikte zuständigen „Sozialpartner“ befähigt, die Versorgungskonflikte des Krieges zu lösen? Wie typisch war Duisberg;

handelte es sich bei ihm um ein Umlernen oder eine situative Reaktion? Wie konnte die vormoderne Schwerindustrie ihre Schlüsselposition behaupten, und warum wurde ein Mentalitätswandel der Unternehmer im allgemeinen blockiert? Resultierte die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Schwerindustrie aus der Übermacht des Apparats, im Unterschied zu einzelnen flexiblen Unternehmern wie Krupp, oder war sie eine Folge ihrer schlechten ökonomischen Lage? Generell sollten nach Meinung Plumpes politische Verhaltensweisen von Unternehmern zunächst aus ihren ökonomischen Motiven erklärt und industrielle Beziehungen mehr von der Alltagspraxis als von Grundsatzserklärungen her rekonstruiert werden. Rudloff erwartet neue Erkenntnisse besonders von Studien über einzelne Belegschaften, in denen unter anderem die Stellung der Reklamierten im Betrieb und die Wechselwirkung von Front- und Heimaterfahrungen untersucht werden.

In der dritten Sektion über die Anfangsphase der Weimarer Republik zeigte Michael Ruck (Flensburg) am Beispiel der Schlichtung, dass die Arbeitgeber im Allgemeinen nicht bereit waren, den sozialpolitischen Preis für die Erhaltung der Wirtschaftsordnung zu zahlen. In einem genauen Überblick über die wechselvolle Rechtsentwicklung und schwankende Einstellung der Freien Gewerkschaften zu staatlichen Interventionen in die Arbeitsbeziehungen zeichnete er nach, wie ihr Etatismus durch das Versagen der Behörden im Krieg zerstört wurde und sie 1919 auf möglichste Autonomie drängten, wie sich dann seit 1920 aufgrund negativer Erfahrungen mit den Arbeitgebern die Haltung in einzelnen Gewerkschaften wieder änderte und sie der schrittweisen Rückkehr des Staates in Schlichtungsfunktionen keinen geschlossenen Widerstand mehr entgegensetzten. Am Ende stand 1923 eine Schlichtungsverordnung, die dem Reichsarbeitsminister ein weitgehendes Interventionsrecht zubilligte, und in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bauten die Gewerkschaften bei Lohn- und Arbeitszeitregelungen wieder auf den Staat.

Klaus Weinhauer (Bielefeld) konnte im Hamburger Hafen eine ähnliche Entwicklung von einer einigermaßen friedlichen Arbeitsvermittlung bis 1921 zur Unternehmeroffensive in der Zeit der Hyperinflation beobachten, die die Arbeitnehmer Zuflucht beim Staat suchen ließ. Im übrigen spielte das ZAG-Abkommen im Hafen aber kaum eine Rolle. Dem an den Zielen der ZAG orientierten freigewerkschaftlichen Transportarbeiter-Verband machten linksradikale Syndikalisten bzw. Unionisten mit ihren kurzfristigen, auf die lokalen Gegebenheiten von Ar-

beitsplatz und Milieu bezogenen Aktionszielen erfolgreich Konkurrenz. Doch diese Konzentration auf „lokale Ordnungen“ – Tenfelde hielt den Begriff „kommunikative Horizonte“ für treffender – war ein Phänomen der Übergangszeit. 1923 war das Ideal der Staatsferne überholt, und die Freien Gewerkschaften gewannen wieder an Boden.

Durch den Vortrag von Knud Andresen (Hamburg) wurde das mehrfach angesprochene Generationenproblem thematisiert. Andresen äußerte allerdings Skepsis gegenüber Versuchen, die Spaltung und Radikalisierung von Teilen der Arbeiterbewegung auf diese Weise zu erklären. Mit Ausnahme von zwei Einzelverbänden gab es bis zur Revolution keine eigene Gewerkschaftsjugend. Gewerkschaftliche Jugendarbeit war im allgemeinen – außer beim Metallarbeiter-Verband – Arbeit von Erwachsenen für Jugendliche, bildungs- und berufsorientiert. Auch nach dem starken Zustrom von Mitgliedern, darunter vielen jungen Kollegen, nach der Revolution, entwickelte der ADGB kein großes Interesse und keine neuen Konzeptionen für die Jugendarbeit, so dass sein Erfolg bei jugendlichen Erwerbstätigen auf Dauer unter dem Durchschnitt lag.

In der Generaldiskussion wurden Aufgaben und Perspektiven der künftigen Forschung skizziert. Die Erfahrungen der Weimarer Republik sind seit den 1990er Jahren weitgehend in Vergessenheit geraten; aber das im ZAG-Abkommen entwickelte Modell der Sozialpartnerschaft, das Konzept der Mitbestimmung in der parlamentarischen Demokratie sind erinnerns- und erhaltenswert. Die Forschung der 1970/80er Jahre zur Geschichte der Arbeiterbewegung sollte selbst Gegenstand historischer Untersuchung werden. Neue Erkenntnisse sind, bei stärkerer Betonung der Perspektive „von unten“, ferner von mentalitätsgeschichtlichen Analysen und von der Betrachtung der Arbeitsbeziehungen im weiten europäischen Kontext zu erwarten.

Anmerkungen

- * Eine erweiterte Fassung dieses Tagungsberichts erschien am 7.2.2009 auf H-Soz-u-Kult (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2513>).

Lebendige Erinnerungskultur. Von der Wiederentdeckung eines „authentischen Ortes“

Im Sommer 2004 wurde die Forschungsstelle für Zeitgeschichte um ein Gutachten über die Geschichte des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs gebeten.¹ Den Hintergrund dieser von der Kulturbehörde und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ausgehenden Initiative bildeten städtebauliche Planungen der HafenCity sowie die Tatsache, dass der Hannoversche Bahnhof von 1940 bis 1945 als Deportationsbahnhof gedient hatte und seine Überreste heute in der östlichen HafenCity liegen. Nach dem Masterplan der HafenCity aus dem Jahr 2000, in dem der Hannoversche Bahnhof als Deportationsbahnhof erwähnt wurde, sollte sein Vorplatz „in die Parkanlage ‚Lohsepark‘ integriert und [...] als zeitgeschichtliches Dokument erfahrbar“ gemacht werden.²

Von dem Hannoverschen Bahnhof wurden zwischen 1940 und 1945 zwanzig Deportationszüge abgefertigt. Noch zwei Wochen nach der Befreiung von Auschwitz verließ der letzte Deportationszug den Bahnhof. In den zwanzig Zügen saßen 7692 Menschen, die in die Ghettos und Vernichtungslager verschleppt wurden. Es waren Bürgerinnen und Bürger aus Hamburg und Norddeutschland, die Juden waren oder von den Nationalsozialisten dazu gemacht worden waren. Es waren Roma und Sinti aus Hamburg und Norddeutschland, die von den Nationalsozialisten als „Zigeuner“ bezeichnet worden waren. Von den Deportierten überlebten über 90 Prozent nicht.³

Zu Beginn der Arbeit an dem Gutachten lagen überraschend wenig wissenschaftliche Beiträge über die Deportationen aus Hamburg vor. Im November 2001 publizierten die Forschungsstelle für Zeitgeschichte und das Institut für die

Geschichte der deutschen Juden vier Vorträge zum Thema in einer Broschüre.⁴ Später legten Mitarbeiter beider Institute ausführliche Darstellungen der Judenverfolgung in Hamburg vor, die auch die Deportation thematisierten.⁵ Die Deportationen der Roma und Sinti sind hingegen bis heute weitaus weniger erforscht.⁶ Ein Gedenkbuch für die Opfer dieser Gruppe existiert immer noch nicht.

Der Hannoversche Bahnhof hatte eine wechselvolle Geschichte. 1872 als Verbindung in Richtung Süden eröffnet, verlor er ab 1906, als der Hauptbahnhof eingeweiht wurde, an Bedeutung. Er wurde zum Güterbahnhof und diente in Zeiten erhöhten Bedarfs als Kapazitätsreserve, so in der Hochphase der osteuropäischen Auswanderung um 1891 und während des Ersten Weltkrieges. Schon in den 1920er-Jahren war er baufällig. 1931 erwarb ihn eine Abrissfirma, die ihn rückbaute und u. a. die zur Eröffnung hochgelobte Dachkonstruktion aus Eisen und Glas entfernte.

Zeitgenössische Dokumente, die Aufschluss darüber geben, warum der Hannoversche Bahnhof zum Ausgangsort der Deportationen wurde, existieren nicht. Seine abgelegene Lage ermöglichte es, die Deportationen von Juden, Roma und Sinti ohne all zu viele Zeugen durchzuführen. Auch die Deportationszüge aus Norddeutschland konnten in Ruhe rangiert und angekoppelt werden. Damit soll aber nicht gesagt werden, dass um die Deportationen ein Geheimnis gemacht wurde. Während die Verschleppung der Roma und Sinti in aller Frühe stattfand, und sie von der Kriminalpolizei in den im Hafen gelegenen Fruchtschuppen C gebracht wurden, wo sie tagelang festgehalten wurden, bevor sie die Züge besteigen mussten, waren die Deportationen der Juden für alle, die sie sehen wollten, deutlich sichtbar. „Von morgens bis abends strömten sie unter unsern Fenstern mit ihrem Gepäck nach der Moorweidenstraße [...]“⁷ So notierte der in Harvestehude lebende Erwin Garvens am 24. Oktober 1941, einen Tag vor dem ersten Abtransport Hamburger Juden ins Ghetto Łódź, in sein Tagebuch.

Die Bombenangriffe im Sommer 1943 zogen auch den Hannoverschen Bahnhof in Mitleidenschaft. Die Bahnsteige 1 und 2 blieben dabei unversehrt. Von Überlebenden wurde insbesondere der Bahnsteig 2 als jener identifiziert, von dem aus Deportationszüge die Stadt verließen.⁸ 1955 ließ die Bundesbahn das immer noch eindrucksvolle, aber schwer beschädigte Hauptportal, in einem zeitgenössischen Zeitungsartikel als „Wahrzeichen des 19. Jahrhunderts“ cha-

rakterisiert, sprengen.⁹ Weitere Gebäude blieben erhalten und wurden bis zum Abriss im Jahr 1981 von Gewerbetreibenden genutzt. Heute steht nur noch der ehemalige Eilgutschuppen V. Aber auch diesem Bau steht der Abbruch bevor. Bis heute kann nicht endgültig ausgeschlossen werden, dass er im Deportationsgeschehen eine Rolle gespielt hat. Mit der Geschichte des Bahnhofs haben sich bis vor einigen Jahren vor allem Eisenbahn-Historiker beschäftigt. In meist abgelegenen Publikationen wurde das Deportationsgeschehen überhaupt nicht erwähnt oder mit einigen knappen Sätzen abgehandelt.¹⁰

Die Bedeutung des Bahnhofs als konkreter Ort des Terrors, als letzter Ort, den Hamburger Bürgerinnen und Bürger von ihrer Heimatstadt sahen, bevor sie in den Tod geschickt wurden, geriet nach Kriegsende zügig in Vergessenheit. Die pflichtbewussten Bahnbeamten, ohne die die Deportationen nicht hätten durchgeführt werden können, meldeten sich erwartungsgemäß ebenso wenig zu Wort wie die hauptverantwortlichen ehemaligen Mitarbeiter von Gestapo, Kripo und Oberfinanzpräsidium, die überwiegend einen ruhigen Lebensabend verlebten. Die Hamburger Bevölkerung, die im Nationalsozialismus nicht verfolgt worden war, aber auf vielfältige Weise von den Deportationen profitiert hatte, kam ebenfalls nicht auf den Gedanken, die günstigen Schnäppchen, die sie sich auf den Versteigerungen des Besitzes der deportierten Juden oder Sinti angeeignet hatten, wieder herauszugeben. Gesprochen wurde über die deportierten Nachbarn kaum. Selbst die wenigen Überlebenden erwähnten den Bahnhof, auf dem sie in die Deportationszüge getrieben worden waren, nicht. Für sie hatte das eigentliche Grauen doch erst begonnen, als sie ihre Heimatstadt verlassen und nach tagelangen quälenden Reisen an den Orten der Vernichtung angekommen waren. Die Erinnerungen an den Bahnhof waren längst von traumatischen Erfahrungen in den Ghettos und Vernichtungslagern überlagert. Insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren, in einer Gesellschaft, die mehrheitlich einen Schlusstrich unter Nationalsozialismus und Krieg ziehen wollte und sich latent selbst als Opfer begriff, fehlten interessierte Zuhörer, vor denen die zurückgekehrten Deportierten hätten Zeugnis ablegen können.

Als zu Beginn der 1950er-Jahre in Hamburg erste Versuche gemacht wurden, die Erinnerungen der Deportierten zu sammeln, spielte der Bahnhof darin kaum eine Rolle.¹¹ Kein Wunder, stellte er doch nur einen kurzen Moment in einer langen Geschichte von Entrechtung, Verfolgung und Mord dar. Bis in die 1990er-Jahre hinein, als Hamburg seine jüdische Geschichte wiederentdeckt

und begonnen hatte, Interviews mit NS-Verfolgten durchzuführen und systematisch zu sammeln, wurde viel über die Erinnerungen an Hamburg gesprochen, über die Erfahrungen von Ausgrenzung und Unrecht, kaum jedoch über den Hannoverschen Bahnhof.¹² Ihm weisen wir erst heute eine große Bedeutung als Erinnerungsort zu.

Ein erstes und bis 2005 einziges Erinnerungszeichen für den Hannoverschen Bahnhof findet sich, gut versteckt, an der Westseite des Hauptbahnhofes. Dort weist seit 1993 eine Tafel der nicht mehr bestehenden Deutsch-Jüdischen Gesellschaft auf den nahegelegenen Ort und seine Rolle im Deportationsgeschehen hin. Allerdings erwähnt diese Tafel lediglich die Deportationen der Juden, nicht aber die der Roma und Sinti. Damit ist sie ein durchaus typisches Gedenkzeichen. Die Gründe für die nicht nur in Hamburg lange praktizierte Ausblendung der zweiten Opfergruppe sind heute zwar nur noch schwer nachzuvollziehen, sie charakterisieren dennoch das Gedenken an die Deportationen. Jahrzehntlang wurde ausschließlich an die Deportationen der Juden erinnert. Ihre größere Zahl, die Tatsache, dass sie sehr viel mehr zur deutschen Gesellschaft zugehörig betrachtet wurden als die heute immer noch ausgegrenzten Roma und Sinti, die erst in den 1980er-Jahren als Opfer der NS-Verfolgung anerkannt wurden und gegen die nach wie vor weit verbreitete Vorurteile vorhanden sind, mögen Gründe dafür sein.

Das Gedenken an die Deportationen sollte dezentral sein. Es kann sich nicht auf einen Gedenktag beschränken und stellt höhere Ansprüche an die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, denn hier handelt es sich um ein Verbrechen, an dem viele, und keineswegs nur Exzesstäter, beteiligt waren und von dem viele, und bei weitem nicht nur ideologisch Überzeugte, profitierten. Ein Deportationsbahnhof als Ort des Gedenkens ist damit auch ein symbolischer Ort, an dem auf die vielfältige Verflechtung mit dem Verfolgungsgeschehen in der Stadt hingewiesen werden sollte.

Das im November 2004 vorgelegte Gutachten der Forschungsstelle führte dazu, dass am 14. Februar 2005, dem 60. Jahrestag der letzten Deportation nach Theresienstadt, auf dem damals noch recht verwahrlost aussehenden Lohseplatz eine Gedenktafel des Programms „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933–1945“ eingeweiht wurde. Kultursenatorin Karin von Welck kündigte eine Ausstellung über die Deportationen an, mit der die Diskussion über dieses historisch belastete Gelände und einen angemessenen Umgang damit in der Stadt

angeregt werden sollte. Denn zu diesem Zeitpunkt sah die Entwicklung des neuen Stadtteils HafenCity vor, auf dem ehemaligen Deportationsbahnhof Wohnungen und eine Schule zu errichten. Im benachbarten Lohsepark, einem größeren Grünstreifen, der als Stadtteilpark eine ganze Reihe von Funktionen übernehmen sollte, sollte ein Bereich dem Gedenken an die Deportationen gewidmet werden.

Mit der Errichtung der zunächst deutsch-, mittlerweile auch englischsprachigen Gedenktafel war die Diskussion über den Umgang mit diesem historischen Ort einen Schritt weiter, aber keineswegs beendet. Zeitgleich setzte sich die Kulturbehörde dafür ein, unterschiedliche Interessengruppen an einem „Runden Tisch“ zusammenzubringen, der sich regelmäßig austauschen sollte. Hier kamen nach und nach Behördenvertreter, Mitarbeiter der HafenCity, Mitglieder der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen, der Jüdischen Gemeinde, der Rom und Cinti Union, des Auschwitz-Komitees, verschiedener Hamburger Museen sowie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte miteinander ins Gespräch. Diskutiert wurden unterschiedlichste Ideen für die Gestaltung des historischen Geländes: Da gab es die kontrovers beurteilte Idee, im Lohsepark einen „China-Garden“ anzulegen, um damit auf die Bedeutung des Handels mit China zu verweisen. Eine Hamburger Initiative präsentierte ihren Vorschlag, am Ort des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs ein jüdisches Museum einzurichten.¹³ Erörtert wurde auch das Vorhaben, in einem anspruchsvollen Neubau, der an das Portal des Bahnhofs erinnern sollte, ein Holocaust-Forschungszentrum einzurichten. Auch zu erwähnen ist das Vorhaben, als Interimsnutzung bis zur Freigabe des Geländes am Hannoverschen Bahnhof, das heute noch gewerblich genutzt und von langlaufenden Verträgen gebunden ist, Ronald Jones Gartendenkmal „Cosmic Garden“, das 2000 neben dem Museum für Kunst und Gewerbe angelegt worden war, auf den Lohseplatz zu verlegen. Das gartenarchitektonische Kunstwerk basiert auf einem Garten, den ein SS-Arzt im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau vor dem Krematorium angelegt hatte. Dieser Garten konnte auf Luftbildern der US-Air Force identifiziert werden. Der Künstler, dessen Vater der Aufklärungseinheit angehört hatte, die die Fotos gemacht hatte, erblickte darin einen kosmischen, das Paradies symbolisierenden Plan. Mit dieser heute nur schwer nachvollziehbaren Begründung gelang es dem Künstler, sein Gartendenkmal in mehreren Städten weltweit zu realisieren.¹⁴ Der Plan wurde letztlich ad acta gelegt, das Gelände am Lohseplatz Anfang des Jahres 2007 schlicht, aber erkennbar gärtnerisch gestaltet. Sämtlicher Wild-

wuchs bis auf einige Bäume wurde gerodet, Rasen angesät und einige stabile wetterfeste Sitzgelegenheiten aufgestellt. Zugleich wurde eine größere Informationstafel aufgestellt, die nicht nur auf die Deportationen, sondern auch auf die vorangegangenen Funktionen des Bahnhofs eingeht.

Forderungen aus der Gruppe des „Runden Tisches“ nach dem Erhalt des Geländes und der baulichen Relikte des Bahnhofes führten im Jahr 2007 zum ersten von drei baugeschichtlichen Gutachten, mit denen die Kulturbehörde ebenfalls die Forschungsstelle für Zeitgeschichte beauftragte.¹⁵

Im Juni 2007 konnte Ulrich Prehn auf dem von der Kulturbehörde veranstalteten Kolloquium „Der Erinnerungsort Lohsepark in der HafenCity“ wichtige Ergebnisse präsentieren. Die identifizierten, noch existenten Reste des Bahnsteigs 2, von dem zumindest der erste Deportationszug nach Litzmannstadt zweifelsfrei abgefahren ist, wurden daraufhin vorläufig und wenig später dauerhaft unter Denkmalschutz gestellt.

In der Zwischenzeit waren auf Initiative der HafenCity Hamburg und der Kulturbehörde einige Ausstellungsräume in unmittelbarer Nähe des Lohseplatzes besichtigt worden, darunter das Kesselhaus und weitere direkt am Lohseplatz gelegene Räumlichkeiten. Schließlich wurde das in der Nähe des Lohseplatzes gelegene Kunsthaus Hamburg als Ausstellungsort gewonnen, in der die Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945“ seit dem 17. Februar bis zum 26. April 2009 gezeigt wird.¹⁶

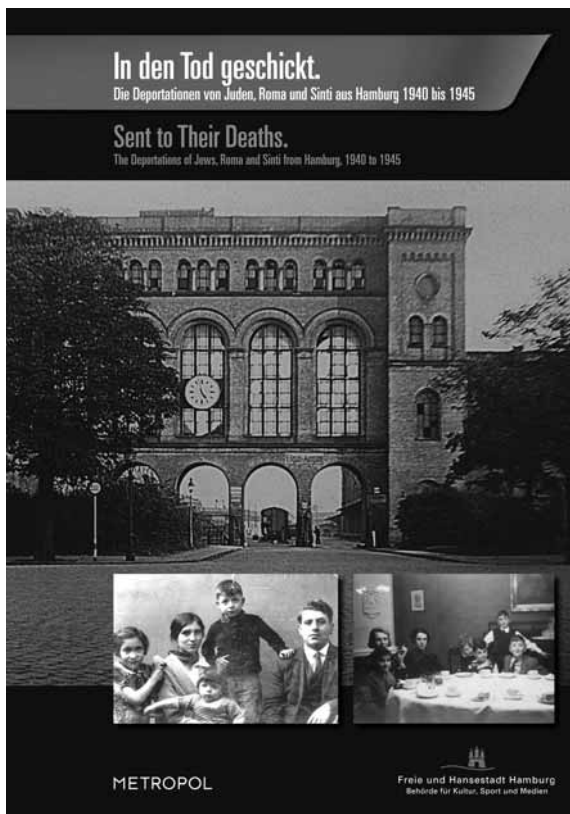
Die Ausstellung geht zunächst knapp auf die wechselvolle Geschichte des Bahnhofs ein. Breiteren Raum nimmt die Darstellung der Ausgrenzung und Verfolgung von Juden sowie Roma und Sinti ein. Neben der Entrechtung wird auch auf die vielfältigen Formen der Selbstbehauptung eingegangen. Ein besonderes Augenmerk gilt den beteiligten Tätern, auf deren Handlungen, Karrieren und Nachkriegsleben in biografischen Porträts verwiesen wird. Insbesondere Informationen über diejenigen, die für die Verbrechen an den Sinti und Roma verantwortlich waren, sind bisher in dieser Dichte nicht zu finden gewesen und werden in Lesemappen zur Lektüre angeboten. Im Zentrum der Ausstellung steht das Deportationsgeschehen selbst, das chronologisch präsentiert wird. Mit individuellen Beispielen wird auf das Schicksal der deportierten Juden, Roma und Sinti eingegangen. Damit wird erstmals beiden Opfergruppen gemeinsam gedacht. Die Perspektive der Betroffenen steht dabei im Mittelpunkt. Die weni-

gen Überlebenden sprechen gewissermaßen stellvertretend für die vielen Ermordeten. In der intensiven Vorbereitungszeit gelang es, für jedes der sechs Deportationsziele ein bis zwei Überlebende in Videointerviews von ihren Erfahrungen erzählen zu lassen.¹⁷

Die Besucherinnen und Besucher erhalten aber auch die Möglichkeit, sich über die Haltung und das Verhalten der nichtverfolgten Hamburger Bevölkerung zu informieren. Die Darstellung der Deportationsereignisse und die Stimmen der Überlebenden werden begleitet von den „Reaktionen der Volksgemeinschaft“, so lautet ein wiederkehrendes Motiv der Ausstellung. Hier werden Dokumente und Aussagen gezeigt, aus denen hervorgeht, was die nichtbetroffene Bevölkerung wusste, wie sie darauf reagierte, wie selten sie sich davon absetzte und wie häufig die Deportationen als ganz normaler Teil des Kriegsalltags betrachtet wurden.

Ein Kapitel der Ausstellung widmet sich der Nachgeschichte der Deportationen, wirft Schlaglichter auf Kontroversen über den Umgang mit der NS-Geschichte und zeichnet die „Wiederentdeckung“ des Bahnhofs, angeregt durch Christopher Brownings Publikation über das Hamburger Reserve-Polizeibattillon 101, in den 1990er-Jahren nach. Obwohl die Deportationen vor aller Augen stattfanden und sie in anderen Städten vielfach fotografisch dokumentiert wurden, existieren von den Hamburger Ereignissen bis heute keine Fotos. Käthe Starke, die die Deportation nach Theresienstadt überlebte, anschließend in ihre Heimatstadt zurückkehrte und später ihre Erinnerungen auf eindrucksvolle Weise niederschrieb, beschreibt die Tatsache, dass bei ihrer Deportation auf dem Bahngleis nicht fotografiert und gefilmt wurde, als Ausnahme.¹⁸ Daher enthält die Ausstellung einen Bereich, in dem Fotos der Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus anderen deutschen Städten gezeigt werden, verbunden mit der Bitte, eventuell vorhandene Fotos dieser Art aus Hamburger Privatbesitz an die Forschungsstelle für Zeitgeschichte zu senden.

Im Januar 2008 berief die Kultursenatorin ein Gremium ein, um die weitere Vorgehensweise hin zu einem dauerhaften Gedenkort in der HafenCity zu planen. Hieran waren als externe Sachverständige Prof. Dr. Stefanie Endlich, Universität der Künste Berlin, und Dipl. Ing. Constanze Petrow, Bauhaus-Universität Weimar, sowie Vertreter aus der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, aus der HafenCity Hamburg GmbH und der Behörde für Kultur, Sport und Medien beteiligt.



Ausstellungskatalog

Nach den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft wurde im April 2008 in dem Koalitionsvertrag von CDU und GAL die gemeinsame Absicht festgehalten, den Lohseplatz zum Gedenkort umzugestalten. Die Steuerungsgruppe legte im Juni 2008 Empfehlungen über den Umgang mit dem Gelände vor, die auf einem Werkstattgespräch über die „Entwicklung eines Gedenkortes in der östlichen HafenCity in Erinnerung an die Deportationen vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof“ am 27. Oktober 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert wurden.

Danach soll in einem mehrstufigen Verfahren unter Änderung des Masterplans für die HafenCity eine Gedenkstätte errichtet werden, die sowohl die baulichen Relikte des Bahnhofs einbezieht, als auch auf den Lohseplatz verweist,

beide Orte mit einer Sichtachse verbindet und schließlich mit einer Dauerausstellung über das Deportationsgeschehen informiert. Da das Gelände zum Teil noch durch laufende Verträge zweckgebunden ist, ist ein Wettbewerbsverfahren für die Gestaltung des Freiraums erst ab 2017 zu erwarten. In den nächsten vier Jahren wird aber in einem direkt am Lohseplatz geplanten Neubau ein Lernort mit einer Dauerausstellung eingerichtet werden. Die Dauerausstellung wird in weiten Teilen auf der in 2009 im Kunsthaus präsentierten Ausstellung basieren. Sie soll von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme betreut werden.¹⁹

Zwar hat Hamburg erst relativ spät damit begonnen, sich mit „seinem“ zentralen Deportationsbahnhof zu beschäftigen, letztlich ist es der Stadt jedoch in vergleichsweise kurzer Zeit gelungen, höchst unterschiedliche Interessen und Gruppen an einen Tisch zu bringen und Einigkeit über die Errichtung eines Ortes der Erinnerung und der Information in der neu entstehenden HafenCity zu erzielen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Linde Apel/Frank Bajohr, Die Deportation von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.), *Zeitgeschichte in Hamburg 2004*, Hamburg 2005, S. 21–63. Das Gutachten enthielt einen Dokumentenanhang, der nicht veröffentlicht wurde.
- 2 Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung mbH (Hg.), *HafenCity Hamburg. Der Masterplan, Hamburg 2000* (Arbeitshefte zur Hafencity, H. 4), S. 35. Vgl. dazu auch: Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung mbH (Hg.), *HafenCity Hamburg. Spuren der Geschichte, Hamburg 2001* (Arbeitshefte zur HafenCity, H. 5), S. 50.
- 3 *Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus, Gedenkbuch*, bearb. von Jürgen Siewemann, Hamburg 1995.
- 4 Forschungsstelle für Zeitgeschichte/Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hg.), *Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945*, Hamburg² 2002.
- 5 Frank Bajohr, Von der Ausgrenzung zum Massenmord. Die Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1945, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), *Hamburg im „Dritten Reich“*, Göttingen 2005, S. 471–518; Beate Meyer (Hg.), *Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Geschichte, Erinnerung, Zeugnis*, Hamburg² 2007.
- 6 Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg (Hg.), *Die nationalsozialistische Verfolgung Hamburger Roma und Sinti. Fünf Beiträge*, Hamburg² 2007 (1. Aufl. 2002).
- 7 *Tagebuch von Erwin Garvens*, Staatsarchiv Hamburg 622-1/124, B2, Bd. 14.
- 8 Vgl. dazu Ulrich Prehn, *Zur Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs bzw. des späteren Hamburg Hauptgüterbahnhofs, Ausgangsbahnhof für die Deportationen Hamburger Juden sowie Hamburger Roma und Sinti in den Jahren 1940 bis 1945*, unter besonderer

- Berücksichtigung der baulichen Veränderungen und der heutigen baulichen Situation, Gutachten im Auftrag der Kulturbehörde, Hamburg 2007 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 7f.
- 9 Wahrzeichen fliegt in die Luft, *Hamburger Anzeiger*, 13. Oktober 1955.
 - 10 Ausschließlich um den heroischen Einsatz der Sonderzüge nach den Bombenangriffen im Sommer 1943 geht es bei Erich Staisch, Hauptbahnhof Hamburg. Geschichte der Eisenbahn in Norddeutschland, Hamburg 1981, S. 86ff.; in Pressedienst der Bundesbahndirektion Hamburg (Hg.), 100 Jahre Eisenbahn Direktion Hamburg 1884–1984, Hamburg 1984, S. 29 wird auf siebzehn Sonderzüge hingewiesen, mit denen „jüdische Mitbürger“ deportiert wurden, ohne die drei Transporte der Sinti und Roma zu erwähnen.
 - 11 Archiv FZH, 6262.
 - 12 Auch in den Interviews der Werkstatt der Erinnerung der FZH wurden Überlebende der Deportationen nur selten über das konkrete Deportationsgeschehen in Hamburg befragt.
 - 13 Vgl. www.jmhamburg.de [20. Januar 2009].
 - 14 Carmen Mörsch über Ronald Jones in: Kreis Steinfurt, Christoph Tannert, Künstlerhaus Bethanien (Hg.), Skulptur Biennale Münsterland, Berlin 2001, S. 156–161, hier S. 158.
 - 15 Vorgelegt im Juni 2007 von Ulrich Prehn, vgl. Anm. 3. Die von Ulrich Prehn und Sylvia Necker im November 2007 vorgelegte zweite Studie enthielt u. a. eine physikalisch-chemische Überprüfung des Betons der erhaltenen Betonkante. Der Auftrag für ein drittes Gutachten über den Fruchtschuppen C sowie über die Bebauung des Lohseplatzes erging Ende 2008. Diese Untersuchung wird im Laufe des Jahres 2009 durchgeführt.
 - 16 Siehe auch www.deportationsausstellung.hamburg.de.
 - 17 Neben Interviews aus der Werkstatt der Erinnerung der FZH stellten Jens Huckeriede, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, das Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma sowie die Shoah-Foundation Interviews zu Verfügung.
 - 18 Käthe Starke, *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder, Impressionen, Reportagen, Dokumente*, Berlin 1975, S. 23.
 - 19 Nähere Informationen über den Diskussionsprozess mit Beiträgen von Stefanie Endlich, Detlef Garbe u. a. in: Linde Apel (Hg.), *In den Tod geschickt. Die Deportation von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg*, Berlin 2009, S. 252ff.

Das Hamburger „Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger“

Nur sehr wenige jüdische Überlebende entschlossen sich nach Ende des Krieges, weiter im „Land der Täter“ zu leben. Sie bildeten kleine jüdische Gemeinden und waren besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit latentem Antisemitismus konfrontiert. Viele Juden strebten danach, das Land zu verlassen. Für jüdische Emigranten kam es ebenfalls nur in Ausnahmefällen in Frage nach Deutschland zurückzukehren.

Zwanzig Jahre nach Kriegsende suchten mehrere deutsche Städte Kontakt zu ihren jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern im Ausland. In den 1960er Jahren sollten Aufrufe in deutschsprachigen jüdischen Emigrantenzeitschriften einen Großteil der Verfolgten ansprechen. Es kamen zahlreiche Antworten mit Bitten um Informationen und mit Einladungswünschen. Der Senat in Berlin war einer der Ersten, der seit 1969 regelmäßig größere Gruppen verfolgter ehemaliger Berlinerinnen und Berliner einlud. Der Hamburger Senat gehörte ebenfalls zu den ersten Städteregierungen in Deutschland, die den Kontakt zu ihren jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern suchte. Einladungen nach Hamburg blieben jedoch für lange Zeit die Ausnahme.

Regelmäßige organisierte Gruppeneinladungen sprach der Senat in Hamburg erst seit den späten 1980er Jahren aus. Das Interesse an den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung war zu dieser Zeit sehr ausgeprägt und äußerte sich nicht nur in städtischen Einladungsprogrammen, sondern auch in der sogenannten Geschichtsbewegung „von unten“. In den 1980er Jahren entschlossen sich zahlreiche Städte, Gemeinden und Initiativen in Deutschland, ihre

ehemaligen Bürgerinnen und Bürger einzuladen, wobei die Besuche sehr unterschiedlich organisiert waren.

Die Entwicklung des Hamburger Besuchsprogramms steht im Mittelpunkt meiner Magisterarbeit, wobei ich folgenden Fragen nachgehen möchte: Welche Gründe hatte der Hamburger Senat, die Kontaktaufnahme bereits in den 1960er Jahren zu initiieren, allerdings erst Jahre später Einladungen zu organisieren, bis dann ab 1991 bis zu fünf Besuchsgruppen jährlich in die Stadt kamen? Welche städtischen Interessen standen hinter der Kontaktaufnahme und hinter der Einladungsinitiative? Wie präsentierte und präsentiert sich Hamburg den Besuchern während der Besuchswoche? Der Programmablauf hat sich seit den 1980er Jahren nur in wenigen Punkten verändert. Die Besucher kommen für sieben Tage in die Stadt. Die Senatskanzlei übernimmt die Organisation der unterschiedlichen Gruppenaktivitäten. Im Programmablauf wechseln sich touristische Besichtigungen Hamburgs mit kulturellen Unternehmungen sowie Besuchen von Gedenkstätten und Ausstellungen ab.

Neben dieser städtischen Repräsentation und den regierungsinternen Diskussionen um das Programm, die in den Akten der Senatskanzlei dokumentiert sind, haben die Mitarbeiter der „Werkstatt der Erinnerung“, dem 1989/90 gegründeten Oral History Archiv der FZH, mit zahlreichen Gästen lebensgeschichtliche Interviews geführt. Im Zentrum der Interviews steht die Erinnerung der Besucher an Hamburg sowie an erlebte Diskriminierungen, Verfolgung, Emigration oder Deportation. In einigen der Interviews finden sich aber ebenso aktuelle Eindrücke vom Besuchsprogramm, von der Stadt, individuelle Empfindungen und persönliche Erlebnisse. Darüber hinaus liegt in der Senatskanzlei und im Staatsarchiv die Korrespondenz der Senatskanzlei mit vielen Teilnehmern des Besuchsprogramms.

Exemplarisch möchte ich zunächst an einigen Interviews herausarbeiten, warum die Gäste die Einladung des Hamburger Senats annahmen. Darüber hinaus ist zu fragen, welche Bedeutung die Einladung für sie hatte und welche mit dem Besuch in Hamburg verbundenen Pläne und Vorüberlegungen im Gespräch präsentiert wurden und wie diese Motive wiederum im Einzelfall mit der individuellen Lebensgeschichte verknüpft sind.

In meiner Magisterarbeit über das vom Hamburger Senat organisierte „Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger“ soll einleitend die Entwicklung des Programms seit seiner Entstehung in den 1960er Jah-

ren nachgezeichnet werden. Der Fokus der Fallstudie liegt aber auf den späten 1980er und den 1990er Jahren, da in diesem Zeitraum aus der Kontaktpflege ein wirkliches Besuchsprogramm wurde. Die Arbeit lässt sich in den Kontext städtischer Erinnerungspolitik einordnen, wobei die Interviews die ungewöhnliche Möglichkeit bieten, persönliche Motive, Ansichten und Reflexionen einer Adressatengruppe in die Untersuchung einzubeziehen. Welche Rolle spielen die Besucher in dem Programm, und auf welche Weise versucht eine Stadt, durch das Besuchsprogramm mit ihren verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern und somit mit der eigenen Vergangenheit umzugehen?

Das FZH-Archiv – jetzt online

In diesem Jahr wurde im Archiv der Forschungsstelle ein entscheidender Schritt zu einer modernen und umfassenden Präsentation unserer Bestände vollzogen: Seit Oktober 2008 ist eine Beständeübersicht über unsere Homepage online aufrufbar. Diese Gesamtübersicht wird in Zukunft laufend um weitere Sammlungs- und Nachlassfindbücher ergänzt werden. Zurzeit sind bereits vier Findbücher in die Übersicht integriert.

Die Daten der Archivpräsentation stammen aus der Access-Datenbank, mit der wir seit zehn Jahren die Bestände verwalten. Während bisher Berichte aus dieser Datenbank in unregelmäßigen Abständen als Archivführer in Papierform veröffentlicht wurden, bietet die leicht zu aktualisierende Online-Präsentation Interessierten jetzt eine neue, zu jeder Zeit und von jedem Ort aus abrufbare Informationsmöglichkeit.

Mein Dank richtet sich an Karsten Wolff, der die nötige Schnittstelle zur Konversion der Access-Daten entwickelte und ohne dessen ausdauernde Anleitung und Beratung die Online-Präsentation nicht zu realisieren gewesen wäre.

Die FZH verbindet mit dieser Neuerung die Hoffnung auf steigende Benutzerzahlen im Archiv. Wir möchten dabei in keiner Weise mit den staatlichen Archiven konkurrieren, sondern wir verstehen uns als ein Ort, an dem zeitgeschichtlich relevante Bestände verwahrt werden können, die an den Zugängskriterien staatlicher Archive gescheitert wären oder für die ein Aufbewahrungsort außerhalb dieser Archive gesucht wurde. Mit diesem Ansatz haben wir Erfolg, wie die umfangreichen Zugänge auch für das Jahr 2008 beweisen.

Bisher wurden die institutsinternen Projekte der FZH und zahlreiche Forschungsvorhaben von anderen WissenschaftlerInnen effektiv unterstützt. Durch die detaillierte Online-Präsentation können jetzt noch mehr Interessierte entdecken, zu welcher Themenvielfalt in den letzten fast 50 Jahren Unterlagen im FZH-Archiv zusammengetragen wurden. Speziell für Forschungen zur hamburgischen und norddeutschen Geschichte finden sich bei uns reichhaltige und zentrale Quellen. Mit dem neuen Online-Angebot sind wir der Aufgabe nachgekommen, unsere Bestände einem erweiterten Publikum bekannt zu machen.

Für die technische Umsetzung der Online-Präsentation nutzen wir das kostenfreie Programm MEX (Midosa Editor for XML-Standards). Das Programm ermöglicht die Erfassung der Archivbestände im international standardisierten EAD-Format (Encoded Archival Description) und bietet gleichzeitig die Funktionalität der einfachen Erzeugung von Internetpräsentationen. Es wurde vom Bundesarchiv in Zusammenarbeit mit einer Bonner Softwarefirma entwickelt und soll langfristig dem Aufbau eines deutschen Archivportals dienen. Gefördert wird dieses Projekt von der Andrew W. Mellon Foundation und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wir danken dem Bundesarchiv und hier speziell Frau Prof. Dr. Menne-Haritz und ihrem Team für bereitwillige Unterstützung, die es dem FZH-Archiv ermöglicht hat, als erstes nichtstaatliches Archiv seine Bestände mit dem Programm MEX-G(uide) zu präsentieren.

Eine knappe und informative Darstellung der Entstehungsgeschichte und der internationalen Anwendung des EAD-Regelwerks gibt: Bernhard Grau, Die „Encoded Archival Description“ als standardisierter Weg zur Erstellung von Online-Findmitteln, München 2005 (in: < <http://www.gda.bayern.de/eadgrau.htm> > [02.01.2009]). Inzwischen liegen die notwendigen Hilfsmittel zur Arbeit mit EAD in deutscher Übersetzung vor, und das Bundesarchiv hat mit der Präsentation seiner SAPMO-Bestände eine Referenzanwendung geschaffen (in: < http://www.bundesarchiv.de/aufgaben_organisation/abteilungen/sapmo/ > [02.01.2009]). Die staatlichen Archive in den neuen Bundesländern planen darüber hinaus einen Prototyp für ein deutsches Archivportal, an dem sich alle interessierten Archive künftig beteiligen können.

Mit der Entscheidung für MEX haben wir die Möglichkeit geschaffen, unsere Findmittel in diesem geplanten virtuellen Zusammenschluss deutscher Archive ohne zusätzlichen Aufwand zu präsentieren. Die Planungen der großen staatlichen Archive gehen noch weit über die Veröffentlichung ihrer Findmittel

hinaus: Das Pilotprojekt des Bundesarchivs nutzt die MEX-Option der Einbindung von digitalisiertem Archivgut und ermöglicht es so, am lokalen Bildschirm in den Akten selbst zu „blättern“ (in: < <http://www.bundesarchiv.de/findbuecher/sapmo/Zdaofind/> > [02.01.2009]).

In diesem Punkt stößt das kleine, personell knapp ausgestattete Archiv der FZH an seine Grenzen. Die wenigen von uns veröffentlichten Digitalisate in ausgewählten Sammlungs- und Nachlassfindbüchern haben nur illustrative Funktion; weitergehende Aktivitäten in diese Richtung sind nicht geplant.

Stattdessen streben wir an, in möglichst kurzer Zeit die Zahl der in die Beständeübersicht integrierten Findbücher zu erhöhen, um so noch detaillierter über unsere Bestände informieren zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die folgenden Findmittel in der Übersicht einsehbar:

Nachlass Otto Piehl [1906–1999, Schlosser, ab 1934 Exil in Skandinavien, ab 1954 Filmarbeit für die IG Metall],

Nachlass Dr. Hans Robinsohn [1897–1981, Kaufmann und DDP-Politiker in Hamburg, ab 1934 im liberalen Widerstand, Exil in Skandinavien, Publizist und Vorsitzender der Humanistischen Union],

Beate-Uhse-Archiv [1919–2001, Hauptmann der Luftwaffe, 1945 Flucht nach Schleswig-Holstein, Gründerin eines Erotik-Versandhauses in Flensburg],

Diasammlung „Junge Falken“ [Aktivitäten der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Hamburg und Altona Ende der 1920er Jahre].

Die Online-Beständeübersicht (in: < <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de/archiv.html> >) bildet den Aufbau des FZH-Archivs in strukturierter Form ab. An den entsprechenden Stellen sind die integrierten Sammlungs- und Nachlassfindbücher durch Links gekennzeichnet. Übersicht und Findbücher sind mit jeweils eigenen Volltextsuchen ausgestattet. Im Feld „?“ (Hilfe) der Menüleiste geben wir nützliche Hinweise zur Arbeit mit den Findmitteln.

Potentiellen Nutzern und Nutzerinnen wünschen wir ergiebige Recherchen in der Übersicht. Vor Archivbesuchen bitten wir um eine kurze Anmeldung und um eine genaue Bezeichnung der gewünschten Unterlagen mit Bestands-

nummer und Aktentitel. Haben Sie Fragen oder Anregungen zur Präsentation, sind wir für eine Nachricht dankbar.

Nach einem halben Jahr intensiver Arbeit an der Online-Präsentation stehen wir zwar noch am Anfang, haben aber schon vielfältige Erfahrungen sammeln können. An einem Austausch mit anderen Archiven über die Arbeit mit MEX sind wir deshalb sehr interessiert.

Tätigkeitsbericht der FZH

für das Jahr 2008

1. Personal und Gremien der FZH (Stand 31.12.2008)

DIREKTOR (UND VORSTAND)

Prof. Dr. Axel Schildt

STELLV. DIREKTORIN

(UND STELLV. VORSTAND)

Prof. Dr. Dorothee Wierling

**WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN
UND MITARBEITER**

Dr. Lars Amenda (bis 22.2.2008)

Dr. Knud Andresen (seit 1.3.2008)

Dr. Frank Bajohr

Christiane Berth, M.A.

Dr. Monika Bloss (seit 1.7.2008)

Prof. Dr. Ursula Büttner

Dr. Wiebke Kolbe (seit 1.4.2008)

Dr. Christoph Strupp

(seit 1.9.2008)

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Kristina Vagt, M.A.

**POSTDOC-STIPENDIUM DER
GERDA HENKEL STIFTUNG**

Dr. Malte Thießen

**POSTDOC-FORSCHUNGSTIPENDIUM DER
STIFTUNG DEUTSCHE GEISTESWISSEN-
SCHAFTLICHE INSTITUTE IM AUSLAND**

Dr. Christoph Strupp (bis 31.5.2008)

**DOKTORANDENSTIPENDIUM DER ZEIT-
STIFTUNG EBELIN UND GERD BUCERIUS**

Sylvia Necker, M.A.

**DOKTORANDENSTIPENDIUM DER
„STIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER
SED-DIKTATUR“**

Monika Sigmund, M.A.

LEKTORAT DER FZH-PUBLIKATIONEN

Joachim Szodrzynski

BIBLIOTHEK

Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt, M.A.
Dipl. Bibl. Jens Querling
(bis 30.4.2008)
Dipl. Bibl. Diana Schmitz, M.A.
(seit 1.7.2008)

ARCHIV UND DOKUMENTATION

Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis
Ewald Dawid
Dr. Christian Hannen

**SEKRETARIAT UND
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

Maike Raap, M.A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig

**ASSISTENTIN DES SCHRIFTFÜHRERS
DES VERBANDES DER HISTORIKER UND
HISTORIKERINNEN DEUTSCHLANDS**

Nora Helmlí, M.A. (bis 31.10.2008)

Im Rahmen der Forschungsprojekte sowie in Bibliothek, Archiv und Werkstatt der Erinnerung (WdE) waren acht Praktikantinnen und Praktikanten bzw. Hospitanten von vier Wochen bis zu drei Monaten beschäftigt, außerdem unterstützten uns studentische Hilfskräfte sowie Schreibkräfte auf Honorarbasis (vor allem in der WdE).

KURATORIUM

Dr. Herlind Gundelach

Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz

Erhard Pumm

Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender Vorsitz

Reiner Adam

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Constanze Bredenbreucker

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH

Klaus Francke

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Prof. Dr. Angelika Schaser

Vertreterin der Präsidentin der Universität Hamburg

Dr. Martin Schmidt

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Universität Kiel, Vorsitzender

Prof. Dr. Barbara Vogel

Universität Hamburg, Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej

Universität Warschau

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel

Universität Tübingen

Prof. Dr. Knut Hickethier

Universität Hamburg

Prof. Dr. Simone Lässig

Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung,
Braunschweig

Prof. Dr. Christof Mauch

Universität München

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Universität Hannover

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze

Universität zu Köln

2. Forschung

Konzeptionelle Grundlagen der Forschung werden regelmäßig mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert, die derzeit in fünf Schwerpunkten angesiedelt sind. Dabei lassen sich eine Reihe von Forschungsprojekten in verschiedene Schwerpunkte einordnen. Wegen besserer Übersichtlichkeit werden solche Überschneidungen bzw. Verbindungen nicht eigens aufgeführt.

a) Die NS-Herrschaft in Hamburg und Norddeutschland (einschließlich ihrer Voraussetzungen und Folgen)

Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Konsulatsberichte über die deutsche Gesellschaft in der NS-Zeit 1933–1945
(Koordination: Dr. Frank Bajohr)

In dem von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Projekt werden die Berichte untersucht, die Konsuln zwölf verschiedener Staaten über das nationalsozialistische Deutschland bzw. die deutsche städtische Gesellschaft 1933–1945 verfasst und an ihre jeweiligen Heimatländer gesandt haben. Ein besonderes Interesse gilt dabei der Außenwahrnehmung NS-Deutschlands vor dem Hintergrund traditioneller Deutschlandbilder in den jeweiligen Ländern, der Wahrnehmung des Verhältnisses von NS-Herrschaft und deutscher Bevölkerung sowie der Verfolgung der Juden, mit der Konsulate häufig wegen der Zuteilung von Visa in besonderer Weise konfrontiert waren.

Die Bearbeiter der einzelnen Länder im In- und Ausland haben die Auswertung der Quellen und die Arbeit an den vorgesehenen umfangreicheren

Aufsätzen fortgesetzt. Beiträge über die USA, Großbritannien, Polen, Costa Rica und andere Länder liegen vor. Die Ergebnisse werden auf einer Konferenz in Hamburg am 27./28.2.2009 vorgestellt und diskutiert. Anschließend wird die Veröffentlichung der Projektergebnisse vorbereitet. Geplant ist ein Abschlussband, der die Aufsätze über die Konsulatsberichte der untersuchten europäischen und außereuropäischen Länder sowie eine Dokumentation der jeweiligen wichtigsten Berichte enthält.

Volksgemeinschaft. Neue Perspektiven auf die
Gesellschaft des Nationalsozialismus

(Bearbeiter: Dr. Frank Bajohr in Kooperation mit Prof. Dr. Michael Wildt,
Hamburger Institut für Sozialforschung/Universität Hamburg)

Aufbauend auf der Sektion „Ungleichheiten in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ auf dem Deutschen Historikertag in Dresden 2008 soll ein Sammelband entstehen und Ende 2009 publiziert werden, der die neuesten Forschungsergebnisse zur deutschen Gesellschaft in der NS-Zeit aus der Perspektive der „Volksgemeinschaft“ analysiert. Mit Beiträgen von: Frank Bajohr, Thomas Etzemüller, Birthe Kundrus, Beate Meyer, Armin Nolzen, Sybille Steinbacher, Dietmar Süß, Malte Thießen, Michael Wildt, Gerhard Wolf.

Die Hamburger Hochbahn AG im „Dritten Reich“

(Bearbeiter: Dr. Christoph Strupp)

Das von der Hochbahn AG für ein Jahr geförderte Forschungsprojekt hat im September 2008 begonnen. Ziel ist die Erstellung einer kleineren Monografie, in der die Geschichte des gemischtwirtschaftlich verfassten Hamburger Nahverkehrsunternehmens für die 1930er und 1940er Jahre erstmals wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Obwohl der öffentliche Nahverkehr schon im späten 19. Jahrhundert für die industrialisierten Großstädte in Deutschland und Amerika unverzichtbar war, sind Nahverkehrsunternehmen bisher selten zeithistorisch untersucht worden. Das Projekt bietet die Chance, über den lokalen Rahmen hinaus im Schnittpunkt von NS-Geschichte, moderner Unternehmensgeschichte und Verkehrsgeschichte einen wichtigen Forschungsbeitrag zu leisten.

Inzwischen ist die Auswertung des Firmenarchivs der Hochbahn, diverser Bestände des Hamburger Staatsarchivs, des Archivs der FZH und der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen. Vollständig er-

fasst wurden auch die gedruckten Quellen, darunter die Hochbahn-Betriebszeitschrift „Stirn und Faust“, die von 1933 bis Ende 1944 erschien. Das Manuskript der Studie soll im September 2009 vorliegen.

Deportationsort Hannoverscher Bahnhof
(Koordination: Dr. Linde Apel)

Die Kulturbehörde beauftragte die Forschungsstelle für Zeitgeschichte 2008 (wie schon 2007) mit Rechercheaufträgen zur Geschichte des Fruchtschuppens C und seiner Rolle im Deportationsgeschehen sowie über noch erhaltene Spuren auf dem Gelände des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs und des Lohseplatzes. Recherchierend tätig waren wieder Ulrich Prehn und Sylvia Necker. Dabei gelang es, mit Zeitzeugen zu sprechen, die im Fruchtschuppen, dem Sammellager vor den Deportationen der Roma und Sinti, interniert waren. Die Rechercheaufträge waren direkte Folge der auf dem Kolloquium zum „Erinnerungsort Lohseplatz in der HafenCity“ am 18. Juni 2007 von Ulrich Prehn vorgestellten Ergebnisse der Recherchen zur Baugeschichte aus dem Jahr 2007 (siehe Zeitgeschichte in Hamburg 2007, „Deportationsort Hannoverscher Bahnhof“, S. 102f.) und stehen in Zusammenhang mit der Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs und am Lohseplatz.

2008 wurde von der Behörde für Kultur, Sport und Medien eine Ausstellung über die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs und des damit verbundenen Deportationsgeschehens in Auftrag gegeben, die vom 17. Februar bis 26. April 2009 im Kunsthaus Hamburg gezeigt werden soll. Dazu erscheint ein zweisprachiger Katalog und eine Präsentation der Ausstellung im Internet (www.hamburg.de/deportationsausstellung).

Zur Vorbereitung berief die Kulturbehörde einen wissenschaftlichen Beirat, der aus Vertreterinnen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde, der Rom und Cinti Union, der Kulturbehörde, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, des Hamburger Instituts für Sozialforschung, des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, der Landeszentrale für politische Bildung und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte besteht. Kuratorin der Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945“ ist Linde Apel (FZH). Als ausstellungs- und museumserfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde Kristina Vagt (FZH) gewonnen, weitere Kolleginnen und Kollegen unterstützen die umfangreichen Recherchen.

Nach der Verfolgung allein gelassen. Der Umgang von Briten und Deutschen mit den Opfern des Nationalsozialismus, 1945 bis 1955
(Bearbeiterin: Prof. Dr. Ursula Büttner)

Durch Diskriminierung und Verfolgung, Vertreibung aus Deutschland, Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, Verschleppung in die Vernichtungslager waren im „Dritten Reich“ viele Menschen aus der deutschen Gesellschaft herausgerissen worden. Ihre Wiedereingliederung war nach dem Ende der NS-Herrschaft eine wichtige soziale, politische und moralische Aufgabe. Für die Verfolgten waren die Erfahrungen mit der Umwelt ein wesentlicher Faktor bei dem Versuch, zu einem „normalen“ Leben zurückzufinden. Diese Thematik wird in dem Projekt für die Britische Zone und, soweit es um die Deutschen geht, schwerpunktmäßig für Hamburg untersucht.

Die Situation der Überlebenden der Verfolgung war zunächst in starkem Maß von der Politik der Besatzungsmächte abhängig. Schon bald gewannen auch die Entscheidungen deutscher Behörden und Politiker sowie die Einstellung der deutschen Gesellschaft zu den Verfolgten zunehmende Bedeutung. Im Umgang mit den einzelnen Gruppen von NS-Opfern gab es signifikante Unterschiede, die von den politischen Rahmenbedingungen abhingen: von den britischen Interessen in Palästina, den Finanzkalamitäten der Britischen Zone bzw. Hamburgs, dem wachsenden Antikommunismus, antisemitischen Vorurteilen und vielen anderen Faktoren. Exemplarisch sollen drei große Gruppen untersucht werden:

- die Überlebenden des Judenmords,
- die Opfer politischer Verfolgung,
- die früh zurückgekehrten Remigranten.

Von besonderem Interesse ist das Wechselspiel zwischen der britischen Militärregierung und den deutschen Stellen auf der einen und der Perspektive der Verfolgten sowie der deutschen Mehrheitsbevölkerung auf der anderen Seite. Durch diese doppelte Blickrichtung verspricht das sozial- und mentalitätsgeschichtliche Projekt grundlegende Erkenntnisse über die innere Verfassung der deutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit und ihre Einstellung zum Nationalsozialismus. Ausgewertet werden für das Projekt britische und deutsche Akten, Politiker-Nachlässe, publizistische Quellen, Unterlagen der Verfolgten- und Hilfsorganisationen sowie autobiografische Zeugnisse.

Zeugen des Hamburger „Feuersturms“ und ihre Familien –
ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen
Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen
(Bearbeiter: Dr. Malte Thießen)

Der „Feuersturm“ steht als Begriff für die schweren Luftangriffe auf Hamburg vom Juli 1943, über 34 000 Menschen verloren dabei ihr Leben. Als stadtgeschichtlich tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts brannten sich die Bombennächte in Hamburgs Stadtbild und -geschichte ein. Zugleich ist über die persönlichen und familiären Auswirkungen dieser Kriegserfahrung wenig bekannt. Wie gingen die Betroffenen mit den Folgen der Zerstörungen und ihren Verlusterfahrungen um? Wie wurde in den Familien über die Erlebnisse des Krieges gesprochen? Welche Bedeutung hatten bzw. haben diese Erzählungen des „Feuersturms“ für die Familiengeschichte? Mit diesen Fragestellungen erforscht das Projekt das Hamburger Familiengedächtnis zum Krieg.

Auf der Basis von mittlerweile über 100 Interviews mit Zeitzeugen, deren Kindern und Enkeln konnten bereits erste Antworten auf diese Fragen in Vorträgen und Publikationen vorgestellt werden. Demnach scheint der „Feuersturm“ auch deshalb bis heute als Erinnerung sehr präsent zu sein, weil er für die Zeitzeugen ein biografischer Fixpunkt ist, mit dem sich der Luftkrieg zu einer sinnvollen Erfahrung (v)erklären lässt. In der Retrospektive dient daher selbst ein schreckliches Ereignis wie der „Feuersturm“ durchaus positiv der persönlichen Identitätsstiftung. Ähnliches lässt sich für den familiären Umgang mit dem Luftkrieg beobachten: In Familiengesprächen werden in erster Linie Erzählungen tradiert, die ein positives Selbstbild der Zeitzeugen und den familiären Konsens stützen. Befördert werden solche sinnstiftenden Rekonstruktionsprozesse zudem von öffentlichen Erinnerungen, von Deutungen des „Feuersturms“ in Fernsehsendungen, Zeitungsartikeln, Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen, die als ‚geliehene Erinnerungen‘ in die Lebens- und Familiengeschichte integriert werden.

Ob neben diesen Sinnstiftungsprozessen auch verstörende oder gar traumatisierende Erfahrungen bewahrt und weitergegeben werden, ist eine der Untersuchungsfragen der kommenden Monate. Bis März 2009 sollen die letzten Enkel- und Familieninterviews abgeschlossen und die parallel laufende Fragebogenuntersuchung ausgewertet sein. Von diesen Daten erhoffen wir uns weitere Auskünfte über unbewusste Tradierungsprozesse und Abwehr- oder Ver-

drängungsmechanismen, die mit bisherigen Ergebnissen verglichen werden sollen. Diese Untersuchungen erfolgen weiterhin in interdisziplinärer Zusammenarbeit von FZH und Psychoanalytikern des Universitätskrankenhauses Eppendorf (UKE). In der gemeinsamen Auswertung von Interviews und Fragebögen sollen nicht nur Bedeutungen des Luftkriegs als Lebens- und Familiengeschichte untersucht, sondern zugleich gemeinsame Forschungsfelder von Psychologen und Historikern erkundet werden. In seinem zeitgeschichtlichen Teil wird das Projekt seit Januar 2007 von der Gerda Henkel Stiftung gefördert.

Social Memory and Historical Justice. How Democratic Societies Remember and Forget the Victimisation of Minorities in the Past
(Bearbeiterin Dr. Linde Apel)

Ein erster international besetzter Workshop des Projekts fand am 14. und 15. März 2008 an der Swinburne University of Technology in Melbourne mit Referentinnen und Referenten aus Australien, Neuseeland, Argentinien, Großbritannien und Deutschland statt. Die Tagung war stark geprägt von der kurz zuvor veröffentlichten offiziellen Entschuldigung der australischen Regierung bei den Aborigines, insbesondere bei der „stolen generation“, für die sich einige der australischen Kolleginnen und Kollegen über Jahre hinweg eingesetzt hatten. Der Beitrag der Bearbeiterin befasste sich mit Interviews, die im Kooperationsprojekt „Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms“ entstanden sind. Eine Auswahl der Tagungsbeiträge wird im Frühjahr 2010 im Journal for Social History veröffentlicht werden.

Walter Kempowskis Biografien-Archiv
als Phänomen der Erinnerungskultur
(Bearbeiterin: Dr. Gudrun Wedel)

Das von der Lotte Köhler-Stiftung geförderte Projekt über die Bedeutung des Schriftstellers Walter Kempowski und seines Archivs für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik wurde auf Bitten der Bearbeiterin vorübergehend unterbrochen, da das in der Berliner Akademie der Künste befindliche Kempowski-Archiv wegen Renovierungsarbeiten zur Zeit nicht zugänglich ist.

b) Hamburgische Eliten im 20. Jahrhundert

In diesem Forschungsschwerpunkt sollen die Bedingungen, Funktionsmechanismen und Formen der Konstruktion und Selbstkonstruktion von Eliten im Sinne von wirtschaftlicher Macht sowie kultureller Hegemonie am Beispiel des städtischen Raumes Hamburg analysiert werden. Dabei sollen biografische Studien, Arbeiten über verschiedene professionelle Gruppen, die den Eliten zugeordnet werden, über Orte elitärer Sozialisation, politischer und wirtschaftlicher Macht sowie informeller Gesellung erstellt werden. Konzeptionell wird die Verbindung von Stadtgeschichte und Elitenforschung als besonders tragfähig angesehen.

Erik Blumenfeld (1915–1997). Eine Biografie
(Bearbeiter: Dr. Frank Bajohr)

Erik Blumenfeld gehörte als Unternehmer, Häftling in Auschwitz und Buchenwald, Landesvorsitzender der CDU Hamburg, Abgeordneter des Deutschen Bundestages, des Europäischen Parlamentes und der Hamburgischen Bürgerschaft sowie als Präsident der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ zu den profiliertesten politischen Persönlichkeiten Hamburgs im 20. Jahrhundert. Die Biografie porträtiert ihn einerseits als liberalen Grenzgänger in der politischen Kultur der Bundesrepublik, andererseits als typischen Repräsentanten verschiedener Gruppierungen und Strömungen: Als typischen Vertreter der ehemaligen „jüdischen Mischlinge“ in der bundesdeutschen Politik, die sich national wie international als „Brückenbauer“ verstanden; als typischen Repräsentanten hamburgischer Handelsinteressen und der dominierenden außenpolitischen Orientierungen in der Hansestadt, die durch enge atlantische Bindungen, europäische Integration und eine frühe Versöhnungspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa gekennzeichnet waren, als typischen Gentleman- und Eliten-Politiker, der seit den sechziger Jahren zum Auslaufmodell wurde, schließlich als Vertreter der ersten Generation bundesdeutscher Politiker, als Enkel Adenauers, der sich gleichwohl seit Ende der fünfziger Jahre von seinem politischen Mentor emanzipierte und ein christdemokratischer Vertreter der Liberalisierung der Bundesrepublik wurde. Trotz oder wegen seiner Rolle als politischer Grenzgänger personifizierte Blumenfeld die Staatsräson der (alten) Bundesrepublik geradezu idealtypisch. Die Niederschrift einer Monografie ist abgeschlossen. Die Veröffentlichung soll 2009 oder 2010 erfolgen.

Rauch und Macht. Die Firma Reemtsma 1920–1961

(Bearbeiter: Dr. Tino Jacobs)

Das von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius geförderte Dissertationsprojekt wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Arbeit wurde im Herbst 2008 in der Reihe „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ der FZH publiziert.

„Das Büro Gutschow“. Das Selbstverständnis deutscher Architekten im 20. Jahrhundert am Beispiel des Hamburger Architekturbüros von Konstanty Gutschow. Eine Professionsgeschichte

(Bearbeiterin: Sylvia Necker, M.A.)

Im Mittelpunkt des von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius geförderten Dissertationsprojektes steht die Geschichte des Architektur-Büros von Konstanty Gutschow zwischen 1929 und 1975. Ausgehend von dem Büro, in dem zeitweise 150 Architekten Hamburger Großprojekte planten, verknüpft die Untersuchung zwei Forschungsperspektiven miteinander. Zum einen werden die Planungen des Büros in die Geschichte des Städtebaus in Hamburg eingeordnet und bewertet. Zum anderen bildet das Büro Gutschow eine Folie, auf der die Entwicklung des Selbstverständnisses deutscher und europäischer Architekten nachgezeichnet werden kann.

Mit den drei Untersuchungsebenen Büro – Städtebau – Profession ist das Projekt innerhalb der modernen Stadtforschung sowie zwischen den Disziplinen Architekturgeschichte, Kunstgeschichte und Zeitgeschichte verortet. Im Hamburger Architekturbüro von Konstanty Gutschow formierte sich in den 1930er und 1940er Jahren ein bedeutender Zusammenschluss aus Experten; exemplarisch können auf breiter Quellenbasis – Denkschriften, Dokumentationen, Planungs- und Bildmaterial – Brüche und Kontinuitäten eines „Denkkollektivs“ aufgezeigt werden: modernes Ordnungsdenken bestimmte stadtplanerische Entwürfe und das Selbstverständnis der Akteure, in einem vermeintlich unpolitischen Beruf tätig zu sein. Die Ideen, Vorstellungen und konkreten Arbeiten der Architekten des „Büro Gutschow“ werden in diesem Projekt analysiert und innerhalb des ambivalenten „Projekts der Moderne“ des 20. Jahrhunderts verortet, vor allem hinsichtlich des Verhältnisses von Stadt und Land und der Ordnungskonzepte für das städtische Gemeinwesen. Der Umstand, dass das „Büro Gutschow“ über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg existierte, bie-

tet einen spannungsreichen Hintergrund für die Darstellung biografischer und professionsgeschichtlicher Kontinuitäten und Brüche.

c) Öffentlichkeit und populäre Kulturen

Zum Verhältnis von sozialer Realität und dichterischer Fiktion
im Werk von Schriftstellern 1930–1950

(Bearbeiter: Joachim Szodrzynski)

Die Arbeit befindet sich im fortgeschrittenen Stadium der Niederschrift. Nach der Ausweitung des Untersuchungszeitraums (ursprünglich 1943 bis 1953) gliedert sie sich in drei Kapitel von jeweils etwa hundert Seiten, die – schwerpunktmäßig jeweils anhand eines Schriftstellers (Hermann Kasack, Felix Hartlaub, Hans Erich Nossack) – die Phasen der „Normalität“ des „Dritten Reiches“, des Kriegs und der Nachkriegszeit behandeln.

Schlachtfeldreisen. Tourismus und Gedenken seit dem
Zweiten Weltkrieg

(Bearbeiterin: Dr. Wiebke Kolbe)

Das von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Projekt befindet sich in der ersten Phase der Materialsichtung, -erhebung und -auswertung. Das Projekt besteht aus drei Fallstudien mit unterschiedlichen Perspektiven, die parallel bearbeitet werden. Für die Fallstudie zu den Reiseanbietern wurden zunächst die Mitgliederzeitschrift und die jährlich erscheinenden Reisekataloge des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge systematisch ausgewertet. Für die Fallstudie zur Perspektive der Reisenden wurden Interviews geführt sowie schriftliche Reiseberichte und Fotoalben ausgewertet. Für die Fallstudie zur Normandie als einer Zielregion von Schlachtfeldreisen wurden die in Deutschland zugänglichen Quellen und Literatur ausgewertet sowie ein längerer Archivaufenthalt in Frankreich vorbereitet, der 2009 durchgeführt werden soll.

Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung
der 1960er und 1970er Jahre

(Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Das Projekt ruht seit 2008 wegen der starken Beanspruchung der Bearbeiterin durch die Vorbereitungen zur Ausstellung über den Deportationsort Hanoverscher Bahnhof (s. o.).

Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation.
Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Im Zentrum des von der DFG seit März 2008 geförderten Projekts stehen die Pluralisierung der Lebenswelten bei Jugendlichen in der Arbeitswelt und die spezifische Ausprägung der kulturellen Liberalisierung. Die Gewerkschaften als wichtigster Akteur der Arbeitnehmer in den industriellen Beziehungen waren eine wichtige Schnittstelle zwischen informellen jugendkulturellen und institutionellen Einflüssen. Als erste Schritte wurde wissenschaftliche und ‚graue‘ Literatur umfangreich ausgewertet sowie Archive in Hamburg und Bonn aufgesucht. Systematisch wurden Unterlagen zu Aktionen von Lehrlingen bearbeitet.

Erste Projektergebnisse, vor allem zur sogenannten ‚Lehrlingsbewegung‘, wurden auf Tagungen vorgestellt und werden in mehreren Artikeln 2009 der Fachöffentlichkeit präsentiert. Es konnte gezeigt werden, dass der Zusammenhang von Lehrlingsbewegung und Bildungsreformdebatte der 1960er Jahre bisher zu wenig in der Forschung berücksichtigt wurde. Die berufliche Bildung als für die große Mehrzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen prägende Lebensumwelt unterlag in den 1960er und 1970er Jahren weitreichenden Änderungen und ist als ein gesellschaftliches Spannungsfeld der Arbeitswelt zu identifizieren. Dabei waren die Auseinandersetzungen auch von einer stark politisierten Jugendkultur geprägt, die mit weitgespannten politischen sowie kulturellen Forderungen auftraten, was zu betrieblichen Auseinandersetzungen führte. Die Gewerkschaftsjugend erlebte eine Radikalisierung, die sich in innergewerkschaftlichen Konflikten und in einer „antikapitalistisch“ ausgerichteten Bildungsarbeit äußerte. Nach dem Ende des Booms 1973/74 rückte die Frage der Jugendarbeitslosigkeit in den Vordergrund. Als nächste Arbeitsschritte sind weitere Archivrecherchen in Bonn und Berlin sowie die Präsentation neuer Arbeitsergebnisse auf mehreren Tagungen geplant.

Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen. Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Experten-Politik und bürgerschaftlichem Engagement 1949–1989

(Bearbeiter: PD Dr. Georg Wagner-Kyora)

Ein gemeinsames Projekt von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Leibniz-Universität Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (FZH)

Im Jahr 2008 konnte die Forschungsarbeit an dem von der DFG geförderten Projekt „Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“, begleitend zu einer Vertretung der Professur für Geschichtsdidaktik/Geschichtskultur an der Leibniz-Universität Hannover (Wintersemester 2008/9 und Sommersemester 2009), fortgesetzt werden. Hierzu zählte vor allem die Fertigstellung von Publikationsbeiträgen. Ab Oktober 2008 konnte mit der Sondierung des Materials für die Abfassung einer Monografie zur vergleichenden Stadtgeschichte des Wiederaufbaus in neun bundesdeutschen Städten begonnen werden, die Anfang 2009 abgeschlossen werden soll. Ein Vortrag auf der Tagung der europäischen Stadthistoriker (EAUH) in Lyon widmete sich dem Wiederaufbau des Braunschweiger Schlosses. Die Monografie zu diesem Thema konnte 2008 fertig gestellt werden und erscheint im Januar 2009. Weitere Vorträge zum Thema der Elitenforschung wurden in Warschau und München gehalten.

Schließlich konnte der Bearbeiter einen umfangreichen Kreis vor allem deutscher und europäischer Fachkollegen für eine internationale Tagung gewinnen, die im September 2009 in Hamburg stattfinden soll. Das Thema lautet: „Wiederaufbau der Städte: Europa seit 1945/Rebuilding European Cities: Reconstruction-Policy since 1945“. Ein entsprechender Antrag auf Finanzierung ist von der DFG begutachtet worden.

Afroamerikanische Musik in Deutschland von 1945 bis 1990.

Mediale Vermittlung und kultureller Gebrauch

(Bearbeiterin: Dr. Monika Bloss)

Nachdem der erste Bearbeiter, Dr. Michael Rauhut, im Januar 2008 eine Professur für Populäre Musik an der University of Agder in Kristiansand/Norwegen angetreten hat, wurde das Projekt in Absprache mit der DFG zunächst ausgesetzt. Seit Juli 2008 führt Dr. Monika Bloss, eine ausgewiesene Musikwissenschaftlerin mit zeitgeschichtlicher Expertise, das Projekt fort. Die ersten Monate dienen der Literaturrecherche und Untersuchungen zu Diskursen über afroamerikanische Musikkultur sowohl aus der Perspektive der Black Studies als auch der westlichen (USA) bzw. europäischen (Deutschland) Tradition der Kul-

turgeschichte und Musikgeschichtsschreibung. Parallel dazu begann die Auswertung von Zeitschriften aus den 1960er und 1970er Jahren (Jazzforschung/ Jazz Research, African American Review, American Music, Black Music Research Journal, Black Perspective in Music, Journal of black studies u. a.). Im Oktober 2008 begann die Recherche zur DDR im Bundesarchiv Berlin (Rundfunk, Hörerbriefe, Arbeit einzelner ZK-Büros, Kulturbund). Des Weiteren wurden Kontakte für Expertengespräche zu den Schwerpunkten Free Jazz und Soul geknüpft, die momentan beginnen und bis Ende April 2009 realisiert werden sollen (Musiker, Fans sowie Experten, darunter Veranstalter, Rundfunkredakteure, Fachjournalisten und sonstige Vermittler). Prof. Rauhut wird den von ihm bisher besonders hervorgehobenen Schwerpunkt „Blues“ weiter bearbeiten und bleibt dem Projekt als Berater erhalten.

d) Außenbezüge und globale Netzwerke

Suburbane Erfahrungsräume: Das nördliche Umland Hamburgs
von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre

(Bearbeiter: Dr. Meik Woyke)

Das Projekt ist erfolgreich abgeschlossen und von der DFG als fördernder Einrichtung als wissenschaftliches Ergebnis anerkannt worden. Eine Veröffentlichung in den Reihen der FZH ist vorgesehen.

Kaffeewelten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee
im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert

(Bearbeiterinnen: Prof. Dr. Dorothee Wierling, Christiane Berth, M.A.,
Monika Sigmund, M.A.)

Der Projektzusammenhang „Kaffee-Welten“ besteht aus drei Teilprojekten, von denen die beiden Erstgenannten durch die Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden. Im zweiten Förderjahr wurden die Recherchen weitgehend abgeschlossen, und mit der Niederschrift der beiden Dissertationen wurde begonnen. Das Teilprojekt über die „Hamburger Kaffee-Welten“ (Dorothee Wierling) wird zunächst mit einem Forschungsbericht für die DFG beendet werden, bevor eine größere Veröffentlichung vorbereitet wird. Auch für dieses Projekt wurden die Archivrecherchen – bis auf kleinere Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes – abgeschlossen. Im Mai 2008 wurde das Projekt im Rahmen einer internationalen Tagung zu „Transnational Families“ am Deut-

schen Historischen Institut in Washington D. C. vorgestellt, wobei insbesondere die familiären Allianzen Hamburger Kaffeehändler im Vordergrund standen. Im August 2008 wurden die Hamburger Kaffee-Welten im Rahmen des Zentralamerikanischen Historikerkongresses präsentiert. Das Projekt wird im September 2009 abgeschlossen.

Für das in eine Dissertation mündende Teilprojekt „Hamburg und die außereuropäischen Kaffee-Welten: Das Beispiel Zentralamerika“ (Christiane Berth) wurden die Archivrecherchen im Jahre 2008 weitgehend abgeschlossen. Im März und April konnten im Rahmen eines Stipendiums des Deutschen Historischen Instituts in Washington D. C. weitere Quellen zur Internierung von deutschen Kaffee-Akteuren während des Zweiten Weltkriegs eingesehen werden. Außerdem wurden in der Library of Congress zusätzliche Literaturrecherchen durchgeführt, insbesondere zu schwer zugänglichem Material aus Zentralamerika. Christiane Berth stellte das Forschungsprojekt auf verschiedenen internationalen Konferenzen und Kolloquien vor, u. a. bei der European Social Science History Conference in Lissabon. Im Juli 2008 koordinierte sie zusammen mit Ronny Viales und Olivier Prudhomme eine Arbeitsgruppe (mesa) zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte auf dem Zentralamerikanischen Historikertag in San José (Costa Rica). Ein großer Teil dieser Sektion, die sich über mehrere Tage erstreckte, war der Geschichte des Kaffees und der deutschen Einwanderung in Zentralamerika gewidmet. Ende des Jahres hat Christiane Berth mit der Niederschrift der Dissertation begonnen.

Monika Sigmund hat sich mit ihrem von der „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ geförderten Dissertationsprojekt zum Kaffeekonsum in beiden deutschen Nachkriegsstaaten intensiv der Archivrecherche gewidmet und diese abgeschlossen: insbesondere im Bundesarchiv Berlin, im Jacobs-Archiv (Kraft-Foods) in Bremen, im Archiv des Deutschen Kaffee-Verbandes, im Archiv der Neumann Kaffee-Gruppe und im Weltwirtschaftsarchiv (alle Hamburg). Außerdem hat sie Quellen im Institut für Marktforschung in Leipzig sowie bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit in Berlin erschlossen. Auch das Archiv der FZH verfügt über einen kleinen Bestand zum Kaffeekonsum, der für die Arbeit genutzt werden konnte. Daneben wurde eine intensive Auswertung verschiedener Presseorgane und veröffentlichter Marktforschungsberichte vorgenommen. Monika Sigmund hat ihr Projekt auf dem 8. Stipendiatenkolleg der Förderinstitution zur Diskussion gestellt und erfolgreich mit einem

Poster am Doktorand/innenforum des Dresdner Historikertags teilgenommen. Mit der Niederschrift der Arbeit wurde in der zweiten Jahreshälfte 2008 begonnen.

Chinese Quarters. A Global and Local History of Migration
and its Images in West European Port Cities 1890–1950
(Bearbeiter: Dr. Lars Amenda)

Das Projekt ist erfolgreich abgeschlossen worden. Die Veröffentlichung einer Monografie wird in einer amerikanisch-britischen Buchreihe erfolgen.

e) Hamburg seit 1945

(Koordination: Prof. Dr. Axel Schildt; Bearbeiter der ersten
Phase zur Bestandsaufnahme vorliegender Quellenbestände
und Literatur: Dr. Tino Jacobs)

Dieses neue, längerfristig angelegte Vorhaben ist – ähnlich dem 2005 abgeschlossenen Projekt „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ – als Gemeinschaftsunternehmen von Historikerinnen und Historikern der FZH und weiterer Hamburger Forschungseinrichtungen konzipiert. Es sollen vor allem die langen Linien politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen, auch in ihren Wechselwirkungen, untersucht werden. Dabei soll hinsichtlich des Untersuchungszeitraums Neuland betreten werden, indem die Darstellung möglichst nahe an die Gegenwart herangeführt werden soll. Damit ist ein spezifischer stadthistorischer Beitrag zur gerade begonnenen Diskussion über die Konzipierung der Geschichte des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts intendiert, der auch die Auswirkungen der deutschen Einheit seit 1990 auf die Entwicklung Hamburgs einschließt. Nach einer ersten Präsentation des Projekts im Wissenschaftlichen Beirat und im Kuratorium 2008 wurde mit einer umfassenden Sichtung einschlägiger Quellenbestände begonnen, die mittels einer Datenbank erfasst und verschlagwortet werden. Die grundlegende Sichtung soll 2009 abgeschlossen werden, als nächster Schritt ist ein Workshop mit Experten aus der Zeitgeschichts- und Stadtforschung sowie von Historikerinnen und Historikern vorgesehen, die zu Hamburg arbeiten. Danach soll die konkrete Arbeit in den einzelnen Themenfeldern beginnen.

Drittmittel 2008

Der FZH gingen 2008 insgesamt ca. 280000 € an Drittmitteln zu (z. T. für bereits zuvor bewilligte Projekte). Hervorzuheben sind für 2008 neue Bewilligungen für drei Forschungsprojekte durch die DFG („Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation“), die Fritz Thyssen Stiftung („Schlachtfeldreisen. Tourismus und Gedenken seit dem Zweiten Weltkrieg“) und die Hamburger Hochbahn AG („Die Hamburger Hochbahn AG im ‚Dritten Reich‘“). Die Konferenz „Konflikt und Kooperation. Das Stinnes-Legien-Abkommen vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber“ wurde von der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung gefördert, die Förderung der Tagung „Politische Kultur und intellektuelle Positionen um 1950 und um 1930“ (gemeinsam mit der Universität Rostock im März 2009) wurde von der Fritz Thyssen Stiftung zugesagt. Die Gerda Henkel Stiftung förderte die internationale Tagung „Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis“ (in Kooperation mit dem Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts). Von der Kulturbehörde der FHH wurde ein vertiefendes Gutachten zum Deportationsort Lohseplatz gefördert, die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius bewilligte einen Druckkostenzuschuss für das Buch „Rauch und Macht“ von Tino Jacobs. Wir danken allen Unterstützern unserer Arbeit!

3. Vorträge / Tagungen / Veranstaltungen 2008

Vortragsreihen

Zeitzeugenschaft. Das erlebte 20. Jahrhundert (Vortragsreihe Wintersemester 2007/08)

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in Deutschland die Zeitgeschichte als neue Richtung in der Geschichtswissenschaft. Sie wurde, bis heute gültig, als „Epoche der Mitlebenden“ definiert. Diese Zeitzeugenschaft betraf sowohl die forschenden Historiker/innen als auch die beforschten historischen Akteure. Mit der Entwicklung der Oral History sind beide in direkte Kommunikation getreten und haben festgestellt: sie stehen in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander, denn die Perspektive der

Historiker/innen und die der Zeitzeugen auf die Geschichte ist oft gegensätzlich, und doch sind sie aufeinander angewiesen, selbst wenn sie die direkte Auseinandersetzung meiden. Diese Spannung kann aber sehr produktiv sein, nicht zuletzt, weil die Zeithistoriker/innen eben auch Zeitzeugen sind. Unsere Vortragsreihe ging dem produktiven Potential dieser komplexen Beziehung nach.

13. Dezember 2007

Prof. Dr. Lutz Niethammer, Universität Jena
Erzeugte Quellen in demokratischer Absicht: Erinnerungen an ein Pilotprojekt der Oral History in Deutschland

10. Januar 2008

Prof. Dr. Hans Mommsen, Universität Bochum
Zeitzeugenschaft und Zeitgeschichtsforschung in der frühen Bundesrepublik

17. Januar 2008

Prof. Dr. Dorothee Wierling, FZH
Zeitzeugenschaft und Deutungskonflikte nach dem Zusammenbruch der DDR

7. Februar 2008

Prof. Dr. Norbert Frei, Universität Jena
Generation Sündenstolz. Die „Achtundsechziger“ als Zeugen ihrer Zeit

Stadt – Kultur – Geschichte

(Forschungskolloquium Wintersemester 2007/08)

FZH in Kooperation mit der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung. Organisiert von Dr. Lars Amenda (FZH), Dr. Meik Woyke (FZH/Friedrich-Ebert-Stiftung), Dr. Sandra Schürmann (Museum der Arbeit, Hamburg)

26. November 2007

Kristina Vagt, M.A., FZH
Freizeit in inszenierter Natur. Internationale Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt in den 1960er und 1970er Jahren

12. Dezember 2007

PD Dr. Klaus Weinbauer, Universität Bielefeld /Universität Lüneburg
Drogenkulturen zwischen staatlichem Machtanspruch und zivilgesellschaftlicher Kommunikation: Berlin und London in den 1960/70er Jahren

14. Januar 2008

Jochen Guckes, M.A., Humboldt-Universität zu Berlin
Bürgerlichkeit in der modernen Massengesellschaft. Städtische Selbstbilder
lokaler Deutungsselektierten zwischen Tradition und Zukunftsorientierung, 1900–
1960

4. Februar 2008

Dr. des. Anna Lipphardt, Centre Marc Bloch, Berlin
Circus in Berlin. Zur Verortung eines transitorischen Kulturraums

100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg

Veranstaltungsreihe der FZH und des Historischen Seminars
der Universität Hamburg zum 100-jährigen Jubiläum des
Historischen Seminars (Sommersemester 2008)

3. April 2008

Prof. Dr. Gangolf Hübinger, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder
Intellektuellengeschichte und Geschichtswissenschaft

17. April 2008

Prof. Dr. Franklin Kopitzsch, Historisches Seminar
Anfänge moderner Geschichtswissenschaft in Hamburg bis zur
Universitätsgründung 1919

24. April 2008

Prof. Dr. Frank Golczewski, Historisches Seminar
Osteuropäische Geschichte in Hamburg

8. Mai 2008

Prof. Dr. Andreas Eckert, Humboldt-Universität Berlin
Von der Kolonial- und Überseegegeschichte zur modernen außereuropäischen
Geschichte

22. Mai 2008

Prof. Dr. Hans-Werner Goetz, Historisches Seminar
Hamburg als Hochburg? Die NS-Geschichtswissenschaft und ihre langen
Schatten auf die Universität nach 1945

29. Mai 2008

Dr. Arnt Goede, Hamburg
Adolf Rein – Von der „Politischen Universität“ zur Ranke-Gesellschaft

5. Juni 2008

Prof. Dr. Arno Herzig, Historisches Seminar
Geschichtswissenschaft nach 1945: Die „Breslau-Connection“

12. Juni 2008

PD Dr. Rainer Nicolaysen, Historisches Seminar

„... an das gute Gewissen der Deutschen eine Mine gelegt.“ Die Fischer-Kontroverse als Wissenschaftsstreit und öffentliche Debatte

19. Juni 2008

Prof. Dr. Rainer Hering, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Zwischen Theologie und Geschichtswissenschaft: Kirchenhistorische Forschungen in Hamburg

26. Juni 2008

Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Institut für die Geschichte der deutschen Juden

Deutsch-jüdische Geschichte in Hamburg

3. Juli 2008

Prof. Dr. Axel Schildt, FZH

Zeitgeschichtsforschung in Hamburg

10. Juli 2008

Prof. Dr. Barbara Vogel, Historisches Seminar

Geschichtswissenschaft in Hamburg seit 1970

WELT-STADT-HAMBURG. Globale Bezüge Hamburgs im 20. Jahrhundert. (Wintersemester 2008/09)

In der Vortragsreihe „WELT-STADT-HAMBURG. Globale Bezüge Hamburgs im 20. Jahrhundert“ widmet sich die FZH einem Themenbereich, der für die Stadt im 20. Jahrhundert von zentraler Bedeutung war: den zahlreichen Außenbezügen, der Stellung Hamburgs in einer von internationalen Beziehungen und grenzüberschreitender Migration bestimmten Welt, dem Blick auf die Stadt von außen und dem Blick der Stadt auf diese Außenwelt. Jenseits des schmeichelhaften Selbstbildes vom „Tor zur Welt“ werden in fünf Vorträgen ganz unterschiedliche Aspekte eines sehr viel komplexeren Welt-Bezugs vorgestellt.

20. November 2008

Ursula Wöst, M.A., Stiftung Hamburg Maritim

Über Hamburg in die Welt: Zur Bedeutung der Auswanderung über den Hamburger Hafen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

4. Dezember 2008

Prof. Dr. Ulrich Mücke, Universität Hamburg
Lateinamerika studieren – erforschen – denken. Hamburgs Weg zu einem
Zentrum der Lateinamerikanistik im 20. Jahrhundert

11. Dezember 2008

Dr. Christoph Strupp und Christiane Berth, M.A., beide FZH
Beobachtungen in der Diktatur. Berichte der Konsulin aus Costa Rica und den
USA über das „Dritte Reich“

Die Reihe wird 2009 fortgesetzt:

15. Januar 2009

Dr. Heiko Möhle, Seminar für Afrikawissenschaften der Humboldt-
Universität zu Berlin
Die kolonialen Sklaven sind erwacht. Afrikanische Diaspora in Hamburg
1900 bis 1945

29. Januar 2009

Dr. Frank Bajohr, FZH
Hochburg des Internationalismus. Hamburger „Außenpolitik“ in den 1950er
und 1960er Jahren

Tagungen

„Kampf dem Atomtod“. Die Hamburger Protestbewegung vom Frühjahr 1958 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive

27. März 2008, Hamburg

Eine Veranstaltung der FZH und der Akademie der Wissenschaften in
Hamburg, des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an
der Universität Hamburg (IFSH) sowie des Carl-Friedrich von Weizsä-
cker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Univer-
sität Hamburg (ZNF)

Tagungsbeiträge

Prof. Dr. Axel Schildt, FZH

„Atomzeitalter“ – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare
Bewaffnung der Bundeswehr Ende der 1950er Jahre

Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Internationale Ärzte für die Verhütung
des Atomkrieges, Gießen
Atomangst und Menschlichkeit – einst und heute

Dr. Reinhard Mutz, IFSH
Die Berlin-Krisen 1948/49 und 1958–1961 – Lehren aus dem Kalten Krieg

Prof. Dr. Götz Neuneck, IFSH
Atomares Wettrüsten der Großmächte – kein abgeschlossenes Kapitel

Prof. Dr. Martin Kalinowski, ZNF
Kernwaffen in unsicheren Händen – die Proliferation von Kernwaffen und internationale Anstrengungen zu deren Nichtverbreitung

Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis. Erinnerungen von 1940 bis 2005

17. und 18. Oktober 2008, Jena

Internationale Tagung der FZH in Kooperation mit dem Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, gefördert von der Gerda Henkel Stiftung, organisiert von Dr. Jörg Arnold, Dr. Dietmar Süß und Dr. Malte Thießen.

Einführung: Dr. Malte Thießen (FZH)

Panel 1: Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis
Moderation: Dr. Dietmar Süß (Jena)

Michael Schmiedel (Berlin): Die Erinnerung an den Luftkrieg in Frankreich – Une amnésie nationale?

Dr. Christoph Strupp (FZH): Stadt ohne Herz. Rotterdam und die Erinnerung an den deutschen Luftangriff vom 14. Mai 1940

Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum (Hamburg): Mythos Guernica: Projektion, Propaganda, Politik

Panel 2: Der Luftkrieg als „Katastrophe“? Westdeutsche Erinnerungen (I)
Moderation: Dr. Jörg Arnold (Freiburg)

Dr. Karola Fings (Köln): Opfertod und Wiederauferstehung. Der Bombenkrieg in der Kölner Erinnerungskultur

Prof. Dr. Neil Gregor (Southampton): Erinnerungen an die Bombardierung Nürnbergs zwischen Trauer und städtischer Identitätspolitik

Dr. Christian Groh (Pforzheim): „Was Pforzheim angetan wurde!“
Erinnerungsorte und Denkmäler zum Luftkrieg in Pforzheim

Prof. Dr. Georg Seiderer (Erlangen): Würzburg, 16. März 1945. Vom
„kollektiven Trauma“ zur Sinnstiftung

Panel 3: Der Luftkrieg als „Katastrophe“? Westdeutsche Erinnerungen (II)
Moderation: Dr. Malte Thießen (FZH)

Dr. Susanne Veas-Gulani (Cleveland): Literarische Debatten über den
Bombenkrieg im ‚Kampf der Generationen‘

Nicole Kramer (München): Ikone des Wiederaufbaus mit Vorgeschichte
– Die „Trümmerfrau“ in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik
Deutschland

Bas von Benda-Beckmann (Rotterdam): Eine deutsche Katastrophe?
Interpretationsmuster in der ost- und westdeutschen Historiographie
des Bombenkrieges

Panel 4: Der Luftkrieg als „Bombenterror“? Ostdeutsche Erinnerungen
Moderation: Dr. Dietmar Süß (Jena)

Katrin Hammerstein (Heidelberg): Weiße Flecken? Erinnerung an den
Luftkrieg in Wien – eine Spurensuche

Prof. Dr. Klaus Neumann (Melbourne): Die langen Wege der Trauer:
Die Zerstörung Halberstadts am 8. April 1945 in der Nachkriegs-
erinnerung

Dr. Jörg Arnold (Freiburg): Nagasaki in der DDR – Gedenken in
Magdeburg

**„Konflikt und Kooperation“. Das „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom
November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen
Gewerkschaften und Arbeitgeber.**

21. und 22. November 2008, Hamburg

Wissenschaftliche Tagung in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung
und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung

Einführender Vortrag:

Prof. Dr. Klaus Schönhoven (Mannheim): Wegbereiter der sozialen De-
mokratie? Zur Bedeutung des Stinnes-Legien-Abkommens vom 15. No-
vember 1918

*Sektion 1: Macht und Ohnmacht der Gewerkschaften im Kaiserreich
Diskussionsleitung und Kommentar: Prof. Dr. Jens Flemming (Kassel)*

Prof. Dr. Thomas Welskopp (Bielefeld): Soziale Voraussetzungen und Bedingungen für die deutsche Gewerkschaftsbewegung im internationalen Vergleich

Dr. Michael Oberstadt (Bonn): Die christlichen Gewerkschaften als Konkurrenz der sozialistischen Arbeiterverbände

Prof. Dr. Karl Christian Führer (Hamburg): Marxismus und Pragmatismus als Leitlinien gewerkschaftlichen Handelns. Das Beispiel des Gewerkschaftsführers Carl Legien

*Sektion 2: Soziale Polarisierung und politische Kooperation: Soziale Konflikte und Elitehandeln im Ersten Weltkrieg
Diskussionsleitung und Kommentar: Prof. Dr. Dick Geary (Nottingham)*

Prof. Dr. Wilfried Rudloff (Kassel): Soziale Notlagen in der Arbeiterschaft, Selbsthilfe und Staat im Ersten Weltkrieg

Dr. Ottokar Luban (Bochum): Streikbewegungen in den letzten Kriegsjahren und die Haltung der Gewerkschaften

Prof. Dr. Werner Plumpe (Frankfurt am Main): Großindustrie, Staat und Gewerkschaften 1916–1920. Das Beispiel der chemischen Industrie

Sektion 3: Bewährung der Partner? Arbeitgeber und Gewerkschaften 1918–1924

Diskussionsleitung und Kommentar: Prof. Dr. Klaus Tenfelde (Bochum)

Dr. Knud Andresen (FZH): Die gewerkschaftliche Arbeiterjugend im Weltkrieg und in der Revolution – eine generationelle Perspektive?

Prof. Dr. Michael Ruck (Flensburg): Gewerkschaftliches Handeln und Konfliktverhalten nach der Novemberrevolution

PD Dr. Klaus Weinbauer (Bielefeld): Gewerkschaftspolitik im Hamburger Hafen zwischen Tarifgestaltung, Massenmobilisierung und Arbeitsmarktorganisation (1916–1924)

„68“ – Umbrüche in bildungsgeschichtlichen Perspektiven. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik.

20. bis 22. November 2008, Berlin

Konferenz in Kooperation mit der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung und des Arbeitskreises für Historische Jugendforschung
Einführung: Prof. Dr. Ulrich Herrmann (Tübingen), Prof. Dr. Meike Sophia Baader (Hildesheim)

Moderation: Prof. Dr. Ulrich Herrmann Albrecht von Lucke (Berlin)

68 – Auf dem Weg in eine „Neue Bürgerliche Gesellschaft“

Prof. Dr. Roland Eckert (Trier): Die Entgrenzung des Möglichen und das Verfehlen der Ziele – Gründe eines Anti-68ers

Prof. Dr. Carola Groppe (Hamburg): Aktiver Streik – Revolution – Reform. Hochschulsozialisation im Kontext von 68 und die Folgen für die Universitäten

Dr. Linde Apel (FZH): Der Nachwuchs der Revolte: Schülerbewegungen an Oberschulen

Moderation: Dr. Christian Ritzi

Prof. Dr. Meike Sophia Baader (Hildesheim): Umbrüche im Geschlechterverhältnis

Prof. Dr. Annedore Prengel (Potsdam): „Wer sagt, dass Mädchen dümmer sind, der spinnst, der spinnst, der spinnst“ – Scham, Anerkennungskämpfe und Feministische Pädagogik

Prof. Dr. Richard Münchmeier (Berlin): Selbstverwaltung – Selbstorganisation – Selbstbestimmung. Die Politisierung reformpädagogischer Tradition durch die Jugendzentrumsbewegung

Prof. Dr. Manfred Kappeler (Berlin): Fürsorge- und Heimerziehung – Skandalisierung und Reformfolgen

Moderation: Prof. Dr. Meike Sophia Baader

Prof. Dr. Jürgen Moltmann (Tübingen): Aufbrüche in den christlichen Kirchen und ihre Wirkungen auf die neuen politischen und kontextuellen Theologien

Dr. Elisabeth Moltmann-Wendel (Tübingen): Der Aufbruch der Feministischen Theologie und seine Folgen für Theologie und Kirche

Prof. Dr. Ulrich Herrmann (Tübingen): Geisteswissenschaftliche Pädagogik und Kritische Theorie – Der Paradigmenwechsel in der Universitätspädagogik und seine Folgen

Dr. Heinrich Eppe (Oer-Erkenschwick): Auswirkungen der 68er-Bewegung auf die Partizipationsstrukturen der SJD-Die Falken – Am Beispiel der Kinderzeltlager des Bezirks Hannover 1970–1972

Peter E. Kalb (Bensheim): Kritisch-pädagogische Publizistik am Beispiel von betrifft:erziehung

Moderation: Prof. Dr. Jürgen Reulecke

Prof. Dr. Diethart Kerbs (Berlin): Die Wiederentdeckung des Zusammenhangs von Ästhetik, Pädagogik und Politik

Prof. Dr. Johannes Bilstein (Düsseldorf): Die Rekonstruktion der Kritischen Theorie des Subjekts: Die Wiederentdeckung der Psychoanalytischen Pädagogik

Prof. Dr. Detlef Siegfried (Kopenhagen): 68 als Kulturbruch in der Geschichte der Bundesrepublik

Dr. Günter C. Behrmann (Potsdam): 68 und die Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik

Prof. Dr. Jürgen Reulecke (Gießen): Aussprache und Resümee

Weitere öffentliche Veranstaltungen

19. Mai 2008, hamburgmuseum

Dr. Lars Amenda und Sonja Grünen, M.A.: „Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert. Buchvorstellung; Moderation: Prof. Dr. Axel Schildt, FZH

30. Oktober 2008, FZH, Buchpräsentation

„Konkurrenz und Konvergenz“. Deutschland und Amerika im Wettlauf um die Moderne

Prof. Dr. Dieter Gosewinkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Simone Lässig, Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig

Prof. Dr. Christof Mauch, Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität, München

Dr. Christoph Strupp, FZH

Moderation: Prof. Dr. Dorothee Wierling, FZH

6. November 2008, Heinrich-Heine-Buchhandlung

Dr. Tino Jacobs: Rauch und Macht. Das Unternehmen Reemtsma 1920–1961. Buchvorstellung mit dem Autor; Moderation: Prof. Dr. Axel Schildt, FZH

4. Kooperationsbeziehungen

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:
Der Direktor der FZH ist zugleich Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre am Historischen Seminar.

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

Sonstige institutionelle Kooperationsbeziehungen:

a) Mitgliedschaft in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

Auslandskoordinatorin des Arbeitskreises Historische Frauen- und Geschlechterforschung e.V. (Wiebke Kolbe)

Vorstand der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (Sylvia Necker)

Vorstand des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Axel Schildt; bis Oktober 2008)

Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte (Axel Schildt)

Vorstand der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (Axel Schildt; bis Oktober 2008)

Fachgutachterkollegium Geschichtswissenschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Axel Schildt)

Arbeitskreis Hamburger Archivare (Angelika Voß-Louis)

b) Mitgliedschaft in Gremien zeithistorischer Institute und anderer Einrichtungen

Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der BRD (Ursula Büttner)

Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte (Ursula Büttner)

Akademie der Wissenschaften in Hamburg (Axel Schildt)

Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, Göttingen (Axel Schildt)

Wissenschaftlicher Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Axel Schildt)

Kuratorium des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig (Dorothee Wierling)

Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam (Dorothee Wierling)

c) Mitgliedschaft in Gremien öffentlicher Einrichtungen

Wissenschaftlicher Beirat des von NDR, WDR, Staatsarchiv Hamburg u. a. getragenen Projekts Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) (Axel Schildt)

Wissenschaftlicher Beirat 100 Jahre Deutsches Jugendherbergswerk zur Vorbereitung des Jubiläums 2009 (Axel Schildt)

Internationaler Beirat der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Axel Schildt)

European Research Council (ERC) Panel: The Study of the Human Past, Advanced Grants Evaluation (Dorothee Wierling)

d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen

Wissenschaftlicher Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, die sich auf dem Gebiet der Exil- und Remigrationsforschung engagiert (Axel Schildt)

Wissenschaftlicher Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)

Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)

Sprecherkreis von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Regionalgruppe Hamburg (Malte Thießen)

e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften und Buchreihen

Beraterteam des Editionsprojekts „Zeitungszeugen“. Die Presse in der Zeit des Nationalsozialismus (Frank Bajohr)

Advisory Board des Leo Baeck Institute Yearbook (Ursula Büttner)

Herausgeberkreis und Redaktion der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Wiebke Kolbe)

Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Axel Schildt)
Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History (Axel Schildt)
Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Axel Schildt)
Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Prague Papers on History of International Relations des Instituts für Weltgeschichte an der Karls-Universität Prag (Axel Schildt)
Wissenschaftlicher Beirat der Helmut und Loki Schmidt Stiftung zur Herausgabe von Schriften über Helmut und Loki Schmidt (Axel Schildt)
Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (Dorothee Wierling)
Herausgeberkreis der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Dorothee Wierling)
Herausgeberkreis der Reihe Selbstzeugnisse der Neuzeit beim Verlag Böhlau (Dorothee Wierling)
Advisory Board of H-German (Dorothee Wierling)
Editorial Board der Zeitschrift History and Memory (Dorothee Wierling)

5. Bibliothek

Der Buchbestand liegt Ende 2008 bei 81 539 Titeln (Ende 2007: 80 737). Die Zahl der Neuzugänge beträgt 1802 Titel, davon 914 Schenkungen (u. a. Übernahme eines großen Buch- und Zeitschriftenbestandes der Vereins „Freundschaften e. V. Verein zur Erforschung des gleichgeschlechtlichen Lebens in Hamburg“). Die angesichts der Neuzugänge geringere Steigerung erklärt sich aus weiteren Aussortierungen von Titeln, die auch in der Bibliothek des IGdJ vorhanden sind und besser in das Profil deren Bibliothek passen. Wie im Vorjahr wurden ca. 100 Dubletten an die „Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“ abgegeben. Im Jahr 2007 musste die Bibliothek infolge des Umzugs der FZH vom Schulterblatt an den Schlump für etwa zwei Monate schließen. Im vergangenen Jahr war die Nutzung erneut eingeschränkt, weil in einigen Kellerräumen Sanierungsarbeiten notwendig waren und einzelne Bestände zeitweise magaziniert werden mussten (Bauarbeiten seit 4. September

2008). Umso eindrucksvoller ist der starke Anstieg der Ausleihvorgänge (in der Regel mehrere Bücher) um ca. 60 Prozent auf 5780 Ausleihen (2007: 3238). Ein konkreter Grund dafür ist die Verlängerung der Öffnungszeiten seit Herbst 2007, wichtiger aber scheint zu sein, dass die Qualität der Bibliothek bei den Studierenden der näher gerückten Universität allmählich bekannter wird. Auffällig ist auch, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der Bestellungen vorab per e-mail vorgenommen und damit ein erst Ende 2007 eingerichteter Service hervorragend angenommen worden ist. Dadurch war es dem Bibliothekar auch möglich, die fachliche Beratung von Fremdnutzern, die mit höherem zeitlichem Aufwand verbunden war (38 gegenüber 32 in 2007), durchzuführen. 2008 haben Jens Querling, Sönke Rau und Diana Schmitz den Bibliothekar in allen Bereichen unterstützt, Carmen Smiatacz und Roman Korbut waren als Praktikanten, Gonca Duraner als Hospitantin beschäftigt.

6. Archiv

2008 haben 44 (2007: 58) auswärtige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Archiv der FZH mit den Beständen gearbeitet. Weitere 161 Anfragen wurden beantwortet und hatten teilweise zur Folge, dass Archivalien zur Verfügung gestellt wurden. Hinzu kam die Unterstützung mehrerer FZH-Projekte durch relevante Bestände oder Weiterleitung einzelner Fundstücke, auch von Dokumenten in digitalisierter Form.

Die interne Archivarbeit war bestimmt von den Arbeiten an einer Online-Beständeübersicht. Seit Oktober 2008 läuft die erste Version der Übersicht auf der Homepage der FZH. Ein Beitrag mit Einzelheiten zu dem Projekt findet sich im redaktionellen Teil dieses Jahresberichts. Die Zugriffszahlen auf die Seite des FZH-Archivs sind signifikant gestiegen.

Die wichtigsten Archivübernahmen 2008: Teilnachlass Dr. Hans Robinsohn und seiner Kinder Susanne und Peter; Sammlung Gustav Wittig: NS-Pressenanweisungen aus einem Berliner Korrespondenzbüro 1938–1940; Vereinsarchiv „Freundschaften. Verein zur Förderung gleichgeschlechtlichen Lebens e. V.“; Sammlung Heiner Roß: Reeducation-Filmprogramme im besetzten Deutschland; Archiv der IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War – Ärzte in sozialer Verantwortung).

2008 fanden zwei Treffen des Arbeitskreises Hamburger Archivare statt, bei denen u.a. die Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung zum Tag der Archive 2010 besprochen wurde. Zwei Studierende absolvierten ein Praktikum im Archiv der FZH.

7. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)

2008 wurden 98 Anfragen an die WdE gestellt, 55 Personen (wie auch 2007) sahen Interviews im Lesesaal ein, darunter Studierende, Wissenschaftler, Museumsmitarbeiter und Journalisten. Der überwiegende Teil der Anfragen wurde von Hamburgern gestellt, es reisten jedoch auch Benutzer aus Japan und Brasilien an, um mit den Beständen der WdE zu arbeiten.

Wie in den letzten Jahren befanden sich etliche Schülerinnen und Schüler unter den Nutzern der Interviewsammlung in der WdE. Neben Teilnehmerinnen am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten war auch eine Gruppe von Schülerinnen des Harburger Heisenberg-Gymnasiums darunter, die sich für den Bertini-Preis bewirbt. Wir freuen uns, dass den Schülerinnen des Heisenberg-Gymnasiums, die 2007 u. a. in der WdE recherchiert hatten, Anfang des Jahres der Bertini-Preis verliehen wurde.

2008 wurden besonders intensiv einige Oral-History-Projekte hinsichtlich konzeptioneller Fragen beraten. Archiv- und Projektmitarbeiter, Studierende und Wissenschaftler nutzten rege das Angebot der WdE, sich über die Grundlagen und Fallstricke eines Interviewvorhabens zu informieren. Dazu gehörten u. a. das Archiv der Bürgerbewegung in Leipzig, das Stadtarchiv Reutlingen, der Kieler Verein Mahmal Kilian e. V. und das Archiv der deutschen Frauenbewegung.

Im Jahr 2008 wurde die Interviewsammlung um rund 80 Interviews erweitert, der Gesamtbestand umfasst damit 1470 Interviews. Sieben Interviews entstanden im Rahmen des Besuchsprogramms der Hamburger Senats für die ehemaligen jüdischen Bürger der Stadt. Axel Schildt stellte der WdE 30 Interviews zur Verfügung, die er in den 1980er-Jahren mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Grindelhochhäuser geführt hat. Im Rahmen des Projekts über den „Feuersturm“ (s. o.) sind 40 Interviews hinzugekommen. Alle Neuzugänge werden zur Zeit für die Benutzung aufgearbeitet.

Die zeitintensive Revision der Bestände, die 2007 im Zuge der Erstellung einer neuen Datenbank begonnen wurde, ist abgeschlossen. Die Datenbank erleichtert mit ihren vielfältigen Recherchemöglichkeiten die Bearbeitung der Benutzeranfragen sehr.

Seit Januar 2008 trifft sich ein Arbeitskreis Oral History zweimonatlich in der WdE. Es nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Geschichtswerkstätten, Stadtteilarchiven und Museen sowie Kolleginnen und Kollegen aus der FZH teil. Der Arbeitskreis steht allen offen, die Interviews als historische Quellen nutzen und sich über theoretische und praktische Fragen austauschen möchten.

Abgesehen davon stand die WdE 2008 gänzlich im Zeichen der Vorbereitung der Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945“, die vom 16. Februar bis zum 26. April 2009 im Kunsthaus Hamburg zu sehen ist (siehe auch den Beitrag von Linde Apel im redaktionellen Teil).

8. Veröffentlichungen der FZH (Lektorat für alle Bände: Joachim Szodrzynski)

Tino Jacobs

Rauch und Macht. Der Reemtsma-Konzern 1920–1961 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 43).

Christian Haase/Axel Schildt (Hg.)

DIE ZEIT in der Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 44).

Karl Christian Führer

Medien-Metropole. Mediale Öffentlichkeiten in Hamburg 1930–1960 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 20).

Lars Amenda/Sonja Grünen

„Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert (Hamburger Zeitspuren, Bd. 5).

9. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH (in Auswahl)

Lars Amenda: *Fremde – Hafen – Stadt. Chinesische Wahrnehmung in Hamburg 1897–1972*, München/Hamburg 2006.

Peter Kuckuk, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)* 42 (2006), S. 541–544 (2008 erschienen).

„Insgesamt liegt mit dieser Publikation von Lars Amenda eine lesenswerte und im Hinblick auf Methode, Inhalt, Strukturierung und Sprache eine hochqualifizierte Studie vor, die einen wichtigen Beitrag zu verschiedenen Aspekten der Migrationsforschung darstellt und als ein bedeutsamer Beitrag zur Hamburger Stadtgeschichte eingeschätzt werden muss.“

Sibylle Küttner, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZHG)* 94 (2008), S. 249–251.

„Lars Amenda hat mit seinem Werk [...] einen hervorragenden Beitrag zur Geschichte Deutschlands als Einwanderungsland geleistet.“

Lars U. Scholl, in: *International Journal of Maritime History* 10 (2008), No. 1, S. 406–407.

Barbara Hoster, *Chinesen in Hamburg*, in: *Das Neue China. Zeitschrift für China und Ostasien* (2008), Heft 2.

Lars Amenda/Sonja Grünen: *„Tor zur Welt“*. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, München/ Hamburg 2008.

Christopher Görlich, in: *H-Soz-u-Kult*, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-3-092> (7.8.2008).

„... ein wahres Feuerwerk. Die Lektüre bereitet großes Vergnügen.“

Gisela Schütte, *Als Hamburg das „Tor zur Welt“ wurde*, in: *Die Welt am Sonntag*, 9.3.2008, S. 7.

Knud Andresen: *Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986)*, Bonn 2007.

Manfred Wilke, in: *H-Soz-u-Kult*, 19.2.2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-1-140>.

„Knud Andresen hat eine auch sprachlich überzeugende Biografie geschrieben, die einen Wesenszug von Brandt im Titel hervorhebt:

„Widerspruch als Lebensprinzip. [...] Diese Biografie ist ein wichtiger Beitrag zur Zeitgeschichte und dies in vielfacher Hinsicht. Hervorzuheben sind die Bereiche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Geschichte des Kommunismus und der SED/DDR, aber sie ist auch bedeutsam für die Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen der Bundesrepublik vor 1989.“

Karl-Wilhelm Fricke: Verfolgt unter zwei Diktaturen, in: Deutschland-Archiv 41 (2008), S. 1097–1098.

„Auf der Folie seriöser Kenntnisse der Geschichte der KPD/SED wie der SPD sowie der Gewerkschaftsbewegung und in kritischer Auseinandersetzung mit der Illusion eines dritten Weges ist ein realistisches, wissenschaftlich fundiertes Lebensbild von Heinz Brandt entstanden, informativ, kühl distanziert, keine politische Hagiografie. Ein Schulbeispiel historischer Biografie.“

Frank Bajohr/Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.

Michael Wildt: Die Deutschen und der Holocaust, in: H-Soz-u-Kult, 12.3.2008, <http://hsozukunft.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-1-200>.

Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

Christian Welzbacher: Kurzes Friedensintermezzo. Unaufgeregt schildert Ursula Büttner die Weimarer Republik, in: Süddeutsche Zeitung, 7.10.2008.

„In der nuancierten Einleitung, die ‚Weimar‘ als Gegenstand der Forschung vorstellt, beweist Büttner stichhaltig die Aktualität ihres Grundlagenwerkes. [...] Die beispielhaften Tiefenbohrungen – zu sozialen Milieus, Schichten, Parteien, Kirchen, Juden – weisen lexikonartige Kürze und Präzision auf. Auch jede Person, die im Text zum ersten Mal auftritt, wird mit einer Kurzbiographie vorgestellt, ehe Büttner sie bei ihren Handlungen beobachtet und interpretiert. Dabei hält sich die Autorin sprachlich fast über Gebühr zurück und verzichtet darauf, den andauernden Krisen und Konflikten erzählerische Dramatik zu verleihen. [...] Büttner hingegen ist nüchtern, sachlich, unaufgeregt.“

Nils Freytag, in: sehepunkte 8 (2008), Nr. 6, <http://www.sehepunkte.de/2008/06/13602/html>.

Tino Jacobs: Rauch und Macht. Das Unternehmen Reemtsma 1920 bis 1961, Göttingen 2008.

Hartmut Berghoff: Machtmensch Unternehmer. Die dunkle Seite des Aufstiegs Philipp Reemtsmas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.2008.

„Diese Geschichte von unternehmerischer Macht beruht auf der sorgfältigen Auswertung von Originaldokumenten und ist flüssig und fast ohne Fachjargon geschrieben. Sie argumentiert stets sachlich fundiert und ohne Anklagegestus. Umso klarer tritt die dunkle Seite dieser unternehmerischen Erfolgsgeschichte hervor.“

Axel Schildt: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007.

Jörg Lesczenski, in: H-Soz-u-Kult, 13.2.2008,
<http://hsozukunft.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-1-122>.

„Souverän beschreibt Schildt die Kriegsfolgen, die gesellschaftlichen Zustände und die sozialen Nöte der unmittelbaren Nachkriegszeit, um anschließend die sozialhistorischen Befunde zu den 1950er- und 1960er Jahren zu entfalten [...].“

Platz 1 Buchpreis H-Soz-U-Kult: Kategorie beste Lehrbücher/ Überblicksdarstellungen 2007

Peter Haber: Buchpreis: Essay Kategorie Lehrbücher/ Überblicksdarstellungen, in: <http://hsozukunft.geschichte.hu-berlin.de/index.asp?pn=texte&id=1018>.

„Das Verblüffende bei der Lektüre dieses Buches ist, dass Schildt eine Darstellungsform entwickelt hat, mit der er eine hohe Informationsdichte sprachlich derart sorgfältig aufbereitet, dass sich der Text nicht nur gut liest, sondern dass der Text die Themen und Entwicklungen, die er beschreibt, plastisch aufscheinen und die Entwicklungen nachvollziehbar werden lässt.“

Axel Schildt/Dirk Schubert (Hg.): Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung. Wahrnehmungs- und Umgangsformen in Geschichte und Gegenwart, Dortmund 2008.

Rezension von Rainer Bohne, in: Planerin 4 (2008), S. 60.

Axel Schildt/Christian Haase (Hg.): DIE ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008.

Volker Ullrich: Der Weg der ZEIT, in: DIE ZEIT, 31.12.2008.

Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.): *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, Oxford 2006.

Anne Rohstock, in: *sehpunkte* 8 (2008), Nr. 3 (15.3.2008), <http://www.sehpunkte.de/2008/03/14146.html>.

„Axel Schildt und Detlef Siegfried haben mit dem vorliegenden Sammelband ein gelungenes Buch mit spannenden neuen Erkenntnissen auf den Markt gebracht. Hervorzuheben sind insbesondere die vielen Gedankenanstöße, die den Sammelband zu einer überaus inspirierenden Lektüre macht.“

Detlef Siegfried: *Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

Holger Böning, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 10 (2008), S. 197–199.

„Mit seiner Studie hat Detlef Siegfried ein methodisch und in den Fragestellungen innovatives Werk verfasst, das unser Wissen über die ökonomischen, medialen und kulturellen Entwicklungen und Wandlungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft seit den späten 50er Jahren enorm bereichert. [...] Wer immer sich mit der Kulturentwicklung, der Jugend-, Konsum- und Musikkultur oder jugendlichen Mentalitätswandel der Nachkriegszeit befasst, kommt an diesem angenehm zu lesenden, auch kommunikationshistorisch zentralen Werk nicht vorbei.“

Hans-Ulrich Thamer: *Massenkonsum und Demokratisierung*, in: *Historische Jugendforschung: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung* 4 (2007), S. 219–222.

Eckard Holler: *Time is on my side*, in: *Ästhetik & Kommunikation*, H. 140/141, 39 (2008).

Nicolai Hannig: *Jugend bewegt*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 38 (2007), S. 186–189.

„Selten ist es einer derart quellengesättigten Studie zur Geschichte der Bundesrepublik so gekonnt gelungen, unterschiedliche Schulen sowie Methoden der Geschichtswissenschaft und ihren Nachbardisziplinen miteinander zu verknüpfen.“

Robert P. Stephens, in: *American Historical Review* 113 (2008), S. 274.

Alexander Sedlmaier, in: *Neue Politische Literatur* 52 (2007), S. 351 f.

Monika Dommann, in: *Historische Anthropologie* 15 (2007), S. 439–441.

„Siegfrieds Studie besticht methodisch gerade in der Rückbindung der Detailanalysen in Feinauflösung an eine etwas längere Zeitachse, die das Phänomen des kulturellen Wandels überhaupt erst ins Blickfeld bringt.“

Malte Thießen: *Eingebrannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005*, München 2007.

Thomas Widera, in: *H-Soz-u-Kult*, 3.3.2008 und in: *Historische Literatur* 6 (2008), Heft 1, S. 325–327.

„Mit Präzision zeichnet Thießen divergierende Entwicklungen nach, ohne dass der Leser den Überblick [...] verliert. Thießen wertete für seine Studie eine Fülle von Archivmaterial aus; die Unterlagen des Hamburger Senats ermöglichten ihm eine spannende und auf die Gegenwart bezogene Aufbereitung des Untersuchungsgegenstands.“

Frank Keil: *Wer das Erinnern verlernt, verliert seine Identität*, in: *Die Welt*, 31.7.2008.

„Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte legt eine profunde Analyse der Gedenkkultur zum ‚Hamburger Feuersturm‘ vor. [...] Thießens umfangreiche Analyse ist ein Plädoyer für ein Geschichtsbewusstsein der eigenen Stadt.“

Dietmar Süß: *Memories of the Air War*, in: *Journal of Contemporary History* 43 (2008), S. 333–342.

„Malte Thießen’s work about the memory of Operation Gomorrah offers for the first time an empirically consolidated and analytically subtle study about the memory of the air war. [...] His book is an impressive accomplishment, one that will probably be the yardstick for further studies in the local history of the memory of the air war.“

Rezension und Bericht von Paul Kersten im *Bücherjournal des NDR-Fernsehens*, 17.3.2008.

„In jedem Fall ist die Erinnerung an die Luftangriffe und ihre Opfer über sechs Jahrzehnte hinweg am Leben gehalten worden. Deutsche als Opfer waren also nie ein Tabu. Dies deutlich zu machen ist auch ein Verdienst dieses Buches.“

Hans Walden, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZHG)* 94 (2008), S. 224–228.

„Die Studie von Malte Thießen überzeugt sprachlich durch variantenreiches Ausdrucksvermögen und lässt sich gut lesen. [...] Thießen gelingt es mit seiner Untersuchung, die Leser dafür zu sensibilisieren, wie oft das Gedenken gegenwärtige Argumentations- und Legitimationsbedürfnisse bedient. Die Studie erschließt ein reichhaltiges und

wichtiges Quellenmaterial und bietet über eine kritische Analyse eine gute Reflexions- und Diskussionsgrundlage“.

Douglas Peifer in: H-German, H-Net Reviews, Dezember 2008
(<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=22910>).

„When and why did dominant narratives of Hamburg’s wartime experience shift, and did Hamburg follow or deviate from the broader patterns of post-war West German public memory? Thiessen’s study answers these questions in its painstakingly detailed analysis of Hamburg’s public memory since 1945. [...] Overall, Eingebrennt ins Gedächtnis adds depth and specificity to the growing field of German memory studies.“

Janina Fuge, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide (im Literaturteil „Der Heidewanderer“), 5.7.2008.

„Hamburger Tragödie“, in: Hamburger Wirtschaft 6 (2008), S. 70.

Volker Bredenberg, in: Der Blick, 23.7.2008 sowie im Hollenstedter Wochenblatt, 25.7.2008.

„Zeitzeugen des Hamburger ‚Feuersturms‘ und ihre Familien. Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen“ (2008)

Lu Seegers, in: H-Soz-u-Kult, 19.9.2008, (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-3-178>).

„Richtungsweisend erscheint das interdisziplinäre Projekt ‚Zeitzeugen des Hamburger ‚Feuersturms‘ und ihre Familien‘. Dabei sprechen sich die Autoren und Autorinnen dafür aus, Bezüge zwischen individuellen und familiären Verarbeitungsformen und öffentlichen Deutungsangeboten zum Hamburger ‚Feuersturm‘ herzustellen. Denn die öffentliche Erinnerungskultur präsentiere jeweils zeitspezifisch bestimmte Bilder und Topoi des Ereignisses, so Malte Thießen, was für die intergenerationale Tradierung besonders wichtig sei.“

10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH

Lars Amenda

„Tor zur Welt“. Die Hafenstadt Hamburg in Vorstellungen und Selbstdarstellung 1890–1970, in: ders./Sonja Grünen, „Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, Hamburg/München 2008, S. 8–98, 158–174, 181–198.

Metropole, Migration, Imagination. Chinesenviertel und chinesische Gastronomie in Westeuropa 1900–1970, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 4 (2007), S. 287–310 (2008 erschienen) (Online-Version mit zusätzlichen Illustrationen unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Amenda-3-2007>).

„Gateway to the World“. City Marketing, Tourism, and Maritime Festivals in the Port City of Hamburg in the 20th Century, in: Journeys of Expression VII: Celebrating the Edges of the World: Tourism and Festivals of the Coast and Sea. Conference Proceedings, February 29 – March 1, Reykjavik, Iceland, compiled and designed by Daniela Carl, Leeds 2008 (CD-ROM), 15 S.

„... ein deutsch-malaischer Mischling“. Eine Denunziation im nationalsozialistischen Hamburg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 42 (2006), S. 489–498 (2008 erschienen).

Abseits der „Volksgemeinschaft“. Chinesen in Schleswig-Holstein während der NS-Zeit, in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte 50 (2008): „Siegeszug in der Nordmark“ – Schlaglichter zur Geschichte Schleswig Holsteins und des Nationalismus 1925–1950, S. 211–223.

Knud Andresen

Kommunistische Politik an höheren Schulen. Der Sozialistische Schülerbund 1926–1932, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 42 (2006), S. 237–255 (2008 erschienen).

Zwischen Protest und Mitarbeit. Die widersprüchlichen Potentiale gewerkschaftlicher Friedenspolitik 1950–1955, in: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955, Essen 2008, S. 53–70.

Linde Apel

Zeitzeugen des Hamburger ‚Feuersturms‘ und ihre Familien. Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen, in: Hartmut Radebold/Werner Bohleber/Jürgen Zinnecker (Hg.): Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit historischer Erfahrungen über vier Generationen, Weinheim/München 2008, S. 215–256 (mit Ulrich Lamparter, Malte Thießen, Dorothee Wierling, Christa Holstein, Silke Wiegand-Grefe).

Frank Bajohr

(mit Dieter Pohl) Massenmord und schlechtes Gewissen. Die deutsche Bevölkerung, die NS-Führung und der Holocaust, Frankfurt/Main 2008 (Neuaufgabe von: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006).

Gegenspieler, Musterknabe oder Problemkind des „Dritten Reiches“? Hamburg und der Nationalsozialismus – Mythen und Realitäten, in: Gisela Jaacks (Hg.), Hamburgs Geschichte. Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 2008, S. 106–117.

Industry and Corruption. The Example of the Reemtsma Cigarette Factories, in: Christoph Buchheim (Hg.), German Industry in the Nazi Period, Stuttgart 2008, S. 133–142.

Alltags-Antisemitismus in Deutschland und im internationalen Vergleich: Judenfeindlichkeit in Bade-, Kur- und Erholungsorten im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, Hannover 2008, S. 8–20.

Hamburg, DIE ZEIT und die Liberalisierung der Bundesrepublik, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hg.), Die ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, S. 84–99.

Die Zustimmungsdiktatur, in: ZEIT Geschichte 1938. Abschied von der Zivilisation, Hamburg 2008, S. 66–71.

Korruption in der NS-Zeit als Spiegel des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Cornelius Prittowitz u. a. (Hg.), Kriminalität der Mächtigen, Baden-Baden 2008, S. 200–211.

„Führerstadt“ als Kompensation. Das „Notstandsgebiet Hamburg“ in der NS-Zeit, in: Fritz Mayrhofer/Ferdinand Opl (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008, S. 267–287.

Christiane Berth

La inmigración alemana en Costa Rica: Migración, crisis y cambios entre 1920 y 1950 en entrevistas con descendientes alemanes, in: Revista de Historia de América 137 (2006), S. 9–31 (2008 erschienen).

La historia del consumo como historia global, in: Juan José Marín Hernández/Patricia Vega Jiménez (Hg.): Tendencias del consumo en Mesoamérica, San José, 2008, S. 87–97.

„Aber das Hamburg ist nicht mehr da, an das man denkt“. Remigration und Rückkehrüberlegungen von Kindertransport-Teilnehmern, in: Irmela von der Lühe/Axel Schildt/Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): „Auch in Deutschland waren wir nicht mehr wirklich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008, S. 190–206.

Monika Bloss

Klangverbindungen und Selbstfindungen – zur kommunikativen und identitätsstiftenden Funktion von Musik/Sounds/Lyrics in Rap und HipHop, in: Marion Demuth/Jörn Peter Hiekel (Hg.), Kulturelle Identität(en) in der Musik der Gegenwart, Saarbrücken 2008, S. 135–148.

Besprechung von R. Reitsamer/R. Weinzierl (Hg.), Female Consequences. Feminismus, Antirassismus, Popmusik, und F. Jarman-Ivens, Oh Boy! Masculinity and Popular Music“, in: Katharina Hottmann/Christine Siegert (Hg.), Feste – Opern – Prozessionen. Musik als kulturelle Repräsentation, Hildesheim, Zürich, New York 2008, S. 186–189.

Ursula Büttner

Weimar. Die überforderte Republik. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

Schwierige Rückwanderung nach Hamburg. Wie Briten und Deutsche den jüdischen Flüchtlingen im Wege standen, in: Irmela von der Lühe/Axel Schildt/Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008, S. 40–68.

Wegweiser für ein Orientierung suchendes Volk? Die evangelische Kirche Hamburgs in der Nachkriegszeit, in: Rainer Hering/Inge Mager (Hg.), *Kirchliche Zeitgeschichte* (20. Jahrhundert). *Hamburgische Kirchengeschichte in Aufsätzen*, Teil 5, Hamburg 2008, S. 279–295.

Arbeiterpartei oder Volkspartei? Die Hamburger SPD in der Weimarer Republik, in: „Alles für Hamburg“. Die Geschichte der Hamburger SPD von den Anfängen bis zum Jahr 2007, hg. von der SPD Landesorganisation Hamburg – AK Geschichte, Hamburg 2008, S. 33–45.

Wiebke Kolbe

Der Erste Weltkrieg multinational. Das Historial de La Grande Guerre in Péronne, in: *WerkstattGeschichte* 47 (2007), S. 87–92 (erschieden 2008).

Sylvia Necker

Laboratorium für ein „neues Hamburg“ – Das Hamburger Architekturbüro von Konstanty Gutschow, in: *Zeitgeschichte* in Hamburg 2007, hg. v. der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg 2008. S. 74–87.

Eine „Stadtlandschaft“ für Hamburg. Ideen und Konzepte aus dem Hamburger Architekturbüro von Konstanty Gutschow in den 1940er Jahren, in: Sylvia Butenschön (Hg.), *Gartenhistorisches Forschungskolloquium*, Berlin 2008, S. 53–61 (<http://www.isr.tu-berlin.de/index.php?id=569>).

„Stadt und Urbanität im 21. Jahrhundert“. Eine Sommerakademie der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius in Kooperation mit der HafenCity Universität Hamburg, dem Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung (HU Berlin) und dem Center for Metropolitan Studies (TU Berlin), Hamburg, 7.–10.7.2008, *Tagungsbericht*, in: *IMS* (2008), Heft 2, S. 107–109.

Axel Schildt

(hg. mit Irmela von der Lühe und Stefanie Schüler Springorum), „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“. *Jüdische Remigration nach 1945*, Göttingen 2008.

(mit Irmela von der Lühe und Stefanie Schüler-Springorum), *Einleitung*, in: ebd., S. 9–18.

(hg. mit Christian Haase), *DIE ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung*, Göttingen 2008.

Immer mit der Zeit: Der Weg der Wochenzeitung DIE ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze, in: ebd., S. 9–27.

Europe as a Visionary Idea. The European Discourse in West Germany in the Decade after the Second World War, in: Joachim Lund/Per Øhrgaard (Hg.), *Return to Normalcy or a New Beginning. Concepts and Expectations for a Postwar Europe around 1945*, Kopenhagen 2008, S. 129–140.

„Europa ist ein Patient in einer eisernen Lunge“. *Intellektuelle Konstruktionen um 1950*, in: *Clio online: Themenportal Europäische Geschichte*, Februar 2008 (http://www.europa-clionline.de/site/lang_de/ItemID_284/mid.).

„Das Böse schlechthin“, in: *Der Kalte Krieg. Wie die Welt das Wettrüsten überlebte* (SPIEGEL SPECIAL Geschichte Nr. 3/2008), S. 50–53.

Zur Hochkonjunktur des „Christlichen Abendlandes“ in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die „Ökumene der Historiker“. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz, München 2008, S. 49–70.

Die Ideenlandschaft der Wiederaufbau-Jahre zwischen Kulturpessimismus und Moderne und die Anfänge des Vortragsprogramms der Reuchlin-Gesellschaft, in: Christian Groh (Hg.), Neue Beiträge zur Pforzheimer Stadtgeschichte 2 (2008), S. 225–241.

Christoph Strupp

(mit Kathryn M. Olesko) Wissen: Universität und Forschung, in: Christof Mauch/Kiran Klaus Patel (Hg.), Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008, S. 393–424.

A Historian's Life in Biographical Perspective. Johan Huizinga (1872–1945), in: Volker R. Berghahn/Simone Lässig (Hg.), Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International Historiography, New York 2008, S. 103–118.

Die Niederlande 1914–1940, in: Haus der Niederlande Münster – NiederlandeNet (<http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/NL-Info/Geschichte/1914-1940/index.html>).

Joachim Szodrzynski

„Wir Juden' haben so viel mit einander zu schaffen wie ‚wir Fahrgäste im selben Omnibus'!“, in: Wie aktuell ist Erich Mühsam?, Lübeck 2008, S. 87–104.

Malte Thießen

Gedächtnisgeschichte. Neue Forschungen zur Entstehung und Tradierung von Erinnerungen, in: Archiv für Sozialgeschichte 48 (2008), S. 607–634.

„Erinnerung ist wichtig, aber lernen ist wichtiger.“ Hamburgs Gedenken an den „Feuersturm“ 1943 bis 2008, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 94 (2008), S. 153–180.

Zeitgeist und Zeitgeschichte. Das „Dritte Reich“, die Forschungsstelle und die Hamburger Öffentlichkeit, in: Rekishi-Hyorōn (Historical Review) Nr. 701 (2008), Heft 9, S. 65–75 (Japanisch).

Gemeinsame Erinnerungen im geteilten Deutschland. Der Luftkrieg im „kommunalen Gedächtnis“ der Bundesrepublik und der DDR, in: Deutschland Archiv 41 (2008), S. 226–232.

Von der „Heimstätte“ zum Denkmal: Bunker als städtische Erinnerungsorte – das Beispiel Hamburgs, in: Inge Marszolek/Marc Buggeln (Hg.), Bunker. Kriegsort, Zuflucht, Erinnerungsraum, Frankfurt/Main 2008, S. 45–60.

Geschichte und Nachgeschichte der Bomben: Neue Forschungen zum Luftkrieg und seiner Erinnerung, in: Christian Groh (Hg.), Neue Beiträge zur Pforzheimer Stadtgeschichte 2 (2008), S. 231–256.

Zeitzeugen des Hamburger „Feuersturms“ und ihre Familien. Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen, in: Hartmut Radebold/Werner Bohleber/Jürgen Zinnecker (Hg.), Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit his-

torischer Erfahrungen über vier Generationen, Weinheim/München 2008, S. 215–256 (mit Ulrich Lamparter, Linde Apel, Dorothee Wierling, Christa Holstein, Silke Wiegand-Grefe).

„Schandfleck“, Schutzraum oder Mahnmal? Zur „Nachgeschichte“ Hamburger Bunker seit 1945, „unter hamburg e.V.“ (http://www.unter-hamburg.de/nachnutzung_hamburger_bun.405.0.html).

Georg Wagner-Kyora

Die neue City in der populären Altstadt: Das „Wiederaufbau“-Image Bremens (1946–1964), in: Daniela Münkler/Lu Seegers (Hg.), Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt/Main 2008, S. 293–318.

Die „Seele Pforzheims retten“. Wiederaufbau in Pforzheim zwischen radikaler Moderne und Traditionsrest, in: Christian Groh (Hg.), Neue Beiträge zur Pforzheimer Stadtgeschichte 2 (2008), S. 143–177.

Innovation, Technik, Unternehmen: Europäische globale Vernetzungen 1780–2008, in: Uni-Magazin Hannover 3/4 (2008), Ökonomie der Zukunft/Globalisierung.

(mit Jens Wilczek/ Friedrich Huneke (Hg.), Transkulturelle Geschichtsdidaktik. Kompetenzen und Unterrichtskonzepte. Studien zur Weltgeschichte Bd. 5, hg. v. Hans-Heinrich Nolte, Schwalbach/Ts. 2008.

Dorothee Wierling

Zeitzeugen des Hamburger „Feuersturms“ und ihre Familien. Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt zur transgenerationalen Weitergabe traumatischer Kriegserfahrungen, in: Hartmut Radebold/Werner Bohleber/Jürgen Zinnecker (Hg.), Transgenerationale Weitergabe kriegsbelasteter Kindheiten. Interdisziplinäre Studien zur Nachhaltigkeit historischer Erfahrungen über vier Generationen, Weinheim/ München 2008, S. 215–256 (mit Ulrich Lamparter, Linde Apel, Malte Thießen, Christa Holstein, Silke Wiegand-Grefe).

Lob der Uneindeutigkeit. Zeitzeugenschaft und Deutungskonflikte nach dem Ende der DDR, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 52 (2008), Heft 3, S. 102–113.

Die Marktlücke, in: Gerhard Schneider (Hg.), Meine Quelle. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Schwalbach 2008, S. 259–266.

Youth as Internal Enemy. Conflicts in the Education Dictatorship of the 1960s, in: Paul Betts/Katherine Pence (Hg.), Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics, Ann Arbor, MI, S. 157–182.

11. Vorträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH

Lars Amenda

„Gateway to the World“. City Marketing, Tourism, and Maritime Festivals in the Port City of Hamburg in the 20th Century, Internationale Konferenz des Centre for Tourism and Cultural Change, Leeds: Journeys of Expression VII: Celebrating the Edges of the

World. Tourism and Festivals of the Coast and Sea, University of Iceland, Reykjavik, 29.2.–1.3.2008. „Welthafenstadt“. Globalisierung, Migration und Alltagskultur in Hamburg 1890–1930, Ringvorlesung: Andocken. Eine Hansestadt und ihre Kulturen 1848–1933. Teil II, Universität Hamburg, 9.4.2008.

Die Welt an der Wasserkante. Chinesische Seeleute und Migranten in Hamburg und Bremen/Bremerhaven 1890–1970, Konferenz der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen: Migration in Nordwestdeutschland vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Deutsches Schiffahrtsmuseum, Bremerhaven, 16.–17.5.2008.

(mit Sonja Grünen), Buchvorstellung: „Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, hamburgmuseum, Hamburg, 19.5.2008.

Food and Otherness. Chinese Restaurants in West European Cities in the 20th Century, Internationale Konferenz: Public Eating, Public Drinking. Places of Consumption from Early Modern to Postmodern Times, German Historical Institute, Washington D. C., 23.–24.5.2008.

(mit Malte Fuhrmann, Elisabeth Boesen, Laurence Marfaing und Kai Kresse), Cosmopolitanism Off the Beaten Track. A Round Table Discussion Presenting Recent Publications, Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin, 9.6.2008.

Chinesenviertel in westeuropäischen Hafenstädten. Eine transnationale Migrations- und Wahrnehmungsgeschichte 1890–1950, Kolloquium von Prof. Dr. Ulrich Herbert, Historisches Seminar, Universität Freiburg, 2.7.2008.

Chinesenviertel. Maritime Arbeit, globale Migration und lokale Reaktionen in Westeuropa 1890–1950, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück, 3.7.2008.

(mit Carola Hein), Sektionsleitung: Port Cities: Social, Cultural and Built Repositories of Globalization and Networking in the 19th and 20th Century, Main Session 11, 9th International Conference on Urban History, Lyon, 22.–25.8.2008.

Chinese Quarters in Western Europe. A Global and Local History of Migration and Imagination, 1890–1960, Internationale Konferenz: Chinatowns. Myths and Realities of an Urban Phenomenon in the United States and Europe, American Studies Division, Leibniz-Universität Hannover, 18.–20.9.2008.

Chinese Quarters at the Waterfront. Global Migration and Local Imagination in West European Port Cities, 1890–1960, Internationale Konferenz des International Networks of Urban Waterfront Research: The Fixity and Flow of Urban Waterfronts, Hamburg, 10.–11.10.2008.

The Container Revolution. Adapting Local Harbors to Standardized Global Trade, International Conference and Workshop: Global Port Cities and Networking from the 20th to the 21st Century, Bryn Mawr College, Philadelphia, 16.–17.11.2008.

The Chinese in Europe. Maritime Labor, Migrant Networks and Local Reactions 1880–1950, Asian/Pacific/American Institute (A/P/A), New York University, New York City, 18.11.2008.

Chinese Quarters in Europe. Maritime Links, Global Migration and Local Imagination 1890–1950, International Studies, Bryn Mawr College, Philadelphia, 21.11.2008.

Migration global/lokal. Chinesische Seeleute und Migranten in Hamburg und Bremerhaven 1880–1980, Tagung des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen: Fremd im eigenen Land – Diasporic Cultures, Diasporic Mentalities?, Göttingen, 28.–29.11.2008.

Hafenklang. Zur akustischen Geschichte Hamburgs 1880–1930, Konferenz des Forschungsverbunds zur Kulturgeschichte Hamburgs 1848–1933 (FKGHH): Modernisierungsprozesse in Hamburg 1848–1933, Hamburg, 9.–10.12.2008.

Knud Andresen

Gewerkschaftliche Friedenspolitik. Vortrag auf dem Workshop „Friedensinitiativen in Deutschland in den Anfängen des Kalten Krieges (1945–1955)“ des Arbeitskreises für Historische Friedensforschung, Freiburg, 7.–9.3.2008.

Die Lehrlingsbewegung. Beitrag zur Tagung „Alte Linke – Neue Linke“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg, 25.–26.4.2008.

Antisemitismus in der Alternativbewegung – Vortrag auf der Konferenz „The Alternative Milieu. Unconventional Lifestyles and Left-wing Politics in West Germany and Europe, 1968–1983“, Kopenhagen, 19.–21.9.2008.

Die gewerkschaftliche Arbeiterjugend im Weltkrieg und in der Revolution – eine generationelle Perspektive? Vortrag auf der Tagung „Konflikt und Kooperation. Das ‚Stinnes-Legien-Abkommen‘ vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber“, Hamburg, 21.–22.11.2008.

Linde Apel

The Invention of a Taboo. Speaking about Area Bombings in Hamburg, Vortrag, Institute for Social Research, Swinburne University of Technology, Melbourne, 13.3.2008.

Voices from the Rubble-Society. Operation Gomorrah and its Aftermath, Vortrag sowie Kommentar, Tagung: Social Memory and Historical Justice, Swinburne University of Technology, Melbourne, 14.–15.3.2008.

Voices from Ruins, School of Humanities and Social Science, Australian Defence Forces Academy, Canberra, Vortrag, 17.3.2008.

Mobilität, Auswanderung, Deportation, Vortrag auf dem Workshop Historische Kontexte der Hafencity-Entwicklung, Hamburg, 3.11.2008.

Vortrag und Leitung einer Arbeitsgruppe „Langzeitarchivierung von Oral-History-Dokumenten“ auf der Tagung: 100 Jahre Frauenstudium. Die Bedeutung von Frauenarchiven und -bibliotheken im Wandel der Zeit, Hamburg, 6.11.2008.

Der Nachwuchs der Revolte. Die Schülerbewegung an Oberschulen, Vortrag auf der Tagung: „68“ – Umbrüche in bildungsgeschichtlichen Perspektiven – Impulse und Folgen einer kulturellen Umwälzung in der Geschichte der Bundesrepublik, Berlin, 20.11.2008.

(mit Jürgen Bruns-Berentelg, Lisa Kosok), Erinnerungskultur im Quartier der Zukunft, Podiumsdiskussion im Körperforum, Hamburg, 1.12.2008.

Frank Bajohr

Gegenspieler, Musterknabe oder Problemkind des „Dritten Reiches“? Hamburg und der Nationalsozialismus – Mythen und Realitäten, Vortrag in der Ringvorlesung „Hamburg. Epochen und Aspekte der Stadtgeschichte“ aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Historischen Seminars der Universität Hamburg, 17.1.2008.

Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutsche, die NS-Führung und die Alliierten. Vortrag an der Volkshochschule Gladbeck, 20.2.2008; sowie als Vortrag in der Reihe „Buch im Gespräch“ der VHS Bottrop, 21.2.2008.

Teilnahme an der Podiumsdiskussion in der Carl-Toepfer-Stiftung zur Buchvorstellung von „Alfred Toepfer“ in der Reihe „Hamburger Köpfe“ der ZEIT-Stiftung Gerd und Ebelin Bucerius, Hamburg, 10.6.2008.

Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden in der NS-Zeit. Forschungsbilanz und offene Fragen, Vortrag im NS-Dokumentationszentrum, EL-DE-Haus, Köln, 20.6.2008.

Hedwig Bollhagen und die Marwitzer Keramikwerkstätten in der NS-Zeit. Teilnahme an der Podiumsdiskussion des Zentrum für Zeithistorische Forschung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam, 14.7.2008.

Dynamik und Disparität. Die nationalsozialistische Rüstungsmobilisierung und die Volksgemeinschaft, Vortrag/(mit Michael Wildt), Leitung der Sektion „Ungleichheiten in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“, 47. Deutscher Historikertag, Dresden, 1.10.2008.

Ämter, Pfründe, Korruption. Materielle Aspekte der nationalsozialistischen Machteroberung Vortrag auf dem 9. Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte „Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft“, Dachau, 11.10.2008.

Der große Ruck. Rüstung und Erfahrung in Mitteldeutschland und Rostock nach 1933. Vortrag auf der Konferenz „Luftrüstung und Flugzeugindustrie in Rostock bis 1945“ der Universität Rostock und des Förderkreises Luft- und Raumfahrt, Rostock, 7.11.2008.

„Consensual Dictatorship“ (Zustimmungsdiktatur) and „Community of the People“ (Volksgemeinschaft). Some reflections on the Interaction between Nazi State and German Society in the Persecution of the Jews after 1933. Vortrag auf der Konferenz „Antisemitism and Racism in Europe“ des Centers for Holocaust Studies der Jagiellonen Universität Krakau (PL), 9.11.2008.

Christiane Berth

Transnational Networks in the Coffee Trade between Germany and Guatemala, 1920–1950. Vortrag auf der European Social Science History Conference (ESSHC), Lissabon, 26.2.–1.3.2008.

Hamburg und die außereuropäischen Kaffee-Welten: Das Beispiel Zentralamerika. Vortrag im Forschungskolloquium des Deutschen Historischen Instituts, Washington, D. C., 10.4.2008.

Kaffee-Welten in Zentralamerika und Mexiko – Ein Reisebericht. Vortrag in der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 8.7.2008.

Boicoteo, fincas expropiadas y gobiernos militares: Café y conflictos en la reanudación de las relaciones comerciales entre Alemania y Guatemala después de la Segunda Guerra Mundial (Boycott, enteignete Fincas und Militärregierungen: Kaffee und Konflikte während der Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Guatemala nach dem Zweiten Weltkrieg). Vortrag auf dem XI. Congreso Centroamericano de Historia, San José, Costa Rica, 21.–25.7.2008.

Las comunidades alemanas en Guatemala y Costa Rica. Un estudio comparativo (Deutsche Einwanderer in Guatemala und Costa Rica. Eine vergleichende Studie). Vortrag auf dem XI. Congreso Centroamericano de Historia, San José, Costa Rica, 21.–25.7.2008.

Café, Centroamérica y la historia de la inmigración alemana – Un viaje a través de fotografías (Kaffee, Zentralamerika und die Geschichte der deutschen Einwanderung). Vortrag im Museo Nacional, San José, Costa Rica, 29.7.2008.

Kaffee-Welten: Netzwerke zwischen Hamburg und Zentralamerika. Vortrag im Forschungs- und Doktorandencolloquium zur Neueren und Neuesten Geschichte, Universität Bremen, 25.11.2008.

(mit Christoph Strupp), Beobachtungen in der Diktatur: Berichte der Konsuln aus Costa Rica und den USA über das „Dritte Reich“ in der Vortragsreihe der FZH, Hamburg, 11.12.2008.

Monika Bloss

SoundCheck 68 – Mehr als Popmusik? Lebensgefühl damals und heute! (Einführung und Diskussionsleitung), Märkisches Museum Berlin, 15.7.2008.

Ursula Büttner

„Wohl dem, der auf die Seite der Leidenden gehört“. Das Schicksal des evangelischen Dichters Jochen Klepper und seiner Familie im „Dritten Reich“, Vortrag in der Kirchengemeinde Halstenbek, 6.3.2008.

„Darf die Kirche das zulassen?“ Die Reaktion der deutschen Kirchen auf das Novemberpogrom 1938, Vortrag bei der internationalen Konferenz: Die Novemberpogrome 1938 („Kristallnacht“). Hintergründe und Wirkung, veranstaltet vom Interdisciplinary Center Herzliya (Privatuniversität) und der Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem in Herzliya, 14.4.2008.

„Wer das durchsteht, der ist unverwundbar“. Alfred Kantorowicz im französischen Exil, Vortrag im Rahmen der Ausstellung: Exil am Mittelmeer – Deutsche Schriftsteller in Südfrankreich von 1933–1941, veranstaltet von der Alfred-Toepfer-Stiftung F. V. S. in der Galerie im Georgshof, 22.7.2008.

Zerstörte Identität und Fremdbestimmung. Deutsch-jüdische Überlebende der Shoah zwischen Briten, Deutschen und Zionisten, Vortrag bei der internationalen Tagung: History and Memory after the Holocaust 1938 – 1948 – 2008. A Retro-Perspective in the Age of Globalization, veranstaltet von der Hermann-Cohen-Akademie und der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 6.11.2008.

Die deutschen Kirchen und das November-Pogrom, Vortrag in der Israelitischen Töchterschule, veranstaltet von der VHS Hamburg und der Arbeitsgemeinschaft Christen und Juden der Evangelischen Kirche, Hamburg, 13.11.2008.

Wiebke Kolbe

Deutsche Ostseebäder um 1900. Bäderregionen von Nordschleswig bis zur Kurischen Nehrung im Vergleich. Vortrag im Rahmen der Tagung „Seebäder an der Ostsee im 19. und 20. Jahrhundert“ der Adademia Baltica und der Universität Greifswald, Greifswald, 12.–14.9.2008.

Gleichheiten und Ungleichheiten am Strand. Deutsche Seebäder und ihre Gäste vom Kaiserreich bis zum Zweiten Weltkrieg. Vortrag im Rahmen des Panels „Reisen im 20. Jahrhundert“ auf dem 47. Deutschen Historikertag in Dresden, 2.10.2008.

Marketingstrategien von Seebädern im 19. und 20. Jahrhundert. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Kur- und Bädergeschichte in Bad Kissingen, 10.–12.10.2008.

Schlachtfeldreisen und die performative Konstruktion von Tourismus- und Gedenkräumen. Vortrag im Rahmen der interdisziplinären Tagung „Konstruktion von Tourismusräumen“, Leuphana Universität Lüneburg, 28.–29.11.2008.

Sylvia Necker

Shabbat Shalom in Norddeutschland. Jüdische Geschichte und Gegenwart in Hamburg und Schleswig-Holstein, Vortrag anlässlich des Gedenkens der Innenstadtgemeinde Itzehoe am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, 27.1.2008.

Das Architekturbüro Konstanty Gutschow und die Entwicklung der Stadtlandschaft in Hamburg in den 1940er Jahren, Vortrag im Rahmen des Gartenhistorischen Forschungskolloquiums 2008, Technische Universität Berlin, Fachgebiet Denkmalpflege Institut für Stadt- und Regionalplanung, 12.4.2008.

Die „Führerstadt-Planungen“ in Hamburg 1936–1944, Gastvortrag im Rahmen der Einführungsvorlesung zur Geschichte und Theorie der Architektur an der HafenCity Universität (HCU) Hamburg, Department Architektur, 22.4.2008.

Das Büro Gutschow: eine Professionsgeschichte. Zum Selbstverständnis deutscher Architekten im 20. Jahrhundert am Beispiel des Hamburger Architekturbüros von Konstanty Gutschow, Projektvorstellung im Rahmen eines Doktorandentreffens norddeutscher Universitäten, Hannover-Barsinghausen, 16.5.2008.

Eine Stadtlandschaft für Hamburg. Konzepte des Büro Gutschow in den 1940er Jahren, Vortrag im Rahmen eines internen Kolloquiums der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Referat Gartendenkmalpflege, 3.6.2008.

Vorsicht: Modern! Ein Portrait des Architekten Karl Schneider (1892–1945), Vortrag im Stadtmodell der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Hamburg, 11.6.2008.

Vom „räumlichen Gelenk“ – Die Führerstadt-Planungen des Hamburger Architekten Konstanty Gutschow in den 1930er Jahren“, Vortrag im Rahmen der Tagung „Politische Raumtypen“ der Guernica-Gesellschaft Karlsruhe und des Kunsthistorischen Instituts der Universität Karlsruhe, 12.7.2008.

Erziehung zum Klinker – Der Architekt Fritz Höger (1877–1949) im Portrait, Vortrag im Stadtmodell der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Hamburg, 13.8.2008.

„Das Büro Gutschow“ – Kurzpräsentation des Dissertationsprojekts im Rahmen des DFG-Forschungsnetzwerks „Hitlers Architekten“, Institut für Europäische Kunstgeschichte, Heidelberg und Lehrstuhl für Theorie und Geschichte von Architektur, Kunst und Design der Technischen Universität München, Heidelberg, 15.9.2008.

Eine Verländlichung der Stadt? Die Entwicklung des Konzepts der Stadtlandschaft im Büro Gutschow in den 1940er Jahren, Gastvortrag im Rahmen eines Seminars zu Raumtheorien an der Universität Bremen, Institut für Kunstwissenschaft und Kunstpädagogik, 13.11.2008.

Durchbrüche schaffen! Zur Entwicklung der Ost-West-Straße in Hamburg, Vortrag im Stadtmodell der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Hamburg, 18.11.2008.

Axel Schildt

Hamburg – Eine Großstadt nach dem „Dritten Reich“. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zur Geschichte Hamburgs, Universität Hamburg, 31.1.2008.

Beteiligung am Lesemarathon im Rahmen des Programms „100 Jahre Historisches Seminar“, Universität Hamburg, 11.2.2008.

Podiumsdiskussion im Rahmen des Historischen Symposiums „Verantwortung für die Geschichte übernehmen“ der GEW Hamburg, 27.2.2008.

68ers versus 33ers? A few notes on 1968 as a „generational rebellion“. Vortrag für die Tagung „Germany's 1968: A Cultural Revolution?“/Kommentar in der Sektion „Changing politics“ des Graduate Student Workshop, University of North Carolina, Chapel Hill, 11.4.–12.4.2008.

Modernisierung im Wiederaufbau – Die westdeutsche Gesellschaft der 1950er Jahre. Vortrag auf Einladung des Historischen Instituts der Universität Rostock, 22.4.2008.

Leitung der Sektion „Crisis dello Stato?/Staatskrise?“/Teilnahme am Abschlusspodiumsgespräch der Tagung „Protesta sociale e violenza politica in Italia e nella Germania federale negli anni 60 e 70 del Novecento/Gesellschaftlicher Protest und politische Gewalt in Italien und der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er und 1970er Jahren, veranstaltet von der Fondazione Bruno Kessler. Studi Storici Italo-Germanici und dem Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Trento (Italien), 7.5.–9.5.2008.

Moderation der Buchvorstellung von Lars Amenda/Sonja Grünen, „Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, hamburgmuseum, 19.5.2008.

Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Eine Betrachtung der 1970er Jahre, Vortrag, Historisches Seminar der Universität Jena, 4.6.2008.

Moderation der Podiumsdiskussion „Wirtschaftseliten in Hamburg und ihr stifterisches Engagement am Beispiel Alfred Toepfers“ im Rahmen der Buchvorstellung von Jan Zimmermann, Alfred Toepfer (Hamburger Köpfe), ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg, 10.6.2008.

Zeitgeschichtsforschung in Hamburg, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Geschichtswissenschaft in Hamburg“, Universität Hamburg, 3.7.2008.

Kommentar zur Sektion „Social Structures“ im Rahmen der Tagung „The Alternative Milieu. Unconventional Lifestyles and Left-wing Politics in West Germany and Europe 1968–1983“, Universität Kopenhagen, 19.–21.9.2008.

Die Studentenrevolte als Generationsprotest, Vortrag im Rahmen der 14. Helmstedter Universitätstage, Helmstedt, 26.9.2008.

100 Jahre deutsche Jugendherbergsbewegung, Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung des Deutschen Jugendherbergswerks, Lübeck, 27.9.2008.

Moderation der Buchvorstellung von Tino Jacobs, Rauch und Macht. Der Reemtsma-Konzern 1920–1961, Heinrich Heine-Buchhandlung, Hamburg, 6.11.2008.

Christoph Strupp

Moderation der Sitzung „Germans, Indians and the Wild West“ der Harvard University, Center for European Studies Berlin Dialogues, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, 4.2.2008.

Stadt ohne Herz. Rotterdam und die Erinnerung an den deutschen Luftangriff vom 14. Mai 1940, Vortrag auf der Konferenz „Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis. Erinnerungen von 1940 bis 2005“, Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Jena, 17.–18.10.2008.

Wissen: Universität und Forschung, Symposium „Konkurrenz und Konvergenz. Deutschland und Amerika im Wettlauf um die Moderne“, FZH, Hamburg, 30.10.2008.

(mit Christiane Berth), Beobachtungen in der Diktatur. Berichte der Konsulin aus Costa Rica und den USA über das „Dritte Reich“, Vortrag in der Vortragsreihe der FZH, Hamburg, 11.12.2008.

Joachim Szodrzynski

Vor 75 Jahren: Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933, Vortrag, Gedenkstätte Fuhsbüttel, 29.4.2008.

„Wir Juden‘ haben so viel mit einander zu schaffen wie ‚wir Fahrgäste im selben Omnibus‘!“ Vortrag, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente, 4.5.2008.

„Wir Schauspielerinnen sind erst auf der Bühne in unserem Element – wir stolpern nur im Leben“. Carola Neher (1900–1942), Vortrag, Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, 9.10.2008.

Malte Thießen

Eingebrannt ins Gedächtnis – Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005. Buchvorstellung in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Hamburg, 22.1.2008.

Zeitzeugnisse des „Feuersturms“ – Überlegungen zur qualitativen Analyse von Zeitzeugen-Interviews. Vortrag auf dem 11. Bundesweiten Methodenworkshop zur qualitativen Bildungs- und Sozialforschung, veranstaltet von Zentrum für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung (ZBBS) an der Universität Magdeburg, 8.–9.2.2008.

Das Gedächtnis der Stadt. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005. Vortrag in der Galerie Morgenland, Hamburg, 26.2.2008.

„Erinnern ist wichtig – aber lernen ist wichtiger?“ Hamburgs Gedenken an die „Operation Gomorrha“ von 1943 bis 2008. Vortrag im Verein für Hamburgische Geschichte (VHG)/Staatsarchiv Hamburg, 5.3.2008.

Der Luftkrieg als private, familiäre und öffentliche Erinnerung – zur Analyse von Interviews mit Zeitzeugen des Luftkriegs. Vortrag im Michael-Balint-Institut, Hamburg, 18.4.2008.

Generation „Feuersturm“. Zur Konstruktion von Zeitzeugenschaft in Erzählungen des Luftkriegs, Vortrag auf der Tagung „Generationenerzählung“ des DFG-Graduiertenkollegs „Generationengeschichte“, Göttingen, 13.–15.3.2008.

Von der „Volks-“ zur Erfolgsgemeinschaft: Hamburgs Gedenken an den „Feuersturm“ von 1943 bis heute. Vortrag im Arbeitskreis Landesgeschichte, Buxtehude, 18.6.2008.

Stadtteil-Historiker – erste Bilanzen und zukünftige Perspektiven. Moderation und Podiumsdiskussion auf dem zweiten Werkstatt-Treffen der Stadtteil-Historiker, veranstaltet von der Gerda Henkel Stiftung, der Stiftung Polytechnische Gesellschaft und der Frankfurter Neuen Presse, Frankfurt/Main, 14.6.2008.

„Eingebrannt ins Gedächtnis“ Öffentliche und private Erinnerungen an den Hamburger Feuersturm im Juli 1943. Vortrag, Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ und Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hamburg, 3.7.2008.

Der „Feuersturm“ als Familiengeschichte. Wie erinnern sich Hamburger 65 Jahre danach?, Vortrag im Mahnmal St. Nikolai am 16. Juli 2008 in Hamburg im Rahmen der Gedenkwoche des Förderkreises „Rettet die Nikolaikirche“ e. V. zum 65. Jahrestag der „Operation Gomorrha“, Hamburg, 16.7.2008.

Der „Feuersturm“ im Gedächtnis der Stadt. Vortrag im Geschichtscafé der Stadtteilinitiative Hamm im Stadtteilarchiv Hamm, Hamburg, 2.9.2008.

Erinnerungen oder Erzählungen? Interviews mit Zeitzeugen des Hamburger „Feuersturms“ vom Juli 1943. Vortrag auf der Tagung „Retrospektivität und Retroaktivität – Erzählen, Geschichte, Wahrheit“ veranstaltet vom Zentrum für Graduiertenstudien Wuppertal, in Kooperation mit dem Institut für phänomenologische Forschung und dem Zentrum für Erzählforschung (ZEF), Wuppertal, 12.–14.9.2008.

Zeitzeugen des „Feuersturms“ zwischen Generationalität, Generativität und Transgenerationalität. Vortrag auf dem Jahrestreffen der Forschungsgruppe „Weltkrieg2Kindheiten“, Evangelische Akademie Hofgeismar, 8.–10.10.2008.

Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis – Probleme und Perspektiven neuer Forschungen. Einführung in die Tagung „Der Luftkrieg im europäischen Gedächtnis. Erinnerungen von 1940 bis 2005“, Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Jena, 17.10.2008.

„Zeitgeist“ und Zeitgeschichte: Konjunkturen der öffentlichen Erinnerung und der zeitgeschichtlichen Forschungen zum Luftkrieg. Vortrag auf der Tagung „Kriegserfahrungen und die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wege der zeithistorischen Forschung in Deutschland“ des SFB 437 Kriegserfahrungen, Freudenstadt, 23.–25.10.2008.

Georg Wagner-Kyora

The Kaiser's new clothes: The Rebuilding of the Braunschweig Castle as a Shopping Mall 2005–2007, Vortrag auf der EAUH-Conference: Comparative History of European Cities; Main Session M 20: Big Buildings – Concepts of Competition and Order since the 19th Century, Lyon, 27.–30.8.2008.

Kommentar zur Sektion 4: The Role of the State I beim Exploratory Workshop on The Internationale Community of Experts and the Transformation of the Fatherland. Central Eastern Europe in the European Context since WWI, Deutsches Historisches Institut, Warschau, 11.–13.9.2008.

Techniker und Politik. Zur Erfahrungsgeschichte der deutschen Chemiker und Ingenieure 1920–1990. Berufsbiographien im Leuna- und im Buna-Werk. Vortrag im Deutschen Museum, Colloquium Prof. Dr. Helmuth Trischler, München, 17.11.2008.

Dorothee Wierling

Transnational Coffee Families. Kinship and other Networks of the Hamburg Coffee Trade, im Rahmen der Konferenz: „Transregional and Transnational Families: European Kinship in Comparative Perspective“, Deutsches Historisches Institut, Washington, D. C., 24.–29.1.2008.

Moderation Diskussion: „Abrüstung der Geschichte“ mit Dan Bar-On und Sami Adwan, Körper-Forum, Hamburg, 30.1.2008.

Moderation Symposium zu Ehren von Bodo von Borries, Körper-Forum, Hamburg, 8.2.2008.

Phantasies of the „Origin“. The Imagery of coffee and the Hamburg Coffee Merchants, European Social Science and History Conference, Lissabon, 25.2.–1.3.2008.

Vorstellung Feuersturm-Projekt, Michael-Balint-Institut, Hamburg, 18.4.2008.

Lob der Uneindeutigkeit. Zeitzugenschaft und Deutungskonflikte nach dem Ende der DDR, Einstein-Forum, Potsdam, 24.4.2008.

Teilnahme an einer Panel-Diskussion im Rahmen der Tagung: Wendezeiten. 1968 und 1989, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 4.–5.6.2008

Politics, Careers, Lives: Women in the 1960s GDR, im Rahmen der Konferenz: Gender in the Long Postwar. Reconsiderations of the United States and the Two Germanies, Deutsches Historisches Institut, Washington, D. C., 28.–31.5.2008.

Teilnahme am Podium: Zeitgeschichte und Öffentlichkeit, 3. Promovierendentreffen, Universität Halle/Wittenberg, 17.7.2008.

Los cafetaleros de Hamburgo y el mundo de Sandthorquai, Vortrag auf dem 9. Congreso Centralamericano de Historia, Universidad de Costa Rica, San José, 31.7.–4.8.2008.

Teilnahme an der Podiumsdiskussion „1968“, Lichtwarkhaus Hamburg, 11.9.2008.

Oral History. Vortrag im Rahmen eines deutsch-französischen Doktorandenseminars (CIERA Paris/FU Berlin), Moulin d'Andé, 16.–20.9.2008.

Political Conversion of the Hitler Youth Generation in the Soviet Zone, Sektion: Conversion (6): Narratives of the Self / Kommentar in Sektion: Trauma Culture Made in Germany I: Theory, German Studies Association Annual Conference, St. Paul, 2.–5.10.2008.

Moderation Panel: Europäische Diktaturen im Vergleich, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, 8.–9.10.2008.

Moderation „Geteilte Einheit. 20 Jahre Mauerfall“, Körber-Forum, Hamburg, 15.10.2008.

Moderation im Rahmen der Tagung: Everyday Life in Transnational Perspective: Alltagsgeschichte Revisited, Symposium für Alf Lüdtke, Universität Erfurt, 24.–25.10.2008.

Moderation des Symposiums: Konkurrenz und Konvergenz, Deutschland und Amerika im „Wettlauf um die Moderne“, FZH, 30.10.2008.

Denacification in Germany. Dealing with Nazis and Nazism, Tagung: World War II in Asia and in Europe. War, Memory and Reconciliation, Universität Tongji, Shanghai, 4.–9.11.2008.

„Kriegskinder – der Auftritt einer neuen Generation“ Festvortrag zum 70. Geburtstag von Christoph Klessmann, ZZf im Einstein-Forum, Potsdam, 5.12.2008.

Zeitzeugen und Oral History, Tagung: Geburt des Zeitzeugen, ZZf und Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Jena, 18.–20.12.2008.

12. Medienecho

Forschungsstelle für Zeitgeschichte

Kilian Trotier: Über die Epoche der Mitlebenden hinaus. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung steht vor einem Umbruch, wenn die Generation der Zeitzeugen ausstirbt. Hans Mommsen und Lutz Niethammer tragen eine Bilanz ihres Lebenswerks vor, in: FAZ, 23.1.2008, Artikel zur FZH-Vortragreihe „Zeitzeugenschaft. Das erlebte 20. Jahrhundert“.

Gemeinsam für den Frieden. Seit Sommer 2007 arbeiten vier Institute aus verschiedenen Bereichen unter einem Dach in Hamburg. Ein international wirkender Magnet der Forschung für die Metropolregion – und ein Unikum in Deutschland, in: Magazin der Metropolregion, Nr. 8: Neue Stadt 4/2007.

Klaus Witzeling: Historisch wertvoller Fakten-Schatz. Wichtige Originale aus dem Hans-Schwarz-Archiv ergänzen jetzt die Dokumenten-Sammlung der KZ-Gedenkstätte, in: Museumswelt Hamburg, Beilage des Hamburger Abendblatts, 4.6.2008.

Nina Gessner: Wo sind die Möbel der Hamburger Juden? Hunderttausend Bürger erstanden in den 40er Jahren bei Zwangsversteigerungen Gegenstände aus jüdischem Besitz. Jetzt wird danach gesucht, in: Hamburger Morgenpost, 19.10.2008.

Der Weg der Deportationszüge. Der Hannoversche Bahnhof am Lohseplatz in der Hafencity soll an Judenverfolgung erinnern, dpa, in: die tageszeitung, 28.10.2008.

Gisela Schütte: Gedenkstätte für die deportierten Hamburger Juden. Mahnmal Hanoverscher Bahnhof in der Hafencity entsteht schrittweise bis 2017, in: DIE WELT, 29.10.2008.

Ursula Herrndorf: Die Gesichter der Opfer und Täter. Eine Ausstellung erinnert an die Deportation von Juden, Sinti und Roma, in: Museumswelt Hamburg, Beilage des Hamburger Abendblatts, Dezember 2008 bis März 2009.

Lars Amenda

Interview über die Geschichte des Chinesenviertels in Hamburg, „Hinaus in die Welt! Chinesische Arbeitsmigration“, TIDE 96.0, Ausstrahlung 18.1.2008.

Talk-Runde über die Geschichte und Darstellung Hamburgs als „Tor zur Welt“, Hamburg1, „Lampenfieber“, Ausstrahlung 18.4.2008.

Radio-Interview über die Buchveröffentlichung „Tor zur Welt“, FSK, „Loretas Leselampe“, Ausstrahlung 12.5.2008.

Interview über die Geschichte des „Chinesenviertels“, in: Hamburg, Dokumentarfilm über Chinatowns in Deutschland von Helga Bahmer, 18.6.2008.

Mitten in Hamburg – eine Zeitreise nach Chinatown, in: Hamburger Abendblatt, 26.07.2008, S. 3 (<http://www.abendblatt.de/daten/2008/07/26/912331.html>).

Fernseh-Interview über die Geschichte und Darstellung Hamburgs als „Tor zur Welt“, NDR, Hamburg-Journal, Erstausstrahlung 17.8.2008.

Linde Apel

Radiointerview in Melbourne für „Late Night Live“ zum Thema „How Germans remember the Nazi Past, zusammen mit Prof. Dr. Klaus Neumann, 17.3.2008.

Petra Schellen: Die schweigenden Helfer, in: die tageszeitung, 5.5.2008, Interview über Hilfe für im Nationalsozialismus versteckte Juden.

Radiointerview mit Ruth Asseyer für NDR Hamburg 90,3, Abendjournal (Hörfunk) über die geplante Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945“, Ausstrahlung 4.8.2008.

Frank Bajohr

Insa Gall: Der Massenmörder aus der Isestraße. In Hamburg lebte der Kaufmann Robert Mulka ein ruhiges Leben – bis er 1960 als Täter von Ausschwitz entlarvt wurde, in: DIE WELT, 26.1.2008.

Michael Bresgott: Ein offenes Geheimnis, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 15.02.2008, zum Vortrag bei der VHS Bottrop, 21.2.2008.

Radio-Interview mit Kersten Kripp zum Thema „Arisierung“, Deutschlandradio „Studiozeit. Aus Kultur und Sozialwissenschaften“, 26.6.2008.

Ursula Büttner

Lutz Wendler: Zum Gedenken an den Schriftsteller Alfred Kantorowicz, in: Hamburger Abendblatt, 21.7.2008, Artikel zur Ursula Büttners Vortrag über Kantorowicz.

Interview mit Wolfgang Müller, in: NDR Info (Hörfunk), Forum Zeitgeschichte, anlässlich des 90. Jahrestags der Novemberrevolution, 8.–9.11.2008.

Interview zur möglichen Auslieferung und Strafverfolgung des NS-Verbrechers John Demjanjuk, in: NDR 2 (Hörfunk), Ausstrahlung 10.11.2008.

Axel Schildt

Interview für „Geheimnis Geschichte: Machtergreifung“, Erstaussstrahlung ARD, 23.1.2008.

Historiker: NS-Ideologie hatte es im Norden leichter, Interview mit dpa, in: DIE WELT, 28.1.2008.

Interview mit Ursula Nagy für NDR, Hamburg-Journal (TV), anlässlich des Jahrestags der Vereidigung des NS-Senats in Hamburg am 8.3.1933, Erstaussstrahlung 1.3.2008.

Simone Pauls: Als die braune Pest nach Hamburg kam, in: Hamburger Morgenpost, 8.3.2008. Anlässlich des 65. Jahrestages der Vereidigung des NS-Senats in Hamburg am 8.3.1933.

Wolfgang Krischke: Latente Angst vor dem Weltbrand. Die Hamburger Kundgebung „Kampf dem Atomtod“ von 1958, in: FAZ, 9.4.2008.

Simone Pauls: Heute vor 50 Jahren Hamburgs größte Demo. 150 000 protestierten gegen die atomare Bewaffnung, in: Hamburger Morgenpost, 17.4.2008.

Interview mit Ursula Nagy für NDR, Hamburg-Journal (TV), zum Thema Atombunker, Erstaussstrahlung 26.4.2008.

Kay Müller: Historiker: „Eine rührende Illusion, dass alle den gleichen Betrag bekamen“, Interview mit Axel Schildt zur Bedeutung der Währungsreform für den Aufschwung im Nachkriegsdeutschland, in: Flensburger Tageblatt, 5.6.2008.

Mathias Wöbking: Der Wachs-Diktator. Hitler als Puppe und sein Hetz-Schmöker als Discount-Taschenbuch – alles nur Stoff fürs Sommerloch?, in: Leipziger Volkszeitung, 14.–15.6.2008.

Uwe Hildebrandt: „Zeit der Mythen ist vorbei“. Experten analysieren bei Helmstedter Universitätstagen die Studentenbewegung, in: Helmstedter Zeitung, 27.9.2008.

Andreas Eckert: Deutscher Historikertag. Was ist und was verbirgt Ungleichheit?, in: Frankfurter Rundschau, 7.10.2008.

Interview mit Ingo Zander anlässlich der Verleihung des Bochumer Historikerpreises an Eric Hobsbawm, WDR 5 (Hörfunk), 27.11.2008.

Joachim Szodrzynski

Hamburg als „Tor zur Welt“, Interview für Hamburg 1, „Lampenfieber“, Ausstrahlung 18.4.2008.

„Die Freien abgeschafft“. Joachim Szodrzynski spricht über die Zerschlagung der Hamburger Gewerkschaften am 2. Mai 1933, Interview für die tageszeitung, 29.4.2008.

Georg Ismer: Tod unter dem Handbeil – vor 75 Jahren erste NS-Hinrichtungen, in: DIE WELT, 2.8.2008.

Malte Thießen

Silke Wrona: Von der Macht über die Masse, in: Westfalenpost, 14.3.2008, Interview zur Manipulationskraft des Nationalsozialismus zum Kinostart des Films „Die Welle“.

Interview mit Anne Kathrin Thüringer zum öffentlichen Gedenken an den Luftkrieg für den Beitrag über „Eingebrannt ins Gedächtnis“, Bücherjournal, NDR-Fernsehen, Erstausstrahlung 17.3.2008.

Radio-Interview mit Eva-Maria Götz zur „Generation ‚Feuersturm‘“ und zu Zeitzeugen als Erinnerungsgemeinschaft in der Sendung „Studiozeit – aus Kultur- und Sozialwissenschaften“ im Deutschlandradio, 20.3.2008.

„Anregungen für die eigene Forschung“, Interview zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit, in: Frankfurter Neue Presse, 20.6.2008.

Interview mit Ruth Asseyer zur „Erinnerung an den Feuersturm“, NDR 90,3, Abendjournal (Hörfunk), Ausstrahlung 16.7.2008.

Interview mit Kay Müller für den Artikel „Feuersturm – Trauma noch 65 Jahre danach“, erschienen in allen 14 Tageszeitungen des sh:z (Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages), z. B. Flensburger Tageblatt, Schleswiger Nachrichten, Landeszeitung, 24.7.2008.

Interview mit Thomas Kleinspehn zu Bunkern in Hamburg für den Beitrag „Wissenschaftler über Bunker in Europa“, gesendet in der Reihe „Studio Nordwest“, Radio Bremen, 7.9.2008.

Dorothee Wierling

Steht die Mauer in den Köpfen noch? Körper-Forum initiiert Podiumsdiskussion zu „20 Jahren Mauerfall“, in: DIE WELT, 17.10.2008, Artikel über die von Dorothee Wierling moderierte Veranstaltung.

13. Lehrveranstaltungen

Knud Andresen

Deutsche Zeitgeschichte nach 1945 (Einführungsseminar in die Geschichte I, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Die Bundesrepublik in den 1970er Jahren (Einführungsseminar in die Geschichte II, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Frank Bajohr

Das „Dritte Reich“: Forschungsprobleme und Kontroversen (Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Ursula Büttner

Die Haltung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu Verfolgung, Exil, Widerstand und Rehabilitation der NS-Opfer, 1945–1955 (Oberseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Sylvia Necker

Hamburg zwischen den Katastrophen. Stadtbaugeschichte der Hansestadt von 1842 bis 1943 (Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2008/09).

Axel Schildt

Geschichte der Bundesrepublik I: Wiederaufbau und Modernisierung in den 1950er Jahren (Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Geschichte der Bundesrepublik II: „Dynamische Zeiten“ – die „langen 60er Jahre“ (Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Die Kultur der 1950er Jahre (Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Politik und Kultur im Umbruch der 60er Jahre (Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Neuere Forschungen einer sozial- und kulturhistorisch orientierten Zeitgeschichte (Oberseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08, Sommersemester 2008).

Wintersemester 2008/09: Forschungsfreisemester

Christoph Strupp

Europäische Amerikabilder der Zwischenkriegszeit (Hauptseminar, Leuphana Universität Lüneburg, Fakultät 1: FB Sozial- und Kulturgeschichte, Sommersemester 2008).

Freedom from Fear. Der New Deal und die amerikanische Gesellschaft der 1930er Jahre (Hauptseminar, Leuphana Universität Lüneburg, Fakultät 1: FB Sozial- und Kulturgeschichte, Wintersemester 2008/09).

Wissenschaft und Universität in den USA seit dem 19. Jahrhundert (Seminar, Leuphana Universität Lüneburg, Leuphana-Semester: Modul 3: Wissenschaft macht Geschichte, Wintersemester 2008/09).

Malte Thießen

Hamburg im Luftkrieg – Geschichte und Erinnerung (Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Opfer – Täter – Aktivisten: Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts (Hauptseminar, Leuphana Universität Lüneburg, Fakultät 1: FB Sozial- und Kulturgeschichte, Sommersemester 2008).

Georg Wagner-Kyora

Urbanisierung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau: Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert (Seminar, Leibniz-Universität Hannover, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Dorothee Wierling

Texte zur Geschichte der Sexualität 1880–1930 (Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2007/08).

Die Geschichte der Sowjetisch Besetzten Zone 1945–1949 (Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Sommersemester 2008).

Kaffee im 20. Jahrhundert. Eine Hamburger Lokalgeschichte (Einführungsseminar I, Universität Hamburg, Historisches Seminar, Wintersemester 2008/09).